



#### Aktuelles

15 Jahre Andrassy  
Universität Budapest

#### Veranstaltungen

Die ungarische  
Revolution 1956

Semesterüberblick  
der Studierendenschaft,  
DoktorandInnen & Alumni

# andrassy

NACHRICHTEN

2017

*Sommersemester*

NACHRICHTEN  
DER  
**A**DRÁSSY  
**U**NIVERSITÄT  
**B**UDAPEST



ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST

## **IMPRESSUM**

12. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (7. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 06.02.2017

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der  
Andrassy Universität Budapest  
Redaktion: Dr. Orsolya Lénárt, Patrick Burmeier  
& Referat für Marketing und Kommunikation  
Design: Bencium Grafikbüro  
Layout und Satz: Zsuzsa Urbán  
Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte  
sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.  
Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei  
den jeweiligen AutorInnen.

Foto Titelseite: Krisztián Bódis

Sofern nicht anders angegeben, liegen die  
Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der  
Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei  
Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen  
AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest  
Pollack Mihály tér 3.  
H-1088 Budapest  
Telefon: +36 1 266 3101  
[www.andrassyuni.eu](http://www.andrassyuni.eu)

USt-Id-Nr.: HU18173967

# 2017/1



15 Jahre Andrassy Universität  
Budapest – S. 3.

## INHALT

### VORWORT DES REKTORS

2

**AKTUELLES** | 15 Jahre Andrassy Universität Budapest | Start in neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Passau | 6. Jahrestagung des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums | Entwicklung eines innovativen Altersvorsorgeproduktes im Auftrag der Europäischen Kommission | ExpAct: Das Finale des erfolgreichen AAL-Entwicklungs- und Forschungsprojekts | Ehrensatorwürde an Peter Frankenberg verliehen | Norwegischer Verdienstorden an AUB-Rektor András Masát verliehen | Andreas Oplatka erhält ungarischen Prima Primitissima-Preis und schweizerischen Röpke-Preis | Neuerscheinungen

3



AUB-Top-Managerrunde 2016  
S. 44

### VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2016/17

13

Staufenberg-Ausstellung | AUB-Sommeruniversitäten „Der Donauraum im Fokus“ und „Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa“ | Politischer Diskurs über die Migrationskrise | Arbeiter der Feder: Präsentation des Buches von Maria Bianca Fanta | Perspectives for Europe: The European Union after the Bratislava-Summit | Sofort war gerade noch gleich | Weltgeschichte und Alltag im Banat | Zivilgesellschaft in Ungarn | Souveränität, Demokratie, Mehrheit | Europäische Integration unter Stress | Die Einstellung der Zeitung Népszabadság | Legitimate criticism of Israel and its Government and Anti-Semitism – a thin line? | Die Flüchtlingskrise nach einem Jahr | „Ent-Österreicherung“ als kulturelles Fundament und politisches Programm? | Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten | Frankreich heute | Identität, Migration und Interkulturalität in den Literaturen Mitteleuropas | Der materielle Kern der Verfassung als ewige Grenze der EU-Integration | Der „gute Staat“ | Öffentliche Diplomatie der Tschechischen Republik | Feldrabiner in der Österreichisch-Ungarischen Armee während des Ersten Weltkriegs



Andrássy-Ball 2016  
S. 53

### VERANSTALTUNGEN ZU 1956

38

Die ungarische Revolution 1956 – 60 Jahre danach | Revisiting the Historiography of 1956: before a women's history turn? | Quer durch Deutschland zum 60. Jahrestag der Ungarischen Revolution von 1956 | Revolution! 1956–2016: 60 Jahre Ungarischer Volksaufstand

### AUB-TOP-MANAGERRUNDE 2016 | Fortsetzung der Vorlesungsreihe „Internationales Management“

44

### PORTRAITS | Interviews mit Andra Octavia Drăghiciu und Manfred Röber

50

### SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDESCHAFT, DOKTORANDINEN & ALUMNI

52

Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2016/2017 und Diplomübergabe | Andrassy-Ball 2016 | Minderheiten in Europa | Brüssel-Exkursion 2016 | Regionalexkursion 2016 | AUB-Studierende beim University Sports Festival Budapest | Soft Skill-Training | Fokus IB | Mentorenprogramm

### WISSENSCHAFT UND LEHRE

60

# Vorwort des Rektors

Liebe Freunde der Andrássy Universität Budapest,

wieder halten Sie eine Ausgabe der Andrássy Nachrichten in ihren Händen, die nicht nur auf ein vergangenes Semester zurückblickt, sondern auch mit dem Abschluss eines Kalenderjahres schon das Jahr 2017 einläutet.

Die Monate des Wintersemesters waren wieder voller wichtiger Ereignisse. Als unsere zentrale Veranstaltung gleich zu Semesterbeginn galt die großangelegte Jubiläumsfeier zu unserem 15-jährigen Bestehen. Die Anwesenheit von drei Gründungsvätern (von den ursprünglichen vier), Ministerpräsident Orbán, Ministerpräsidenten a.D. Dr. Stoiber und Dr. Teufel, signalisierte nach innen und nach außen die Wichtigkeit und die Aktualität unseres internationalen Hochschulprojekts. Die Feier war eher der Gegenwart und der Zukunft als der Vergangenheit gewidmet und das entsprach allem Anschein nach auch den Erwartungen unserer Ehrengäste, die anschließend auch an einem Rundtischgespräch teilnahmen und auf Fragen der Studierenden antworteten. Auch im nächsten Monat hatten wir eine außergewöhnliche und ehrenvolle Aufgabe: die AUB wurde zum Austragungsort des traditionellen Deutsch-Ungarischen Forums. Uns ging es von Anfang an darum, nicht nur als Hausherrn am Forum teilzunehmen, sondern auch aktiv einen Bereich mitgestal-



ten zu können: Wir planen mit Einbeziehung unserer Studierenden und der Studierenden der benachbarten Universitäten eine Erneuerung des *Jungen Deutsch-Ungarischen Forums*. Zusammen mit dem relativ neu gegründeten Deutsch-Ungarischen Jugendwerk ist es uns so tatsächlich gelungen, ein aufregendes und vielbeachtetes Forum für junge Erwachsene zu schaffen, das wir gerne fortsetzen bzw. erweitern wollen.

Die Berichte von unseren zahlreichen wissenschaftlichen Veranstaltungen können Sie auf den nächsten Seiten lesen. Innerhalb der breiten Skala möchte ich besonders auf die Veranstaltungen hinweisen, die im Zusammenhang mit der ungarischen Revolution im Jahre 1956 – also nach 60 Jahren – bei uns teils als Gedenkfeier, teils als eine Bestandsaufnahme des kollektiven politischen Gedächtnisses in der Gegenwart organisiert wurden.

Im März 2017 findet die Amtsübergabe im Rektorat statt: Nach neun Jahren verabschiede ich mich von der AUB und dieser Abschied fällt mir nicht leicht. Im Wissen um

die Wichtigkeit einer rechtzeitigen Vorbereitung des Amtswechsels war ich bestrebt, so früh wie möglich die Wahl des Nachfolgers zu betätigen. So war es sehr erfreulich, dass der Senat der Universität schon im Mai 2016 den neuen Rektor wählte und diese Wahl dann im Juni vom Universitätsrat und Kuratorium bestätigt werden konnte.

Ich wünsche Prof. Dr. Dietmar Meyer, dem designierten Rektor, auch auf diesem Wege alles Gute und viel Erfolg mit der AUB. Der bisherige Kanzler Ákos Domahidi wurde 2016 (wieder) gewählt, daher bin ich sicher, dass im Rektoratskollegium ein gut abgestimmtes Team die kurz- und langfristigen Aufgaben meistern wird.

Schließlich möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen an der Universität wie auch bei den Partnerländern, Partnern und Freunden unserer AUB für eine gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren danken. Unterstützen Sie weiterhin mit Ihrem Engagement dieses einmalige Hochschulprojekt, es lohnt sich!

Mit herzlichen Grüßen:

Ihr

András Masát

# Aktuelles

## NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

### 15 Jahre Andrássy Universität Budapest

*Jubiläumsfeier mit Viktor Orbán, Edmund Stoiber und Erwin Teufel am 15. September 2016*

Die AUB feierte am 15. September 2016 ihr 15-jähriges Bestehen zusammen mit rund 250 Gästen und ihren „Gründervätern“, dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Edmund Stoiber, sowie mit Erwin Teufel, dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg. 2001 wurde die Universität auf Initiative Ungarns hin von den Ministerpräsidenten der drei Länder sowie Wolfgang Schüssel, dem damaligen Bundeskanzler der Republik Österreich, während des „kleinen Donau-Gipfels“ in Ulm gegründet.

„Die AUB ist nicht nur als deutschsprachige Universität erfolgreich, sondern auch im europäischen Maßstab ein zukunftsweisendes Modell“, so AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát in seiner Eröffnungsrede. Die Leitidee der

Gründerländer in der 2001 formulierten „Ulmer Erklärung“ sei heute so aktuell wie nie zuvor: An der AUB „sollen die besten Hochschulabsolventen eines Jahres aus Ungarn, den deutschsprachigen Ländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas eine Ausbildung erhalten, die sie befähigt, in und für Mitteleuropa an führender Stelle Verantwortung zu übernehmen“.

Die vergangenen 15 Jahre hätten gezeigt, dass Studierende, Lehrende und Alumni der Universität bereits erfolgreich Europa mitgestalten würden. „Wir können daher stolz sein, an dem Projekt AUB mitwirken zu können und zu dürfen: an einem europäischen Projekt, das den Wissens- und Kulturtransfer in Mittel- und Osteuropa fördert und dabei die Idee eines gemeinsamen Europas vermittelt“, würdigte der Rektor. Gleichzeitig sei

die Universität in den vergangenen 15 Jahren immer mehr auch zu einer Begegnungsstätte für das wissenschaftliche, politische und kulturelle Leben Ungarns und des deutschsprachigen Raumes geworden.

#### **Orbán: Europäische Universität zur Ausbildung europäischer Intellektueller**

Ministerpräsident Viktor Orbán knüpfte in seiner Festrede an die Gedanken von Rektor Masát an und begründete den damaligen Entschluss der „Donaustaaten“, die im „Herzen Europas“ wirtschaftlich, politisch und kulturell eng miteinander verbunden seien, pragmatisch: Man habe die deutsche und die ungarische (Wissenschafts-) Kultur, die lange miteinander eng verflochten gewesen sei, und die nach dem zweiten Weltkrieg jedoch



AUB-Rektor András Masát empfängt Ministerpräsident Viktor Orbán zusammen mit den Ministerpräsidenten a.D. Edmund Stoiber und Erwin Teufel vor der Universität.



weitgehend abgerissen sei, nach 1989 wiederbeleben wollen.

Diese lange Trennung sei aber nicht spurlos an Ungarn und auch nicht an anderen Ländern Mitteleuropas vorbeigegangen. Westeuropa und Länder wie zum Beispiel Ungarn hätten schon damals unterschiedliche Auffassung bei der Lösung von Herausforderungen

in Europa gehabt. Auf der Suche nach Lösungen für diese Meinungsunterschiede und Fragen rund um die Zukunft Europas habe Ungarn zusammen mit Österreich, Bayern und Baden-Württemberg damals eine Antwort gefunden: Man habe zusammen eine Universität gegründet, die den Raum für junge Intellektuelle öffne, die nach neuen Ant-

worten und Lösungsmöglichkeiten aus unterschiedlichen Perspektiven suchen, so Orbán.

Orbán hob hervor, dass die AUB heute eine gemeinsame Schnittmenge deutscher und ungarischer Kultur und Wissenschaft sei. Heute befinde man sich aber erneut an einem Wendepunkt der gemeinsamen Beziehungen, mahnte Orbán an, und so wolle er die Universität und die Studierenden zu einem „neuen Nachdenken“ ermutigen, bei dem alte Schemata zurückgelassen, neue Fragen gestellt und auf bereits gestellten Fragen andere Antworten gefunden werden müssten.

Dies sei die Aufgabe, vor der Europa jetzt stehe. Seiner Meinung nach könne man bei dieser Arbeit nicht auf andere warten: „Wir können nicht erwarten, dass andere diese Situation für uns lösen werden. Wir sind auf europäische Universitäten angewiesen, die neue europäische Intellektuelle ausbilden und ich hoffe, dass die AUB ihren Teil dieser Aufgabe wahrnimmt und uns dabei hilft, dass eine neuen europäischen Elite entsteht, die sich der Vergangenheit bewusst ist und sich für die Zukunft Europas einsetzt.“



Podiumsdiskussion mit Hans-Peter Behr, Ralph Scheide, Edmund Stoiber, Erwin Teufel, Viktor Orbán und Andreas Oplatka (v. l. n. r.).



Georg Kastner, Leiter des Lehrstuhls für Mitteleuropäische Geschichte an der AUB (rechts), hielt die Laudatio bei der Verleihung der Ehrensenatorwürde an Josef Höchtl (Mitte).

V. l. n. r.: Gergely Sóttonyi, Evelin Sárdi, Veronika Gerencsér, András Masát, Orsolya Végh, Tünde Bokor und Ákos Domahidi (Kanzler der AUB).





V. l. n. r.: Ralph Scheide, Hans-Peter Behr, Erwin Teufel, Viktor Orbán, András Masát, Edmund Stoiber, Andreas Oplatka.

### Gemeinsam für die Zukunft Europas bilden

Während der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Europa gestalten – transnationale Bildungsprojekte und europäischer Dialog“, an der neben Orbán, Stoiber und Teufel auch Heinz-Peter Behr, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn sowie Ralph Scheide, Botschafter der Republik Österreich in Ungarn teilnahmen, unterstrich Botschafter Behr nochmals die Bedeutung der AUB als internationale und europäische Hochschuleinrichtung. Die Europäische Union müsse zusammengehalten werden, um im globalen Wettstreit bestehen zu können: Dies könne nur geschehen, wenn man junge Leute dazu motivie-

re, innovativ und kreativ über Europa nachzudenken. Dies sei die Aufgabe von Universitäten wie der AUB.

Auch der österreichische Botschafter Scheide hob hervor, dass man hier, in den Ländern „im Herzen Europas“ die Aufgabe habe, noch mehr Gestaltungskraft in die Hand zu nehmen. Hier falle der AUB eine wichtige akademische Aufgabe zu: Denn neben Schengen und dem Euro sei vor allem der akademische Austausch – wie zum Beispiel durch das ERASMUS-Programm – eine der wichtigen Errungenschaften des modernen Europas, da so junge Leute zusammengebracht würden, um sich gemeinsam für die Zukunft Europas vorzubereiten. Moderiert wurde die Runde von dem schweizerischen Journalisten und Schriftsteller Andreas Oplatka.

### Auszeichnungen an verdiente MitarbeiterInnen der Universität

Im Zuge der Jubiläumsfeierlichkeiten wurde Prof. Dr. Josef Höchtl als ehemaliges Mitglied des Universitätsrates und des Kuratoriums der Öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Universität die Ehrensatorwürde verliehen. Rektor Masát verlieh auch Auszeichnungen an die Verwaltungsmitarbeiterinnen Tünde Bokor, Veronika Gerencsér, Evelin Sárdi und Orsolya Végh sowie an den Büroleiter der Öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest, Gergely Sótonyi, in Anerkennung ihrer Leistungen seit der Gründung der Universität.

*Dieser Artikel erschien auch in der Buda-  
pester Zeitung (BZ Magazin Nr. 38 / 2016).*



Zum Abschluss der Veranstaltung lud die AUB zu einem Empfang im Innenhof der Universität ein.

## Start in neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Passau

Die ersten 17 Studierenden im neuen Doppelmasterprogramm „Governance in Mehrebenensystemen – Internationale Beziehungen / Staatswissenschaften“ (AUB / Universität Passau) trafen sich am 24. Oktober 2016 zur Auftaktveranstaltung an der Universität Passau.

Die Programmverantwortlichen Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prorektor und Inhaber des Lehrstuhls für internationale und europäische Politik, Verwaltungswissenschaft an der AUB sowie Prof. Dr. Daniel Göler, Inhaber des Jean-Monnet Lehrstuhls für Europäi-

sche Politik an der Universität Passau, freuten sich über das bereits große Interesse am neuen Doppelmaster. Die Möglichkeit an zwei Universitäten in zwei Ländern der Europäischen Union studieren zu können, stelle die Krönung der Internationalisierung dar, so Daniel Göler. Hendrik Hansen betonte die Brückenfunktion der AUB in Mittel- und Osteuropa: Der Doppelmaster eigne sich hervorragend, um diese weiter zu vertiefen und an die Tradition der engen Verbundenheit in der Region anzuknüpfen.

Der Dank beider Programmverantwortlichen ging an die in der Konzep-

tionierungsphase des Doppelmasters beteiligten MitarbeiterInnen sowie die akademischen Auslandsämter und die administrative Ebene beider Universitäten. Nurgemeinsam sei es möglich, eine solche Chance des wissenschaftlichen Austausches zu verwirklichen.

*Robert Lohmann / Tim Kraski*



## Der (junge) deutsch-ungarische Blick auf Europa

6. Jahrestagung des „Jungen Deutsch-Ungarischen Forums“ am 25. Oktober 2016

Im Vorfeld der 26. Jahrestagung des „Deutsch-Ungarischen Forums“ fand bereits zum sechsten Mal das „Junge Deutsch-Ungarische Forum“ statt, das gemeinsam von der AUB und dem Deutsch-Ungarischen Jugendwerk ausgerichtet wurde. Zusammen mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen diskutierten

deutsche und ungarische Studierende und junge Fachexperten über die gegenwärtige Situation Europas sowie die Zukunft der deutsch-ungarischen Beziehungen.

Eingeleitet wurden die Diskussions- und Arbeitsrunden zur Zukunft und den Herausforderungen Europas mit der Erinnerung an 1956: Attila Pók, Mitglied

des Präsidiums der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, stellte dabei die Ereignisse um den Ungarnaufstand in einen europäischen Kontext. Im Zeitzeugengespräch mit Dr. László Fodor und Dr. Sándor Kecskés, beide ehemals



Staatssekretärin Katalin Novák (2. v. l.) im Gespräch mit TeilnehmerInnen des Jungen DUF.

in Deutschland praktizierende Ärzte, die im Zuge des Aufstandes 1956 als junge Männer geflohen waren, wurden anschließend unter Leitung von Dr. Gereon Schuch, Leiter des Robert Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien, die Ereignisse und Auswirkungen von 1956 näher beleuchtet. Die beiden Zeitzeugen schilderten ihre beeindruckenden Erlebnisse vom Kampf gegen die sowjetischen Truppen. Die brutale Niederschlagung des Volksaufstandes habe sie letztendlich desillusioniert und zur Flucht zunächst nach Österreich und dann weiter in die Bundesrepublik Deutschland veranlasst. In ihren Augen müsse der damalige Drang nach Selbstbestimmung der heutigen Jugend als bleibender Wert vermittelt werden.

Den Sprung in die Gegenwart unternahm das Forum mit einem Vortrag des Vizepräsidenten des ungarischen Parlaments und stellvertretenden Fidesz-Vorsitzenden, Dr. Gergely Gulyás, über die künftige Richtung der Europäischen Union. Üblichen „Slogans“ der öffentlichen Debatte wie „Mehr Europa“ oder „Weniger Europa“ erteilte Gulyás eine Absage. In der folgenden Fragerunde bezeichnete er die europäische Bürgerinitiative und die stärkere Rolle der nationalen Parlamente im Vertrag von Lissabon als „echte Fortschritte“. Als Ansatzpunkte für eine künftige Vertiefung der Integration nannte der Abgeordnete die Hilfe beim Grenzschutz für betroffene Mitgliedstaaten, automatische Sanktionen bei der Haushaltspolitik und eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Man

solle aber nicht den Fehler begehen, europäische Staaten in „gut“ und „böse“ einzuteilen.

Der Vortrag von Gulyás lieferte das Diskussionspotential und die Impulse für die anschließende Arbeitsphase. In kleinen Gruppen an fünf Tischen mit unterschiedlichen Schwerpunkten diskutierten hier Studierende und junge Fachexperten mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über die „Zukunft in Europa“. Zu den Themen gehörten das Engagement von jungen Menschen in Deutschland und Ungarn für Europa, die Entwicklung der EU nach dem Brexit, die Digitalisierung des Berufsalltags, die Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens in Europa sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die ausgearbeiteten Ideen, Erkenntnisse und Vorschläge wurden anschließend im Plenum vorgestellt. So brachte beispielsweise die Arbeitsgruppe zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie den konkret zum Ausdruck, dass sich vor allem junge Arbeitnehmer in Deutschland und Ungarn flexible Arbeitszeitmodelle wünschen würden.

Als Gastgeber und Moderatoren wirkten mit:

- **Martin Kastler**, Vertreter und Regionalleiter Ungarn der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, und **Frank Spengler**, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest, zum Thema „Wie engagieren sich junge Menschen in Ungarn und Deutschland für Europa?“

- **Dr. Ernő Schaller**, Internationaler Direktor der Stiftung Union für ein Bürgerliches Ungarn, zum Thema „In welche Richtung entwickelt sich die Europäische Union nach dem Brexit?“
- **Christoph Hermreck**, Leiter der Audi Akademie Hungaria, zum Thema „Digitalisierung der Arbeitswelt: Wie verändert sich der Berufsalltag?“
- **Manuel Sarrazin**, Mitglied des Deutschen Bundestages und europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Thema „Klimawandel und Nachhaltigkeit in Europa: Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens“
- **Katalin Novák**, Staatssekretärin für Familie und Jugend im Ministerium für Humanressourcen, zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Abschließend richteten sich Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, sowie Dr. Matthias Rössler, Präsident des Sächsischen Landtages, in ihren Grußworten an die TeilnehmerInnen des Jungen Forums und diskutierten die erarbeiteten Ergebnisse mit den Studierenden und ZuschauerInnen.

Hanna Hittner

Der Artikel erschien auch in der Budapest Zeitung (Nr. 44/2016, S. 26-27).



## Entwicklung eines innovativen Altersvorsorgeproduktes im Auftrag der Europäischen Kommission

Die dritte Tagung der Konsortium-Partner des EU-Projekts „Integrating Residential Property with Private Pensions in the EU“ fand am 3. und 4. November 2016 am Waterford Institute of Technology in Irland statt.

AUB-WirtschaftswissenschaftlerInnen engagieren sich in einem internationalen Forschungsprojekt im Auftrag der Europäischen Kommission (GD Beschäftigung, Soziales und Integration) zum hochaktuel-

len Thema „Nachhaltigkeit der Alterssicherung“. Im Rahmen dieses zweijährigen Projekts wird ein innovatives Altersvorsorgeprodukt in Anlehnung an sog. Equity Release Schemes (ERS) entwickelt. Damit soll eine Re-Liquidierung von Immobilienvermögen im Alter ermöglicht werden. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der Altersvorsorge. Hierzu wird das Marktpotenzial in sechs Partnerländern (Ungarn, Deutschland, Irland,

Italien, Niederland, Vereinigtes Königreich) erforscht und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Produktentwicklung analysiert, das sowohl die Finanzierungsphase als auch die Rentenphase abdeckt.

Auf Seiten der AUB hat Prof. Dr. Martina Eckardt die Projektleitung inne, an der Durchführung sind Dr. Jörg Dötsch, Dr. Eszter Megyeri, Dr. Felix Piazzolo und Prof. Dr. Stefan Okruch beteiligt. Zu den Koopera-

tionspartnern zählen das Institut für Finanzdienstleistungen Hamburg, die Universität Rostock, das Waterford Institute of Technology, die Technische Universität Delft, die Libera Università Maria Ss. Assunta Rom sowie die Queens Universität Belfast. Das zweite Konsortiumstreffen hat bereits im April 2016 an der AUB stattgefunden.

Das Konsortiumstreffen in Waterford widmete sich der Koordination und Auswertung von drei Workpackages im laufenden Projekt. Die AUB wurde von Prof. Dr. Martina Eckardt und Dr. Jörg Dötsch vertreten. Zunächst wurden abschließend die Länderstudien diskutiert, welche die finanziellen Anreize, die Marktsituation und Politikoptionen für alternative Alters-

sicherungsprodukte in den sechs Partnerländern untersuchten. Diese Studien ermöglichten eine neuartige Zusammenschau komplexer Entwicklungen, die einen echten wissenschaftlichen Mehrwert darstellt. Die Ergebnisse werden 2017 publiziert.

In einem nächsten Teil wurden die in den sechs Ländern jeweils durchgeführten Fokusgruppeninterviews mit SeniorInnen als potenzielle Zielgruppe von solchen Finanzdienstleistungen ausgewertet. Sie sollen dazu dienen, ein genaues Bild von der Bedarfsseite zu ermitteln. Im Oktober und November 2016 fanden hierzu bereits zwei Workshops an der AUB statt. Ähnlich wie bei den Länderstudien waren auch hier die Ergebnisse äußerst divers und stellten das Projekt vor neue Heraus-

forderungen. Dies gilt vor allem für die konkrete Produktentwicklung. Dementsprechend wurden im dritten Teil des Meetings Möglichkeiten und Probleme der Modellierung diskutiert sowie die weiteren Arbeitsschritte bis zum nächsten Meeting abgestimmt.

Die WissenschaftlerInnen wurden u. a. vom Dean der WIT School of Business, Dr. Thomas O'Toole, persönlich begrüßt. Das Meeting bot über den engen Austausch innerhalb des Projekts hinaus auch vielfach Gelegenheit zu einer Erweiterung und Vertiefung des internationalen wissenschaftlichen Netzwerks der AUB. Das abschließende Konsortiumstreffen wird im Mai 2017 in Hamburg stattfinden.

Jörg Dötsch

## ExpAct: Das Finale des erfolgreichen AAL-Entwicklungs- und Forschungsprojekts

### AAL – Projekthintergrund: IKT-Lösungen, die das Leben von Älteren vereinfachen

In Europa vollzieht sich ein demografischer Wandel. Bedingt durch die niedrigen Geburtenraten der jüngsten Vergangenheit sowie wegen des Anstiegs der allgemeinen Lebenserwartung der EuropäerInnen (prognostiziert werden 89 Jahre für Frauen, 84 Jahre für Männer im Jahr 2060) ist eine drastische Abnahme der Bevölkerung im Erwerbsalter und dadurch ein dramatischer Rückgang des Arbeitskräftepotenzials zu erwarten. Im Jahr 2035 werden mehr als die Hälfte der Menschen über 50 Jahre und jeder Dritte bereits älter als 60 sein. Europas Bevölkerung wird allmählich ergrauen. Die meisten europäischen Staaten stehen demzufolge vor großen Herausforderungen und viele versuchen sich auf diese Änderung mittels unterschiedlicher Maßnahmen vorzubereiten.

2008 startete das „*Ambient Assisted Living Joint Programme*“ (AAL JP), ein transnationales europäisches Förderprogramm, in dessen Fokus die Entwicklung von innovativen Produkten,



Dienstleistungen und Systemen auf der Basis von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) steht. Ziel ist es, durch die geförderten AAL-Lösungen die Lebensqualität älterer Menschen, ihre Autonomie und gesellschaftliche Teilhabe sowie ihre beruflichen Einsatzmöglichkeiten zu verbessern und zu steigern.

Die sechste Ausschreibung „*ICT Solutions for Supporting Occupation in Life of Older Adults*“ von 2013 widmete sich der Entwicklung von IKT-basierten Lösungen, die es älteren MitbürgerInnen ermöglichen, im Beruf aktiv zu bleiben und ihr Know-how anzubieten, indem sie bezahlte oder unbezahlte Tätigkeiten ausüben. Das Erfahrungswissen älterer Menschen ist ein reicher Schatz, der nicht nur bewahrt, sondern auch für die ganze Gesellschaft nutzbar gemacht werden soll.

### ExpAct: Projektpartner, Finanzierung, Projektziele

Aufbauend auf dieser Erkenntnis hat die AUB zusammen mit sieben Konsortialpartnern aus der Schweiz, Italien, Deutschland und Österreich einen gemeinsamen Projektvorschlag eingereicht. Nach der erfolgreichen Förderungsentscheidung startete 2014 das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „*Experience keep people active – ExpAct*“. Koordiniert von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften nahmen am Projekt Universitäten wie die AUB bzw. Forschungseinrichtungen, IT-Unternehmen und End-User-Organisationen teil, die einen mehrsprachigen Software-Baukasten entwickelt haben, der die Zusammenarbeit von Erfahrungssuchenden und Erfahrungsanbietenden erleichtert.

Das internationale Projekt wurde finanziell durch die beteiligten AAL-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission unterstützt. In Ungarn engagiert sich der ungarische Nationalfond für Forschung, Entwicklung und Innovation federführend. Er ko-finanzierte das Projekt, das über zwei Jahre lief, zusammen mit der Europäischen Union mit insgesamt 156 209 585,- HUF.

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt ExpAct hat zwei vorrangige Zielsetzungen. Ein Ziel ist es, die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen von SeniorInnen an die jüngeren Generationen zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Berufserfahrung der kurz vor oder nach der Pensionierung stehenden Senioren soll damit weiter produktiv genutzt werden. Denn ihr Wissen, das sie über viele Jahre hinweg erworben haben, stellt eine wirtschaftlich und gesellschaftlich wertvolle Ressource dar. ExpAct erleichtert die Weitergabe von Wissen, Erfahrungen und Weisheit durch SeniorInnen.

Das zweite Ziel besteht darin, auch den potenziellen Nachfragern die Bedeutung der Kompetenzen der Generation 55+ bewusst zu machen. ExpAct soll also auch die Nachfrage stimulieren und schlussendlich ein für alle Seiten vorteilhaftes Matching ermöglichen.

### Testrunden und Workshops: Treibende Kraft der ungarischsprachigen Internetplattform

Während des Projekts wurden mehrere Workshops und persönliche Einzelgespräche mit potenziellen End-AnwenderInnen organisiert sowie Testrunden mit dem Ziel, eine ungarischsprachige Internetplattform zu

erstellen und zu testen. In der ersten Projektphase stand vor allem der Meinungsaustausch mit älteren Personen zu Themen wie die Bedeutung des Erfahrungswissens sowie des Wissenserhalts und -transfers im Fokus der Workshops. Das Forschungsteam der AUB hat von Beginn an großen Wert darauf gelegt, die Bedürfnisse der einheimischen potenziellen Nutzer bei der Ausgestaltung der Plattform zu berücksichtigen.

Um das Fachwissen und die langjährige berufliche Erfahrung der älteren Generation zu erfassen, wurde ein innovativer Fragebogen erarbeitet und dessen Inhalt mit den potenziellen NutzerInnen diskutiert.

Im Februar und März 2016 wurden Nutzerbefragungen zum ExpAct-Prototypen mit zwei zukünftigen Hauptnutzergruppen der ExpAct-Plattform durchgeführt: einerseits mit Personen über 55 Jahren, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten und umfangreichen Berufs- und Lebenserfahrung ihr Wissen weitergeben und sinnvolle Aufgaben übernehmen wollen, und andererseits mit Organisationen und Unternehmen, aber auch mit Privatpersonen, die Interesse an der Nutzung des Wissens der erfahrenen Fachkräfte haben und davon profitieren wollen.

Zwischen Juli und September 2016 fanden weitere Testrunden statt, um die erste funktionsfähige Version der Software zu prüfen. Die Plattform wurde durch Vertreter der Generation 55+ im Rahmen von zwei Workshop-Runden getestet und bewertet. Die Vorschläge und Ideen der potenziellen Nachfrager bezüglich der Plattform wurden durch persönliche Einzelinterviews gewonnen.

### Abschlusskonferenz: Treffpunkt aller ExpAct- Engagierten

Am 24. Oktober 2016 wurde die Abschlusskonferenz des Forschungsprojekts an der AUB veranstaltet, der eine Pressekonferenz voranging. Die Konferenz wurde von den beiden ProjektleiterInnen, Prof. Dr. Martina Eckardt und Prof. Dr. Stefan Okruch eröffnet. Nach der Begrüßung der Teilnehmenden stellten sie die wichtigsten Meilensteine des ExpAct Projekts vor. Nachfolgend legten die am Projekt mitwirkenden wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen der AUB – Petra Bölöni und Éva Gazda – die Hauptmerkmale des Projekts, die Funktionsweise der Online-Plattform, die Forschungsergebnisse und die Zukunftsaussichten am Beispiel der ungarischen Pilotanwendung dar. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, sich den Animationsfilm auf Ungarisch anzuschauen, der die Essenz des ExpAct-Entwicklungsergebnisses erfasst. Einblicke und Erfahrungen aus erster Hand boten die weiteren RednerInnen: Vertreter der beiden zukünftigen Hauptnutzergruppen der Internetplattform; außerdem die während der Projektlaufzeit von ExpAct engagierten ungarischen Kooperationspartner; Dr. Péter Hanák von der Technischen Universität Budapest, der bereits an mehreren früheren AAL-Projekten beteiligt war, sowie Pia Bender von der Universität Innsbruck als Vertreterin des österreichischen Projektpartners.

Am Ende der Konferenz warf das Publikum viele Fragen auf, gleichzeitig wurden Meinungen und Stellungnahmen innerhalb einer Diskussionsrunde ausgetauscht. Die Anwesenden stimm-

### Projektpartner:



Zürcher Hochschule  
für Angewandte Wissenschaftler



### Ungarische Kooperationspartner:



ten darin überein, dass das Betreiben der ExpAct-Plattform und die Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades ein großes Potenzial sowohl für die SeniorInnen als auch für die Arbeitgeberseite bedeuten.

### Ausblick: Zukunft der ExpAct-Online-Matchingplattform

Während des Projekts haben die Forschungsarbeiten vor allem zwei ungarische Kooperationspartner, das Erasmus Institut (EI) und der Verein für Soziale Innovation (SZIA) unterstützt. Das neue CedarNet-

Programm des EI fokussiert auf den Wissenstransfer der SeniorInnen. Diese Initiative ist komplementär mit den wichtigsten Zielen des ExpAct-Projekts verknüpft. So können SeniorInnen und ArbeitgeberInnen die ExpAct-Plattform besser kennenlernen und nutzen.

Durch die Zusammenarbeit mit SZIA wird es weiterhin möglich sein, die ExpAct-Plattform auch weiteren Zielgruppen als potenziellen End-AnwenderInnen näher zu bringen.

Die Nutzung der ExpAct-Online-Plattform durch die beiden Partner-

organisationen zunächst für ein Jahr ist der erste Schritt dazu, das ExpAct-Entwicklungsergebnis einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Das AUB-Forschungsteam des ExpAct-Projekts setzt große Hoffnungen in die ungarisch-sprachige Internetplattform. Es sieht in ihr eine innovative Lösung für ein aktives und – sowohl psychisch als auch physisch – gesundes Altern am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

*Éva Gazda*

## Ehrensatorwürde an Peter Frankenberg verliehen

Prof. Dr. Peter Frankenberg, ehem. Mitglied des Universitätsrates der AUB, ehem. Mitglied des Kuratoriums der Öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest, wurde in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Universität am 10. November 2016 vom Senat der AUB zum Ehrensator ernannt.



V. l. n. r.: AUB-Universitätsratsvorsitzender Peter Hommelhoff, Peter Frankenberg und AUB-Rektor András Masát.

## Norwegischer Verdienstorden an AUB-Rektor András Masát verliehen

König Harald V. von Norwegen hat AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát für die Pflege und Verbreitung der norwegischen Sprache, Literatur und Kultur in Ungarn den norwegischen Verdienstorden (Ritter 1. Klasse) verliehen. Die Auszeichnung wurde von Olav Berstad, Botschafter des Königreichs Norwegen in Ungarn, am 7. November 2016 während eines Festakts in der norwegischen Botschaft übergeben.

## Andreas Oplatka erhält ungarischen „Prima Prissima“-Preis und schweizerischen Röpke-Preis

Der Kuratoriumsvorsitzende der Öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest, dem Trägerorgan der AUB, wurde im Wintersemester 2016 gleich mit zwei renommierten Preisen in Ungarn und in der Schweiz ausgezeichnet.

Am 2. Dezember erhielt Prof. Dr. Andreas Oplatka den „Prima Prissima“-Preis 2016 in der Kategorie „Presse“. Der „Prima Prissima“-Preis wird seit 2013 von Sándor Csányi und der OTP Bank verliehen. Der von Sándor Demján und dem Landesverband der Ungarischen Unternehmer und Arbeitgeber im Jahre 2003 ins Leben gerufene Preis hat zum Ziel, die

Leistungen ungarischer Intellektueller zu würdigen und die ungarische Wissenschaft, Kunst, Kultur und den Sport zu stärken. Der Prima-Preis ist mit 5 Millionen, der Prissima-Preis mit 15 Millionen Forint dotiert.

Oplatka spendete das Preisgeld in Höhe von 15 Millionen Forint für karitative Zwecke. Die Summe kommt zu gleichen Teilen zwei Stiftungen zugute: der Igazgyöngy Alapítvány in Berettyóújfalu, die sich mit Begabtenförderung und Persönlichkeitsentwicklung von benachteiligten Kindern beschäftigt, und dem siebenbürgischen Nyilas Misi-Verein für Begabtenförderung.

### Ehrung mit dem Röpke-Preis

Am 6. Dezember 2016 wurde Oplatka ebenfalls mit dem schweizerischen Röpke-Preis für Zivilgesellschaft 2016, der vom Liberalen Institut in Zürich vergeben wird, für seine qualitativ herausragende, konsequent auf freiheitliche Werte ausgerichtete Publizistik ausgezeichnet.

Das 1979 gegründete Liberale Institut verfolgt das Ziel der Erforschung freiheitlicher Ideen. Das Institut untersucht die Schweizer Tradition und Kultur von individueller Freiheit, Frieden, Offenheit und politischer Vielfalt und



Sozialphilosoph Wilhelm Röpke (1899-1966), der zu den bedeutendsten Vertretern des Liberalismus in der jüngsten Schweizer Geschichte gehört, soll jeweils eine Leistung und Haltung anerkennen, die mit den Anliegen des großen Ökonomen, und damit jenen des Liberalen Instituts, in Verbindung stehen. Mit dem Röpke-Preis für Zivilgesellschaft zeichnet das Liberale Institut daher Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus, die durch ihre Tätigkeiten die Präsenz freiheitlicher Ideale in der Gesellschaft stärken. Damit soll auch ein Zeichen der Dankbarkeit und Freude gesetzt werden, dass die freiheitliche Kultur in der Schweiz vielfältig und lebendig bleibt. Der Röpke-Preis wird jährlich im Rahmen der Freiheitsfeier des Liberalen Instituts vergeben.

setzt sich für die Weiterentwicklung der liberalen Geistesstradition ein.

Der Röpke-Preis für Zivilgesellschaft, benannt nach dem Ökonom und

*Quelle: Liberales Institut*

## Neuerscheinungen

### **Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2014-15**

Das Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien versteht sich als Medium zur Darstellung neuester Forschungsergebnisse aus den Bereichen Geschichte und Kultur der Donaumonarchie und ihrer Nachfolgestaaten. Es dient sowohl arrivierten Kräften als auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs als Plattform. Das als Herausgeber fungierende Mitteleuropa-Zentrum an der AUB legt dabei besonderen Wert auf Interdisziplinarität und Internationalität. Die publizierten Beiträge durchlaufen einen mehrstufigen Begutachtungsprozess. Die Ausgabe 2014/15 widmet sich mehreren Ereignissen, derer in diesen beiden Jahren gedacht wurde. Den ersten Schwerpunkt bildet dabei der Erste Weltkrieg. Im Weiteren konzentrieren sich mehrere Beiträge auf die Zwischenkriegszeit, während ein dritter Teil vorwiegend Österreich und Ungarn in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt.

*Wien 2016  
New Academic Press  
424 Seiten  
ISBN: 978-3-7003-1985-6*

### **Dr. Attila Vincze: „Unionsrecht und Verwaltungsrecht – Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Rezeption des Unionsrechts“**

Die allgegenwärtig zu beobachtende Europäisierung ist landesspezifisch, sie wirkt in jedem Mitgliedstaat anders. Die Untersuchung beschränkt sich nicht auf eine bloße Beschreibung dieser Tendenzen, sondern versucht, den Ursachen für Konvergenzbewegungen oder Resistenzen der nationalen Rechte nachzugehen und Erklärungen anzubieten, die die Diskussion voranbringen können. Der Einfluss des Unionsrechts auf fünf Verwaltungsrechtsordnungen der EU wird anhand von fünf Referenzthemen (Ermessen, Bestandskraft, Zugang zur Verwaltungsgerichtsbarkeit, vorläufiger Rechtsschutz und Haftung) verglichen. Durch die Analyse der britischen, deutschen, österreichischen, tschechischen und ungarischen Rechtsordnung stellt die Untersuchung die Grenzen der innovativen Kraft des Unionsrechts dar und hinterfragt, welche rechtlichen

und gesellschaftlichen Faktoren die legal transplant des Unionsrechts beeinflussen. Das Werk ist Teil der Reihe Andrássy Studien zur Europaforschung (Band 17).

*Baden-Baden 2016  
Nomos Verlag  
360 Seiten  
ISBN 978-3-8487-3565-5*

### **Dr. Orsolya Lénárt: Der Ungarische Kriegs-Roman: Medien, Wissen und Fremdwahrnehmung bei Eberhard Werner Happel**

Das vorliegende Werk befasst sich mit einer im literaturwissenschaftlichen Kanon bisher nur marginal behandelten, jedoch für die Erforschung der Ungarnrezeption am Ende des 17. Jahrhunderts zentralen Arbeit des Hamburger Vielschreibers Eberhard Werner Happel (1647–1690) mit dem Titel „Der Ungarische Kriegs-Roman“. Das Werk, das zwischen 1685 und 1697 in sechs Bänden in Ulm erschien, gibt einen Einblick in die Entfaltung des Ungarnbildes am Ende der Frühen Neuzeit. So zeichnet Happel, der sich in der Zeit der



reicher weiterer an den Türkenkriegen beteiligter Staaten. Als Quellen dienten dem in Hamburg als Berufsschriftsteller tätigen Autor dabei primär Zeitungsnachrichten sowie zeitgenössische Beschreibungen, was sein Werk zu einer Art Inventar der gegen Ende des 17. Jahrhunderts gängigen Ungarnbilder werden ließ, in dem sich traditionelle Darstellungen des Landes mit neuen, durch die politischen Ereignisse geprägten Elementen verschmolzen. Orsolya Lénárt gelingt es mit dem vorliegenden Band, ein lange Zeit bestehendes Desiderat im Bereich der Forschung über das Ungarnbild der Frühen Neuzeit zu schließen. Der Band erschien in der Studienreihe Mitteleuropäische Geschichte und Kultur (Band 1).

Wien 2016

New Academic Press

271 Seiten

ISBN: 978-3-7003-1986-3

Türkenkriege intensiv mit Ungarn beschäftigte, auf mehr als 4.000 Seiten ein detailliertes wie umfassendes Bild des Königreiches Ungarn, jedoch auch zahl-

## Veranstaltungen an der AUB im Wintersemester 2016/17

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

### Stauffenberg-Ausstellung an der AUB

Am 18. Juli 2016 wurde an der AUB eine besondere Ausstellung zum Juli-Attentat auf Hitler eröffnet: „Stauffenberg und die Operation Walküre – das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944“. In einem Grußwort zur Eröffnung verwies der deutsche Gesandte Dr. Manfred Emmes darauf, dass die Erinnerung an das misslungene Attentat auf Adolf Hitler auch im vereinigten Deutschland zu den historischen Schlüsselereignissen zähle. Diese Erinnerung wachzuhalten und an kommende Generationen weiterzugeben, sei auch heute eine besondere Verpflichtung.

Im wahrsten Sinne mitreißend und bewegend war die sich anschließende Festrede von Sophie Freifrau von Bechtolsheim, der Enkelin von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die einen sehr privaten Einblick in die Familiengeschichte der Stauffenbergs gab und erläuterte, wie sich Personen im deutschen Widerstand ihrer Verantwortung nicht entzogen haben, auch wenn die Umstände – unverantwortet und unverschuldet – wie im Falle Stauffenbergs in eine andere Richtung geführt hätten.

Die Ausstellung wurde durch die Zusammenarbeit der Gedenkstätte

Deutscher Widerstand, der Stiftung 20. Juli 1944, der Deutschen Botschaft Budapest und der AUB ermöglicht.

Organisiert wurde die Ausstellung von Dr. Ulrich Schlie, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II.

Quelle: Deutsche Botschaft Budapest



Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland  
Budapest

# Der Donauraum im Fokus – Flüchtlingskrise und Migration

*AUB-Sommeruniversität vom 28. August bis zum 4. September 2016 in Budapest*

Die Sommeruniversität war inhaltlich in mehrere Blöcke aufgeteilt, die wiederum in ein größeres achttägiges Rahmenprogramm eingebunden waren. Der erste Block beschäftigte sich mit dem Donauraum und der Donauraumstrategie, Block II mit der Migrationsgeschichte vom 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Block III mit der aktuellen Situation der Migration im Donauraum, Block IV mit der Asyl- und Zuwanderungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten und Block V mit den Migrationsproblemen in alternierenden Gesellschaften. In Block VI wurde zum Abschluss noch ein angewandter Workshop zum Thema „Migration und Flüchtlingspolitik und die öffentlichen Meinung – Einführung in Online Wahlhilfen“ angeboten. Pro Block gab es eine/n Lehrende/n, der/die für den Inhalt verantwortlich war. Die Studierenden wurden mit einem Themenvorschlag zu einem Block zugeteilt und hielten zu den jeweiligen Themen ein Referat. Die Lehrenden

bereiteten das Thema ihres jeweiligen Blocks für die Studierenden auf, hielten eine einführende Präsentation und kommentierten die Referate der Studierenden. Somit gab es einleitende Referate von Ellen Bos zum Thema Donauraumstrategie, von Gerhard Seewann zum historischen Überblick über die Migrationsbewegungen und von Ralf Thomas Göllner zur Migration im Donauraum aktuell. Daniele Saracino sprach zum Thema Asyl- und Zuwanderungspolitik, wobei in seinem Block zusätzlich ein Vortrag von Regierungsrat Henning Schüttel aus Bayern eingebaut wurde, der sich mit der Situation in Bayern beschäftigte, Siegfried Franke trug im Block V noch zum Thema Migrationsprobleme in alternierenden Gesellschaften vor und Melani Barlai sprach über die Online-Wahlhilfe Vokskabin.

Das eigentliche Programm der Sommeruniversität begann bereits am Anreisetag, dem 28. August 2016, mit einem Vortrag von Adam Krzemiński,

einem polnischen Publizisten und Journalisten, der zum Thema „Ostmitteleuropa 1944-1989 und danach: Unsere namenlosen Revolutionen“ referierte. Am nächsten Morgen wurden die TeilnehmerInnen nochmals offiziell begrüßt und in die Thematik der Sommeruniversität eingeführt. Der erste Block fand am Montagnachmittag statt, gefolgt von einem Workshop des Young Citizens Danube Networks (YCDN). Themenblock II und III wurden am Mittwoch abgehalten und am Abend fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Was kann der Donauraum durch Migration gewinnen?“ statt. Auf dem Podium waren Gerhard Seewann, Ralf Thomas Göllner, Henning Schüttel und Siegfried Franke. Ellen Bos moderierte das Panel. Die Fragen des Publikums gingen eher auf die Situation in Ungarn ein und hinterfragten auch den Titel der Podiumsdiskussion, auf den im Rahmen der Podiumsdiskussion weniger eingegangen wurde.



Der Historiker Gerhard Seewann gab einen Überblick über die Migrationsgeschichte vom 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts.

Am dritten Tag der Sommeruniversität wurden die Blöcke IV und V abgehalten. Im Rahmen des Block IV wurde der Vortrag von Hennig Schüttel eingebaut. Er sprach über die spezifische Situation in Bayern und über die Reaktionen der Politik und Verwaltung auf die Herausforderungen, die mit der hohen Anzahl an Asylwerber auftraten. Am späten Nachmittag, nach dem Block V, wurde in einer Podiumsdiskussion mit ungarischen NGOs die Flüchtlingssituation in Ungarn besprochen. Die vertretenen Organisationen waren Amnesty International Magyarországon, Migrant Solidarity Group of Hungary und International Organisation for Migration. Am späteren Abend waren die TeilnehmerInnen der Sommeruniversität zum Abendvortrag von der Holocaustüberlebenden Éva Pusztai-Fahidi an der Deutschen Botschaft eingeladen.

Am Donnerstag, dem vierten Tag der Sommeruniversität, fand der Block VI unter der Leitung von Melani Barlai statt. Es wurde das Vokskabin-Projekt vorgestellt und die Studierenden für die Ausarbeitung von Fragen in Gruppen eingeteilt. Am Nachmittag fand die Exkursion ins Jakob Bleyer Heimatmuseum der Ungarndeutschen nach Budaörs statt. Die Gruppe nahm an einem Stadtrundgang und einem Vortrag im Museum teil. Der Tag wurde mit einem Grillabend an der AUB beendet, bei dem beide Sommeruniversitäten der AUB sowie neue AUB-Studierende gemeinsam teilnahmen.

Am Freitag setzte Melani Barlai mit ihrem interaktiven Workshop fort. Die am Vortrag erarbeiteten Fragen wurden diskutiert und zum Schluss mussten die Studierenden ihr Vokskabin-Projekt in Rahmen einer simulierten Pressekonferenz vorstellen.

Der Tag endete mit einer gemeinsamen Runde im Innenhof der Universität und einem Besuch im Rudas-Bad und am Samstagvormittag besuchten die TeilnehmerInnen zum Abschluss gemeinsam das Künstlerstädtchen Szentendre im Norden Budapests.



## Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa – Nationalsozialismus und Kommunismus in Politik und Literatur

*AUB-Sommeruniversität vom 28. August bis zum 4. September 2016 in Budapest*

Die Sommeruniversität, an der 35 Studierende aus zwölf verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens teilnahmen, wurde vom Lehrstuhl für internationale und europäische Politik, Verwaltungswissenschaft (Prof. Dr. Hendrik Hansen, Dipl. Kulturw. Tim Kraski, Lic., M.A.) in Kooperation mit dem Germanistischen Institut der Eötvös Loránd Universität (Dr. Verena Vortisch) organisiert und zielte darauf ab, sich der totalitären Vergangenheit der mittel- und osteuropäischen Länder und der kontroversen Erinnerung an diese Vergangenheit interdisziplinär anzunähern. Die übergeordnete Frage „Gibt es eine transnationale europäische Erinnerung?“ bzw. „Kann und soll es eine transnationale europäische Erinnerung geben?“ wurde sowohl aus der Perspektive der Politikwissenschaft als auch der

Literaturwissenschaft beleuchtet und der Versuch unternommen, beide disziplinären Herangehensweisen miteinander zu verbinden.

Inhaltlich gliederte sich die Sommeruniversität in drei Teile. Im ersten Teil wurden nationalsozialistische und kommunistische Diktaturen als Gegenstand des Erinnerns behandelt. Der zweite Teil konzentrierte sich auf nationale Erinnerungskulturen, während der dritte Teil sich mit der transnationalen Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa befasste. Den drei Teilen vorangestellt war ein Eröffnungsabend, auf dem der polnische Journalist und Publizist Adam Krzemiński über das Thema „Ostmitteleuropa 1944-1989 und danach: Unsere namenlose Revolutionen“ referierte. Weiterhin wurde im Rahmen dieses Abends die Ausstellung „Polen und Deutsche – Geschichte ei-

nes Dialogs“ eröffnet, die während der Sommeruni-Woche an der AUB zu sehen war.

Im ersten Teil der Sommeruniversität konnten die TeilnehmerInnen an Arbeitsgruppen von Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig (Universität Passau) und Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll (TU Chemnitz) teilnehmen. In Prof. Zehnpfennigs Arbeitsgruppe wurde über literarische Darstellungen ein Zugang zu Opfer- und Täter-Perspektiven auf die Verbrechen totalitärer Diktaturen gesucht. Die Lektüre von Ausschnitten aus Werken wie Wassili Grossmans „Alles Fließt“ oder Jonathan Littells „Die Wohlgesinnten“ ließ das (Innen)Leben von Opfern und Tätern sehr plastisch werden und zeigte, dass Literatur es vermag, zeitliche aber auch örtlich-kulturelle Distanzen zu verringern. Prof. Krolls Ar-



beitsgruppe konzentrierte sich u. a. auf begriffliche und historische Grundlagen. So wurden die Ideologie, das Herrschaftssystem und die Ausbreitung der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen in Europa sowie die Konzepte der Erinnerungsorte (Pierre Nora) und des kollektiven Gedächtnisses (Aleida Assmann) behandelt. In Fallstudien stellten die TeilnehmerInnen dar, wie in ihren Herkunftsländern an die totalitäre Vergangenheit erinnert wird.

Die beispielhafte Behandlung nationaler Erinnerungskulturen stand auch im zweiten Teil der Sommeruniversität im Fokus, in dem die TeilnehmerInnen zwischen drei Arbeitsgruppen wählen konnten. Prof. Ines Geipel (Hochschule für Schauspielkunst Berlin) behandelte in ihrer Arbeitsgruppe „Gefühlserbschaften der SED-Diktatur im Umbruch“ und thematisierte dabei u. a. die Frage, wie sich die Erinnerung zwischen verschiedenen Generationen wandelt und inwiefern die „Schweigegesellschaft“ der DDR in Zusammenhang mit aktuellen politischen Entwicklungen, wie dem Aufstreben von AfD und PEGIDA, steht. Die Arbeitsgruppe von Prof. Dr. Catherine Horel (CNRS, SIRICE/Universität Paris I) setzte sich mit dem Gedächtnis der beiden Totalitarismen in Ungarn auseinander. Behandelt wurden dabei u. a. die besondere Stellung des Kommunismus in der ungarischen Erinnerungspolitik, das Phänomen der Instrumentalisierung der Geschichte sowie die Frage der Eigen- und Fremdverantwortung für Verbrechen, die in den Diktaturen begangen wurden. Adam Krzemiński vertiefte in seiner Arbeitsgruppe die Erinnerungskulturen Deutschlands und Polens und die deutsch-polnische Versöhnung, wobei er insbesondere betonte, wie wichtig gegenseitige Empathie und gegenseitiges Verstehen für derartige Prozesse sei.

Im dritten Teil der Sommeruniversität wurde das Erfordernis der gegenseitigen

Empathie von Dr. Heidemarie Uhl (Österreichische Akademie der Wissenschaften) wieder aufgegriffen. Dr. Uhl argumentierte, dass gegenseitige Empathie die zentrale Voraussetzung für ein transnationales bzw. europäisches Erinnern sei. In ihrer Arbeitsgruppe versuchte sie unter dem Thema „Orte und Konzepte des transnationalen Gedächtnisses“ durch ein starkes Einbinden der TeilnehmerInnen mit ihren jeweils unterschiedlichen Erfahrungshintergründen die Basis für solche Prozesse der Empathie und des Verstehens zu legen. Univ.-Doz. Dr. Éva Kovács (Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien/Institut für Soziologie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften) zielte in ihrer Arbeitsgruppe mit dem Themenschwerpunkt „Das Gedächtnis der Völkermorde in Europa“ in eine ähnliche Richtung und führte u. a. eine Simulation durch, in deren Rahmen sich die TeilnehmerInnen in Opfer- und Täterrollen hineinversetzen konnten. Prof. Dr. Manfred Weinberg (Karls-Universität Prag) fokussierte aus literatur- und kulturwissenschaftlicher Perspektive primär die Schwierigkeiten und Herausforderungen eines transnationalen Erinnerns, die sich bspw. in der Subjektivität und Heterogenität des je Erinnerten / Dargestellten zeigen.

Abgerundet wurde das Programm der Sommeruniversität durch eine erinnerungskulturelle Stadtführung, einen Ausflug ins Terrorhaus sowie abendliche Veranstaltungen im Goethe-Institut und der Deutschen Botschaft Budapest. Im Goethe Institut las Léda Forgó aus ihrem Roman „Der Körper meines Bruders“, der im Kontext des ungarischen Volksaufstandes von 1956 angesiedelt ist. Sie sprach nach der Lesung u. a. darüber, wie es war, über eine Epoche zu schreiben, die man selbst nicht erlebt hat. In der Deutschen Botschaft Budapest hatten die Sommeruniversitäts-TeilnehmerInnen die Gelegenheit, mit Éva Fahidi ins Gespräch zu kommen. Die

neunzigjährige Holocaust-Überlebende, die als einzige ihrer Familie Auschwitz-Birkenau überlebte, schilderte sehr eindrücklich ihre persönliche Geschichte. Besonderen Eindruck hinterließ, dass Éva Fahidi ihr Leben und, wie sie sagte „meinen Holocaust“, seit einem Jahr auch im Rahmen von regelmäßigen Tanz-Theater-Aufführungen im Budapesti Vigszínház tanzt und erzählt.

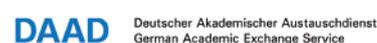
Während der Sommeruniversität fand ein intensiver Austausch zwischen den TeilnehmerInnen statt, die z. T. bis tief in die Nacht diskutierten und sich über Fragen der Einheit und Vielfalt der europäischen Erinnerungskultur(en), über die Frage, was Literatur(wissenschaft) und Politik(wissenschaft) in diesem Bereich voneinander „lernen“ können und über die Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Erinnerungskultur austauschten. Neben allem Inhaltlichen war dieser direkte, persönliche Austausch im Sinne der von Dr. Uhl und Adam Krzemiński betonten Prozesse der Empathie und des gegenseitigen Verstehens sicherlich eines der wichtigsten Elemente der Sommeruniversität.

Gefördert und unterstützt wurde die Sommeruniversität vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Deutschen Botschaft Budapest, dem Goethe Institut, der Polnischen Botschaft Budapest, dem Polnischen Institut sowie dem Österreichischen Kulturforum Budapest.

*Tim Kraski*



osztrák kulturális fórum<sup>bud</sup>



# Politischer Diskurs über die Migrationskrise in den Staaten der EU und dem Westbalkan

Im Rahmen der Konferenz „Political Discourse on the Migrant Crisis in the EU and Western Balkan States“ am 7. September 2016 wurden die Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ auf den politischen Diskurs in der EU und den Ländern der Balkanroute analysiert. Darüber hinaus berichteten NGOs aus den Westbalkanländern und Ungarn über ihre Erfahrungen mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen und die damit verbundenen Herausforderungen. Unterstützt wurde die Konferenz von der ERSTE Foundation und dem Österreichischen Kulturforum Budapest.

## Regionaler Ansatz zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Das erste Konferenzpanel konzentrierte sich auf die Perspektive der Länder, die auf der Migrationsroute liegen, u. a. mit Fallstudien zu Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Ungarn. Nenad Koprivica (CEDEM-Centre for Democracy and Human Rights) erläuterte, dass Montenegro noch nicht direkt von der „Migrantenkrise“ betroffen sei. Um die Herausforderungen bewältigen zu können, sei jedoch ein regionaler Ansatz erforderlich, da die aktuelle Flüchtlingsfrage Auswirkungen auf die gesamte Westbalkanregion und somit auf den EU-Erweiterungsprozess hätten. Lura Pollozhani (Universität Graz) stellte daneben die wichtigsten Ergebnisse ihrer Studie zum Flüchtlingsdiskurs in Mazedonien vor und kam dabei zum Schluss, dass die mazedonischen Medien polarisiert seien und es keine reflektierten Berichte über die Flüchtlingskrise gebe. Drago Župarić-Iljić (Institute for Migration and Ethnic Studies, Zagreb) stellte die Veränderungen des politischen Diskurses in Bezug auf die Migrantensituation in Kroatien dar. Auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse, die den humanitären Diskurs in Kroatien im Sommer 2015 analysierten, präsentierte er ein kom-

plexes Bild des Staates als Akteur in der Migrationskrise. Endre Sík (ELTE Universität / Tárki / Ungarische Akademie der Wissenschaften) analysierte die Auswirkungen des staatlich dominierten Diskurses über das Flüchtlingsproblem in Ungarn und verglich das Niveau von Fremdenfeindlichkeit und Fremdenfreundlichkeit vor und während der Anti-Einwanderungskampagne der Regierung. Dabei stellte er fest, dass das Niveau von Xenophobie im April 2015 stark anstieg sei, zwischen Juli und Oktober dagegen wieder gesunken sei, jedoch im Januar 2016 auf ein Höchstniveau anstieg sei.

Das zweite Panel konzentrierte sich auf den politischen Diskurs und die Entwicklungen in den Zielländern der Flüchtlinge, insb. in Österreich, Schweden, Deutschland und Großbritannien. Laut Oliver Gruber (Universität Wien) sei die Flüchtlingskrise eine Krise der Politik und diese sei z. B. in Österreich durch den politischen Stillstand der Koalitionsregierung, dem Kompetenzstreit zwischen Staat und Bundesländern sowie einer Krise der zwischenmenschlichen Solidarität verstärkt worden. Er folgerte, dass es sich auch im österreichischen Fall um keine Flüchtlingskrise handele, sondern um eine Krise der Flüchtlingspolitik, des Föderalismus und der Solidarität. Gregg Bucken-Knapp (Universität Göteborg, Schweden) präsentierte in seinem Vortrag die Dynamik der schwedischen Reaktionen auf die Migrationskrise und die Änderungen in der schwedischen Migrationspolitik von 2014 bis 2016. Der Diskurs in Schweden sei geprägt durch Fragen der Solidarität und der begrenzten Ressourcen, so Bucken-Knapp. Das deutsche Fallbeispiel wurde von Birte Fähnrich (Zeppelin Universität) präsentiert. Der Vortrag begann mit einem historischen Überblick über die Einwanderungswellen, den Hintergrund der derzeitigen Migrationskrise in Deutschland und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Fähnrich stellte

ebenfalls eine Studie über den Flüchtlingsdiskurs in deutschen Talkshows vor. Umut Korkut (Glasgow Caledonian University) setzte die Frage der Flüchtlingskrise in Großbritannien in den Kontext des Brexit-Referendums: Hier sei erkennbar, dass Nicht-Experten den Diskurs angeführt hätten und die Regierung nicht in der Lage gewesen sei, die Deutungshoheit zu gewinnen.

## Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die Vortragenden des dritten Konferenzpanels kamen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit und für Flüchtlinge in Ungarn, Serbien und Mazedonien arbeiten. Migszol (Migrant Solidarity Group of Hungary) wurde von zwei Mitgliedern vorgestellt, die hervorhoben, dass Migszol keine offizielle NGO sei, sondern eine Solidaritätsgruppe. Migszol erhalte somit keine finanzielle Unterstützung von Regierungen oder anderen Organisationen. Migration Aid, vorgestellt von Rozi Gombás, sei eine der ersten Organisation gewesen, die sich im Sommer 2015 für Flüchtlinge in Ungarn engagiert hätten. Die Organisation wurde im September 2015 gegründet, als die Lage am Keleti-Bahnhof sich zuspitzte. Migration Aid habe damals quasi die Aufgaben des ungarischen Staats übernommen, da die Regierung aufgrund ihrer Anti-Flüchtlingspolitik untätig geblieben sei und habe so Tausenden von Flüchtlingen geholfen. Aleksandra Davidovska (NGO Legis, Mazedonien) präsentierte die 2009 gegründete mazedonische NGO Legis, die seit Zunahme von Flüchtlingen in Mazedonien vor allem bei der Versorgung der Flüchtlinge, der Rechtsberatung und der inoffiziellen Verwaltung der Flüchtlingslager sowie bei der grenzüberschreitenden Koordination von Hilfeleistungen Unterstützung geleistet habe. Ivan Lalic, Leiter der serbischen NGO Refugee Aid Miksaliste mit Sitz in Belgrad,

stellte die Arbeit seiner NGO vor und wies auf die Untätigkeit des serbischen Staates bei der Versorgung der Flüchtlinge hin.

Das letzte Panel erörterte Kooperationsmöglichkeiten zwischen akademische Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Vorgestellt wurden u. a. das Department für Migration und Globalisierung an der Donau-Universität Krems (Österreich) von Anna Faustmann, welches einen Kurs für Migration und Integration Management anbietet, sowie das Projekt CEU helps (Central European University), welches von der CEU-Studentin Constanze Jeitler als Reaktion auf die Flüchtlingskrise im Sommer 2015 in Budapest gegründet wurde. Melani Barlai (NetPOL / AUB)

stellte die neue Version des Vokskabin-Projekts vor, eine Online-Wahlhilfe, die subjektive Positionen mit denen ungarischer Parteien vergleicht. Der Online-Fragebogen wurde von einer Gruppe von Studierenden im Rahmen der AUB-Sommeruniversitäten im August-September 2016 ausgearbeitet. Diana Szántó von der Artemisszió-Stiftung gab abschließend einen Überblick über die Entstehung ihrer Organisation, die in den 1990er Jahren gegründet wurde und in Ungarn Projekte zu interkulturellen Fragen durchführt, wobei sie ein Bewusstsein für verschiedene Kulturen in Ungarn schaffen und ein positives Bild anderer Kulturen vermitteln wollen.

Christina Grießler



ERSTE Stiftung



## „Arbeiter der Feder. JournalistInnen der kommunistischen Tageszeitung ‚Österreichische Volksstimme‘ und die Zäsuren ihrer Lebensgeschichten (1945–1956)“

Präsentation des Buches von Maria Bianca Fanta

„Wer waren die RedakteurInnen der ‚Österreichischen Volksstimme‘?“ – diesem Leitgedanken ihrer jüngst veröffentlichten Dissertation folgte Maria Bianca Fanta auch in der Buchpräsentation am 22. September 2016 in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén. Die vom Lehrstuhl für Kulturwissenschaften an der AUB organisierte Veranstaltung stellte das Abschlussprogramm der dreitägigen Konferenz „Die ungarische Revolution 1956 – 60 Jahre danach“ dar, welche durch die Österreichische Akademie der Wissenschaften und das Österreichische Kulturforum gefördert wurde. Moderiert wurde der Abend von Dieter A. Binder, Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften, Organisatorin der Veranstaltung war Ursula K. Mindler-Steiner.

Fanta, die 2015 ihr Doktorstudium am Doktoratskolleg für Mitteleuropäische Geschichte an der AUB abgeschlossen hat, gab einen Einblick

in ihre Arbeit sowie in die Herangehensweise an ein komplexes und bisher kaum betrachtetes Themenfeld. Dabei nahm sie das Publikum mit auf ihre Forschungsreise durch das Zentralorgan der KPÖ – die „Österreichische Volksstimme“ – und das gesamte „Redaktionskollektiv“, wie sich die Redaktionsmitglieder selbst bezeichnet hätten, so Fanta.

Mit der Gründung der „Österreichischen Volksstimme“ 1945 sei damals eine Plattform für kommunistische JournalistInnen entstanden, die noch wenige Jahre zuvor von politischer und rassistischer Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime bedroht gewesen und ins Ausland geflohen seien. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges seien diese zurückgekehrt, um (erneut) als



JournalistInnen tätig zu werden. Dabei seien sie eng mit der Kommunistischen Partei verbunden gewesen.

Das Fehlen eines Redaktionsarchivs oder Verzeichnisses habe ihre Arbeit erschwert, so Fanta. In mühevoller Kleinstarbeit habe sie daher eine Datenbank mit hauptberuflich tätigen JournalistInnen erstellen müssen. Weitere Informationen habe sie sowohl im Parteiarchiv der KPÖ als auch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wie auch in den Akten der Österreichischen Journalistengewerkschaft finden können. Darüber sei es ihr gelungen, zwei Interviews mit ehemaligen Angestellten der „Österreichischen Volksstimme“ führen zu können, die ihr weitere wichtige Informationen geliefert hätten.

Ihr Anliegen sei es dabei nicht nur gewesen, die Lebenswege bekannter VertreterInnen der kommunistischen Zeitung nachzuzeichnen: Auch bisher unbekannte oder nur wenig in den Blick genommene Personen hätten dabei eine Stimme erhalten sollen. Es sei ihr gelungen, 54 Biografien von JournalistInnen, sowohl qualitativ als auch quantitativ, aufzuarbeiten. Drei Lebenswege – Umwege, Auswege oder Sackgassen, wie

Fanta sie bezeichnete, – wurden dem Publikum exemplarisch präsentiert und Diskontinuitäten – entstanden aus gesellschaftlichen Umbrüchen – unterstrichen: Ernst Fettner, der dank unterschiedlicher jüdischer Flüchtlingsorganisationen aus Österreich nach Großbritannien fliehen haben könne, habe nach seiner Rückkehr nach Österreich zunächst für die Zeitschrift „Volkswille“ in Klagenfurt geschrieben. Nachdem ihm aufgrund der Tätigkeit in der britischen Armee gekündigt worden sei, habe er sich bei der „Volksstimme“ in der Landeshauptstadt beworben und habe bis zur Auflösung der Zeitung 1991 in der Redaktion gearbeitet. Erich Bayer wiederum sei seit Beginn der „Österreichischen Volksstimme“ Mitglied der Redaktion gewesen. Doch bereits im Jahr 1947 habe er die KPÖ verlassen und habe als Lokalredakteur gearbeitet. Abschließend zeichnete Fanta den tragischen Lebensweg von Susanne Wantoch nach.

Zäsur des Betrachtungszeitraumes sei neben dem 20. Parteitag der KPdSU auch die Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 gewesen. Ein einheitliches Bild der kommunistischen JournalistInnen in Österreich gebe es Fantas Einschätzung nach nicht, da sich die Biografien sehr

unterschiedlich entwickelt hätten. Eine Gemeinsamkeit, die alle Lebensläufe der betrachteten Personen verbinden würde, sei die Zerrissenheit der Lebenswege.

Im Anschluss an die Präsentation unterstrich neben Binder auch Heinz P. Wassermann (Fachhochschule Joanneum Graz), der Herausgeber der Reihe, in der die Dissertation erschien, den innovativen Charakter der Publikation Fantas und ordnete die Neuerscheinung in die bisherige Medienhistoriografie ein. Neben einer Bestandsaufarbeitung schliesse Fantas Monografie eine schon seit langem bestehende Forschungslücke, erklärte Wassermann.

Dank der Spende der Autorin ist das Buch in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén erhältlich.

Silke Antje Kropf



## Perspectives for Europe: The European Union after the Bratislava-Summit

*Diskussionsrunde in der Reihe „Perspektiven für Europa – Budapester Studierende im Gespräch mit Diplomaten und Vertretern europäischer Unternehmen“*

Am 28. September lud Dale A. Martin, Vorstandsvorsitzender der Siemens Zrt. sowie Präsident der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, Studierende verschiedener ungarischer Universitäten zu einem Frühstückspanel in die Zentrale von Siemens in Budapest ein. Er setzte damit die im Wintersemester 2015 initiierte Vortragsreihe „Perspektiven für Europa – Budapester Studierende im Gespräch mit Diplomaten und Vertretern europäischer Unternehmen“ fort.

Bei der Veranstaltung hatten die Studierenden dieses Mal die Gelegenheit, mit dem Botschafter der Republik Polen,

S.E. Roman Kowalski, dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, S.E. Dr. Heinz-Peter Behr, sowie dem Prorektor der AUB, Prof. Dr. Hendrik Hansen, und Dale A. Martin derzeitige politische Herausforderungen in der Europäischen Union, wie beispielsweise den Brexit, das Bratislava-Summit und die Beziehungen der EU zur Türkei, zu diskutieren. Daneben wurden auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen besprochen: So z. B. auch Fragen nach der gesellschaftlichen Partizipation und der Zukunft Europas als Wirtschaftsstandort.



Lengyel Köztársaság  
Nagykövetsége

**SIEMENS**

# Sofort war gerade noch gleich

*Dirk Metz über den „Sofortismus“  
der digitalen Welt und dessen Auswirkungen*



Dirk Metz im Gespräch mit AUB-Studierenden und Ulrich Schlie (rechts).

Das Zentrum für Demokratieforschung der AUB lud am 14. September 2016 in Kooperation mit der Deutschen Botschaft und unter Moderation des Lehrstuhlleiters für Diplomatie II, Dr. Ulrich Schlie, zu einem Vortrag von Dirk Metz ein. Der Abend stand ganz im Zeichen des digitalen Wandels und dessen Bedeutung für Politik, Medien und Gesellschaft.

Metz, der von 1999 bis 2010 als Staatssekretär der Hessischen Staatskanzlei für deren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich war, sieht die heutigen Kommunikationsmedien in der Krise. Daran habe auch das Phänomen des „Sofortismus“ schuld. Mit diesem Neologismus beschreibt Metz, der aktuell als Kommunikationsberater namhafter Unternehmen, Verbände und Einzelpersonen fungiert, die gestiegene Erwartungshaltung des Journalismus an Politiker, eine sofortige Lösung zu jedem Problem zu präsentieren. Diese solle transparent sein und der breiten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Hier sieht Metz sowohl Chancen als auch Gefahren für Politiker. Es sei ein schmaler Grat zwischen der Zugänglichkeit zu Politikern in Echtzeit über Facebook oder Twitter und der Bana-

lisierung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe und Position. Metz ist nicht davon überzeugt, dass die sozialen Medien dem Anspruch einer ernsten politischen Diskussion gerecht würden.

Nicht unerwähnt ließ er die Bedeutung von Kritik in Echtzeit und der Anonymität des Netzes. Der sogenannte „shitstorm“, welcher von aggressiver und anstößiger Sprache geprägt ist, sei nicht repräsentativ, er könne jedoch dramatische Auswirkungen auf die politische Rekrutierung haben.

## „Mehr Geschwindigkeit statt Genauigkeit“

In der Medienlandschaft wies Metz auf eine Gentrifizierung der Hauptnachrichtensender hin sowie auf einen europaweiten Rückgang von Zeitungsabonnements aller Art. Das Internet biete heute für jeden die Möglichkeit, Nachrichten für andere zur Verfügung zu stellen, was eine höhere Konkurrenz unter den Journalisten zur Folge habe. Metz stellt fest, dass diese Entwicklung zu einem schnelleren Freigeben der Texte und weniger Überprüfung der Richtigkeit des Inhalts führe. In Zeiten von Livetickern sei der Onlinejournalismus zu einem

Wettlauf um die Veröffentlichung von Neuigkeiten geworden.

Gesellschaftlich bringe die Digitalisierung viele Bequemlichkeiten. Onlineshopping könne bei Bedarf sofort erledigt werden und so sprach auch Metz von einem veränderten Kaufverhalten. Dieses zeige in fast allen Bereichen gestiegene Nutzerzahlen der Onlineanbieter. Dabei sieht Metz die ältere Generation immer stärker gezwungen, sich dem digitalen Wandel zu stellen. Dienstleister hätten die Herausforderung einer beidseitigen Befriedigung der Bedürfnisse von „digital natives“ und derer, die aus ihren alten Gewohnheiten nicht ausbrechen können oder wollen, zwar erkannt. Dennoch sei es für Großeltern immer schwieriger, ohne Instant-Messaging-Dienste wie beispielsweise WhatsApp mit den Enkeln in Kontakt zu treten.

„Einen gelassenen und eher zurückhaltenden Umgang“ mit den Möglichkeiten der neuen digitalen Welt wünscht Metz nicht nur normalen Nutzern, sondern vor allem Politikern. Er befürwortet Transparenz und eine Beteiligung der Gesellschaft am politischen Prozess über digitale Plattformen, warnt aber davor, dass sich Personen des politischen Lebens in sozialen Medien „wie Filmsternchen verkaufen“. Bei den Chancen, die der digitale Wandel biete, sollten jedoch auch die Grenzen beachtet werden - denn beides liege nahe beieinander. Die mitgestaltende Gesellschaft solle dabei, so Metz, stets fair und respektvoll miteinander umgehen.

*Matthias Hügel*

*Der Artikel erschien auch in der Budapest Zeitung (Nr. 39/2016, S. 32)*



Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland  
Budapest

# Weltgeschichte und Alltag im Banat – Fälle aus einem Anwaltsarchiv von der Monarchie bis zum Kommunismus

*Buchpräsentation von Tibor Várady*

Im Gespräch mit dem ehemaligen ungarischen Staatspräsidenten, László Sólyom, und dem stellvertretenden Staatssekretär Gergely Pröhle, stellte Tibor Várady am 11. Oktober 2016 sein neues Buch „Weltgeschichte und Alltag im Banat – Fälle aus einem Anwaltsarchiv von der Monarchie bis zum Kommunismus“ an der AUB vor.

Das Archiv der Anwaltskanzlei Várady, welche über drei Generationen seit 1893 in Groß-Betschkerek (Serbisch: Zrenjanin; Ungarisch: Nagybecskerek; Rumänisch: Becicherecul Mare), einer multiethnischen und zeitweise dreisprachigen Kleinstadt in der heutigen serbischen autonomen Provinz Vojvodina bestand, gewährte Einblicke in die Welt der Mandanten von der k. u. k. Monarchie, dem Königreich Serbien, über die nationalsozialistische bis hin zur kommunistischen Zeit. Die Dokumente zeigen die damals aktuellen Schwierigkeiten der Zivilgesellschaft, ihre Mentalität und Prägungen. Daneben machen gut erhaltene alte, teilweise einzigartige Exemplare von Vorschriften und Verordnungen den Wechsel der Regime greifbar. Aus oft sehr per-

sönlich verfassten Briefen an die Anwälte Várady gehen individuelle Schicksalsschläge, wie Scheinscheidungen jüdischer Männer zur Verbesserung der Schicksale ihrer

deutschsprachigen Elemente der Dokumente nach 1945, wodurch das Gebiet sowie die Bevölkerung eine Amtssprache verlor, werden dem Leser in dem herausragenden kommentierten



Tibor Várady mit László Sólyom (links).

Kinder, hervor, war doch der Anwalt oft die wichtigste Hilfe für den Bürger gegen die aktuellen Regime und ihre Willkür. Auch gesellschaftliche Umbrüche wie das Verschwinden der

Sammelwerk nahegebracht. Wie die Arbeit der Kanzlei, erschien auch das Buch in drei Sprachen, Deutsch, Ungarisch und Serbisch.

*Katrin Leichtenstern*

## Zivilgesellschaft in Ungarn

*Vier Nichtregierungsorganisationen stellen sich zum Thema  
„Entwicklung der ungarischen Zivilgesellschaft vor“*

Die Veranstaltung am 14. Oktober 2016 bildete einen Teil der „Donauakademie“ der Studienstiftung des deutschen Volkes. 100 StipendiatInnen (Master- und Promotionsstudierende unterschiedlicher Fachrichtungen) und 10 ProfessorInnen fuhren mit dem Schiff von Passau bis nach Belgrad und zurück und machten dabei Station in Bratislava, Wien, Budapest und Belgrad.

In Arbeitsgruppen wurden Themen wie Transformation, EU-Integration, Migration, Städtebau und Ökologie behandelt.

In Budapest war das Schwerpunktthema die Entwicklung der ungarischen Zivilgesellschaft. An der AUB wurden den StipendiatInnen vier ungarische Nichtregierungsorganisationen von je einem Vertreter bekanntgemacht: Die

Hungarian Civil Liberties Union engagiert sich für Bürgerrechte in Ungarn, Transparency International setzt sich kritisch mit der Entwicklung der Korruption auseinander, die Artemisszió-Stiftung unterstützt Flüchtlinge in Ungarn und die Menhely-Stiftung engagiert sich für Obdachlose in Budapest.

Die Hungarian Civil Liberties Union wurde von Dalma Dojcsák vorgestellt,



Die Juristin Dalma Dojcsák stellte den TeilnehmerInnen die Hungarian Civil Liberties Union (HCLU) vor.

einer Juristin, die hier für den Bereich der Rede- und Pressefreiheit in der Organisation verantwortlich ist. Die Watchdog-NGO sei 1994 in der Zeit der politischen Transformation gegründet worden. Ihre Einsatzgebiete hätten sich seit damals stetig von Behindertenrechten über gesellschaftliche Diskrimination jeglicher Art bis hin zum Schutz der politischen Grundfreiheiten und Rechte erweitert. Heute befasse sich die Organisation schwerpunktmäßig mit dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, inklusive dem Schutz von Flüchtlingen. Strategisch passiere dies durch die sogenannte „advocacy“, das heißt Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen verbunden mit öffentlicher Kommunikation, vor allem wenn es um Bürgerrechte geht, und durch die „strategic litigation“, welche PR-Arbeit über aktuelle Gerichtsprozesse und der Organisation von Sammelklagen vor ungarischen Gerichten, aber auch dem EGMR, umfasse. Dojcsák gab auch ei-

nen Einblick in aktuelle Themen der Protestkultur in Ungarn.

Transparency International Hungary wurde von Miklós Ligeti vertreten. Deren Hauptziele seien es, Korruption aufzudecken und dazu beizutragen, diese zu reduzieren, Transparenz und Zurechenbarkeit in Entscheidungsprozessen der öffentlichen Sphäre und in der Distribution öffentlicher Gelder zu fördern, sowie die Zugänglichkeit zu Informationen zu verbessern, welche für die Öffentlichkeit von Relevanz seien. Ligeti gab einen Überblick über die Problematiken der Gesetzgebung und der Kontrollmöglichkeiten durch den Verfassungsgerichtshof. In der Diskussionsrunde kam die Frage nach den Möglichkeiten und Methoden der Bekämpfung systemischer Korruption auf. Neben der korrekten Umsetzung von internationalen Verträgen wurde auch die Wichtigkeit der Schaffung von öffentlichem Bewusstsein über vorhandene Korruption betont. Hierzu gebe die Organisation in ihrem „Education

Program“ Vorträge an Universitäten und Schule zum Thema.

Teréz Pataki stellte die Artemisszió-Stiftung vor. 1998 von jungen Anthropologen gegründet, fokussiere sich diese auf Interkulturalität, den Dialog und habe sich dem Kampf gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung in der ungarischen Gesellschaft verschrieben. Konkret bedeute das zum Beispiel die Organisation von Austausch und Praktika, aber auch soziale Integration von Minderheiten, sozial Benachteiligten und Migranten. Gerade in heutiger Zeit sei diese Integration in zwei Richtungen – für Flüchtlinge und Migranten in die Gesellschaft sowie das Vertrautmachen der lokalen Bevölkerung mit den neuen Nachbarn – besonders wichtig.

Elisabeth Katalin Grabow engagiert sich unter anderem in der Menhely-Stiftung. Diese widme sich seit 1989 den Obdachlosen in Ungarn, etwa indem sie Unterkünfte bereitstelle. Die TeilnehmerInnen nutzten hier die Gelegenheit, der Vortragenden zahlreiche Fragen zu diesem hochaktuellen Thema zu stellen: Sie interessierten sich vor allem für die Lebenssituation der Betroffenen, den Umgang durch den ungarischen Staat, die Hilfsprogramme und das Bild der ungarischen Gesamtbevölkerung.

*Katrin Leichtenstern  
und Lukas Knopp*



## Souveränität, Demokratie, Mehrheit – Schlagworte für autokratische Absichten?

*Carl-Lutz-Vortrag von Dr. Hans-Urs Wili*

Als Abschluss und gleichzeitiger Höhepunkt der Konferenz „Popular Sovereignty vs. Rule of Law – Procedures, Judicial Control, and the Legitimacy“ fand am Abend des 21. Oktober 2016 der Carl-Lutz-Vortrag von Hans-Urs Wili zum Thema „Souveränität, Demokratie, Mehrheit – Schlagworte für autokratische Absichten? Über Zuständigkeiten,

Gewaltenteilung, Recht und Ethik“ an der AUB statt. Während sich die gemeinsam von der AUB und der Pázmány Péter Katholische Universität organisierte Konferenz primär an ein Fachpublikum richtete, stand der Carl-Lutz-Vortrag für eine breitere Öffentlichkeit offen.

Seit der Gründung der AUB wird jährlich mindestens ein Carl-Lutz-

Vortrag gehalten. Dieser wird gemeinsam von der Schweizer Botschaft in Budapest und der AUB organisiert. Mit dieser Vortragsreihe soll Carl Lutz, des schweizerischen Konsuls in Budapest in den Jahren 1942-1945, gedacht werden, der in dieser Zeit tausenden von Juden das Leben gerettet hat. Dabei werden Themen, die sowohl

für die Schweiz als auch für Ungarn von Interesse sind, der Öffentlichkeit nähergebracht. Zu den bisherigen Referenten zählten u. a. Prof. Curt Gasteyer, Bundesrat Arnold Koller, Bundesrat Moritz Leuenberger, Botschafter Walter Fust, ehem. Präsident des Internationale Komitee vom Roten Kreuz Cornelio Sommaruga, Prof. Thomas Maissen, Prof. René Rhinow, Prof. Jörg Paul Müller, Prof. Peter Gomez (Rektor der Universität St. Gallen), Prof. Andreas Kley, Nationalrat Andy Gross, Dr. Gerhard Schwarz, Prof. Alois Riklin, Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch und Nationalratspräsidentin Christa Markwalder.

### **„Populismus ist nichts Neues“**

Mit Dr. Hans-Urs Wili ist es gelungen, einen der weltweit besten Kenner der direkten Demokratie für den Carl-Lutz-Vortrag zu gewinnen. Wili hat jahrzehntelang die Sektion Politische Rechte der Schweizerischen Bundeskanzlei geleitet. In dieser Funktion war er für die Durchführung der Wahlen und Volksabstimmungen in der Schweiz verantwortlich. Nach eigener Aussage habe er mehr als einen Sechstel aller nationalen Volksabstimmungen, die weltweit je stattgefunden haben, organisiert. Als Leiter der Sektion Politische Rechte nahm er auch eine Schnittstellenfunktion zwischen dem Staat und den BürgerInnen ein. Aus diesem Grund habe Hans-Urs Wili auch zahlreiche Initiativ- und Referendumskomitees rechtlich und fachlich beraten und ihnen so geholfen, die praktisch-administrativen Hürden der Ausübung der Volksrechte zu umschiffen. Sein Fachwissen wurde in diversen in- und ausländischen Expertenkommissionen nachgefragt und er hat zahlreiche Publikationen zum Thema verfasst.

Mit Verweis auf Cicero hob Wili einleitend hervor, dass der Populismus nichts Neues sei, sich heute jedoch die technischen Möglichkeiten erweitert hätten. Im Gegensatz zu Monarchien und Diktaturen sei Demokratie aber auf Veränderbarkeit angelegt: Doch seit dem Zweiten Weltkrieg würden die USA, Japan, Kanada, Indien, Argentinien und Griechenland, die 26 Prozent der Erdbevölkerung stellen und annähernd 36 Prozent des globalen

Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, die meiste Zeit von zwölf Familien regiert. Amtszeitbeschränkungen würden häufig mehr oder weniger direkt umgangen. Auch sei die Herrschaft von Eliten, die sich zunehmend abschliessen, ein seit langem bekanntes Phänomen.

Weltweit versprechen populistische Bewegungen Abhilfe gegen die Abschottungstendenzen der Eliten. Die Erfahrungen der Schweiz als Staat mit ausgedehnten Volksrechten würden es ermöglichen, Bewertungskriterien für die Bewertung populistischer Politik zu erarbeiten. Nicht wenige Entscheidungen würden – so Wili – eine Herausforderung für das politische System darstellen.

### **Praxis der Volksabstimmungen in der Schweiz, in Ungarn und in Großbritannien**

Erster Hauptgrund für die populistischen Anreize sei die Ausweitung des Stimmrechts, so Wili. Das Stimmrecht sei das Resultat eines Kampfes um Inklusion. Populismus richte sich an die Angst in Wahlrecht Aufgenommener vor dem Verlust des eigenen Einflusses. Dies schaffe Anreize für eine Politik der Exklusion und eröffne dadurch dem Populismus neue Wahlchancen. Demokratie werde heute durch selbsternannte „echte“ Vertreter des Volkes vereinnahmt, die sich durch einen Kampf gegen die repräsentativen Eliten legitimierten würden. Aber Populisten würden Probleme nicht lösen, sondern nur bewirtschaften. Mittels populistischer Initiativen würde in der Schweiz auch die Frage der Souveränität aufgeworfen. Eine rein mechanistische Interpretation der Volkssouveränität könne den internationalen Schutz der Menschenrechte aushöhlen. Schliesslich würden Populisten mit ihrem voluntaristischen Politikverständnis das System der Gewaltenteilung in Frage stellen.

Nach der Schilderung dieser problematischen Entwicklungen in der Schweiz warf Wili einen Blick auf die britische und ungarische Praxis. Das Problem bei der britischen Praxis sei es, dass es sich bei diesen Volksabstimmungen um sog. „Plebiszite“ handle, welche den Stimmberechtigten ohne Regierungsmacht von den Inhabern ebendieser gnädig

gewährt würden. Bei „echten“ Referenden hingegen würden Verfassung und Gesetz die Verfahren und den Anwendungsbereich definieren. Bei „echten“ Referenden bestehe ein anti-hegemonialer Durchsetzungsanspruch seitens des Volkes auf eine verbindliche Meinungskundgabe. Das ungarische System stelle nach Wili ein Mischsystem dar. Ab 200.000 Unterschriften seien Volksinitiativen verbindlich durchzuführen. Bei mindestens 100.000 Unterschriften hingegen bestehe ein diskretionärer Handlungsspielraum von Regierung und Parlamentsmehrheit. Schliesslich sei die Möglichkeit der Anordnung des Referendums auf Initiative der Regierung und des Staatspräsidenten als plebiszitäre Elemente zu klassifizieren. Die populistische Versuchung brächte beim Plebiszit die Regierung und beim Referendum die lancierenden Gruppen auf die Idee, Erfolge einzuheimsen, welche Minderheiten belasten und die Mehrheit unbehelligt liessen. Wili meinte, dass diese Tendenz auch in der Schweiz zunehme, aber immer noch eine Minderheit der Fälle repräsentiere.

Wie könne also Pervertierung der Demokratie durch plebiszitäre direkte Demokratie verhindert werden? Normen allein würden nicht genügen, sondern sie müssten durch bürgerschaftliches Engagement ergänzt werden, so Wili. In seinem Traktat „Über die Freundschaft“ bilanzierte Cicero die engagierte Intervention eines Kollegen gegen populistische Volksverführer sechs Jahre vor seinem Konsulat: Auch in der Volksversammlung, „wo Verstellung und Verschleierung den meisten Spielraum haben“, siege nach Cicero „dennoch die Wahrheit [...], wenn sie nur offen dargelegt und ins rechte Licht gerückt wird [...]“. Anders als in Autokratien hätten Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie immerhin ein Instrumentarium, um Rechtsstaatlichkeit auch tatsächlich aus eigener Kraft aufrecht zu erhalten – vorausgesetzt, sie würden sich dieser Aufgabe auch stellen.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Embassy of Switzerland

# Europäische Integration unter Stress: Ein Vergleich der Euro- und Flüchtlingskrise

*Konrad-Adenauer-Vorlesung von Prof. Dr. Frank Schimmelfennig*



Am 2. November 2016 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Zusammenarbeit mit der AUB zu einem Vortrag über aktuelle Probleme der europäischen Integration ein. Vor rund 80 ZuhörerInnen legte der Referent Prof. Dr. Frank Schimmelfennig dar, weshalb aus seiner Sicht die tiefere Integration in Europa stagniere. Dabei konzentrierte er sich insbesondere auf den Vergleich von Eurokrise und Flüchtlingskrise sowie auf die Frage, warum auf die Eurokrise eine vertiefte Integration, auf die Flüchtlingskrise jedoch Symptome einer Desintegration gefolgt seien.

Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB, unterstrich in seiner Begrüßungsrede den Aktualitätsbezug der europäischen Integration in Zeiten der globalen Flüchtlingskrise als stark polarisierendes Thema. Ziel müsse es sein, dynamische Lösungen jenseits von statischen Konventionen zu finden. Hierbei sei die Zusammengehörigkeit auf Basis von nationalen Einheiten von zentraler Bedeutung. Frank Spengler, Leiter des Budapester Auslandsbüros

der Konrad-Adenauer-Stiftung, beschrieb die umfangreiche europäische Zusammenarbeit als Reaktion auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Diesbezüglich stellte er die Frage, ob die Überwindung der Gegensätze durch gemeinsames Handeln oder durch einen gänzlichen Neuanfang bewerkstelligt werden solle?

Anschließend referierte Prof. Dr. Schimmelfennig, Inhaber der Professur für Europäische Politik im Departement für Geistes-, Sozial und Staatswissenschaften an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, zu seinen Forschungsergebnissen. Er wolle einen nüchternen Blick auf die Krisen der Europäischen Unionen wagen, indem er insbesondere auf deren Entstehungskontext sowie auf die Auswirkungen für die EU eingehe. Sein Untersuchungsansatz äußerte sich in der These, dass die „Flaggschiffprojekte“ der EU aus den 1990er Jahren, die sich in der Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen und einer einheitlichen Währung manifestierten, in die Krise geraten seien. Dies stelle eine Heraus-

forderung für Politik und Wissenschaft dar. Ursprünglich sei der Begriff der europäischen Integration ausschließlich positiv interpretiert worden, gegenwärtig artikulierten sich jedoch vermehrt Gegenkräfte, die ein negatives Verständnis begünstigen. Seine Krisenanalyse solle für diesen Sachverhalt ein Erklärungsmodell bereitstellen.

Hierbei unterschied Schimmelfennig zwischen neofunktionalistischen und postfunktionalistischen Ansätzen. Ersterer beschreibe „gute Krisen“, die durch endogene Interdependenzen und supranationale Kapazitäten gefördert würden. Diese sollten für eine neue, verbesserte Integration durch Pfadabhängigkeiten sorgen und durch einen positiven Rückkopplungsprozess die Basis für neue Integrationsformen bilden. Die postfunktionalistische Sicht wiederum beleuchte unter anderem die Selbstbestimmungskosten von Integration, die eine Politisierung und Polarisierung bedingen, in denen lediglich eine mangelhafte Integration erreicht werden könne.

Am Beispiel der Euro- und Flüchtlingskrise würden sich ähnliche Anfänge und Strukturen, jedoch unterschiedliche Folgewirkungen veranschaulichen lassen. Beiden Krisen würden ein exogener Schock und ein Regimeversagen vorausgehen, die eigentlich hätten beseitigt werden sollen. Im Falle der Eurokrise liege ein fiskalische, bei der Flüchtlingskrise eine geographische Position vor, mit einem nahezu gleich hohen Maß an Politisierung. Folglich würden sich Ursachen vorrangig in unterschiedlichen Pfadabhängigkeiten manifestieren, nicht im Grad der Politisierung. Anhand der Faktoren der unterschiedlichen Interdependenzen, der prohibitiven bzw. tragbaren Ausstiegskosten sowie der ungleichen supranationalen Kapazitäten verdeutlichte Schimmelfennig seine Konklusion, dass die Überwindung der Eurokrise zu einem

Integrationschub geführt habe, die Flüchtlingskrise hingegen (bislang) Stagnation und Externalisierung zur Folge gehabt habe.

Alles in allem, so Schimmelfennig, würden sich die Krisenursachen in hochpolitisierten Verteilungskonflikten manifestieren, die durch exogene Schocks ausgelöst worden seien und Integrationsdefizite aufzeigen würden. Es stelle sich die Frage nach

kooperativen Lösungsformen, denen Kollektivität, Solidarität und Vertrauen zu Grunde liegen. Dies könne durch eine Pattsituation erzeugt werden, bei der fehlende Kooperationen kostenintensiver seien, als der Ansatz zum gemeinschaftlichen Konsens. So sei bezüglich der Eurokrise von einer ausgeprägten kritischen Interdependenz, im Falle der Flüchtlingskrise jedoch – bis zum

gegenwärtigen Zeitpunkt – von einer unterkritischen Interdependenz zu sprechen.

*Bálint Lengyel*



## Die Einstellung der Zeitung Népszabadság: Politischer Eingriff oder wirtschaftlicher Entscheidung?

*AUB-Flashlight-Podiumsdiskussion*

Der Grund zum Anlass am 7. November 2016 war nicht fröhlicher Natur. Es ging um die plötzliche Einstellung der ungarischen Tageszeitung Népszabadság, um einen Fall, der in der Öffentlichkeit des Landes großes Aufsehen erregt hatte. Fragen in diesem Zusammenhang bildeten das Thema einer Podiumsdiskussion an der AUB. Veranstaltet wurde die Diskussion von dem Studiengang Internationale Beziehungen unter Leitung von Zoltán Tibor Pállinger, der 2011 als Politikwissenschaftler die AUB-Flashlight-Veranstaltungen zur Analyse von aktuellen Themen für Studierenden und Interessenten an der Universität eingeführt hat.

Teilnehmer waren Márton Gergely, stellvertretender Chefredakteur der eingestellten Népszabadság, József Martin, Professor emeritus der Fakultät für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Eszterházy Károly Universität Eger, Ágoston Sámuel Mráz, Leiter des Nézőpont Instituts für Meinungsforschung und politische Analyse, sowie Andreas Oplatka, zurzeit Vorsitzender des Kuratoriums der AUB und langjähriger Redakteur und Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung. Das Gespräch wurde von Henriett Kovács, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Studiengangs Internationale Beziehungen an der AUB, moderiert.

Márton Gergely schilderte die Umstände der Einstellung der Népszabadság, und gab ein eher pessimistisches Bild der heutigen Situation: Trotz Verhandlungen mit den Investoren erscheine es unwahrscheinlich, dass eine Neubelebung der Zeitung gelingen könne. Für Gergely stand fest, dass nicht die wirtschaftliche Lage von Népszabadság zur Einstellung des Blattes geführt habe, sondern der politische Wille der ungarischen Regierung maßgeblich dazu beigetragen habe. Ágoston Sámuel Mráz hielt dem entgegen, dass Népszabadság einst bei der Wende die reichste Zeitung des Landes gewesen sei und sich zuletzt mit einer



V. l. n. r.: József Martin, Márton Gergely, Ágoston Sámuel Mráz, Andreas Oplatka, Henriett Kovács.

Auflage von 37.000 Exemplaren in einer Notlage befunden habe. Niemand dürfe von dem letzten Besitzer des Blattes, dem Österreicher Heinrich Pecina, annehmen, er sei etwas anderes als ein „eiskalt berechnender Kapitalist“.

Sowohl József Martin als auch Andreas Oplatka waren der Meinung, dass die ungarische Regierung mit dieser Behandlung des Blattes einen großen Fehler begangen habe: Die Geschehnisse seien ein klarer Eingriff in die Pressefreiheit. Die Vielfalt der Medien in einer Demokratie zu erhalten müsse im Interesse jeder Regierung liegen, selbst dann, wenn es sich um Presseorgane der Opposition handle. In diesem Zusammenhang fiel die Bemerkung, dass der damalige Ministerpräsident Gyula Horn in den 90er-Jahren die Zeitung Magyar Nemzet vor dem Untergang bewahrt habe. Mráz erwiderte darauf, dass es Horn darum gegangen sei, die Magyar Nemzet nicht dem Fidesz zu überlassen.

Martin wies mit Blick auf die Situation der Zeitung auf eines der wenigen positiven Elemente in diesem Fall hin: auf die allgemeine Solidarität der ungarischen Presseleute mit den JournalistInnen von der Népszabadság.

Mráz betonte seinerseits nachdrücklich, dass in Ungarn auch nach dem Verschwinden der Népszabadság unter den Medien nach wie vor linke Meinungsträger vorhanden seien und die Pluralität damit gewahrt bleibe. Gergely erwiderte, dass investigativer Journalismus, wie er vor allem von der Népszabadság in der vergangenen Zeit betrieben worden sei, z. B. bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen auf der linken wie auf der rechten Seite des politischen Spektrums, von keinem derzeitigen Medium mehr so betrieben werde wie von den JournalistInnen der eingestellten Zeitung zuvor. Die Teilnehmer waren sich einig, dass auch die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) am Untergang von Népszabadság nicht unschuldig sei. Die Partei habe ihren nicht unbedeutenden Anteil an der Zeitung damals rechtzeitig verkauft und vermögende Unternehmer, die zu den Sozialisten gehören würden, würden derzeit keinerlei Versuche unternehmen, die Neugründung der Népszabadság finanziell zu unterstützen.

Gergely stellte heraus, dass die Redaktion der Népszabadság bei einem

Neubeginn keine Parteizugehörigkeit oder politisch motivierten Besitzverhältnisse anstreben würde. Das allerdings, räumte er ein, mache einen Neubeginn erst recht problematisch. Gergely war allgemein der Meinung, dass die von einer neuen Generation junger RedakteurInnen gestaltete Népszabadság in den letzten Jahren ohnehin parteipolitisch stärker ausgeglichen gewesen sei. Alle Diskussionsteilnehmer waren sich darüber einig, dass es ein besonders schwerwiegender Eingriff sei, dass nicht nur die Népszabadság nicht mehr gedruckt werde, sondern auch die Online-Ausgabe verschwunden sei und selbst das Archiv der Zeitung elektronisch nicht mehr zugänglich sei. Damit sei ein Stück der Pressegeschichte des Landes dem Publikum entzogen worden. Laut Ágoston Mráz sei diese Tatsache sehr bedauerlich, aber gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Archivexemplare der Zeitung in den Bibliotheken und durch verschiedenen Online-Datenbanken zugänglich bleiben würden.

*Henriett Kovács*

---

## Legitimate criticism of Israel and its Government and Anti-Semitism – a thin line?

*Vortrag von Prof. Dr. Dina Porat, Leiterin des Kantor Zentrums der Tel Aviv University und leitende Historikerin der Yad Vashem*

Eingangsbetonte AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen, dass zeitgenössische demokratische Gesellschaftssysteme in Zeiten des Populismus mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert seien. Es bedürfe einer umfangreichen historischen Betrachtung, um ein Verständnis für die Funktionsweisen gegenwärtiger politischer Systeme entwickeln zu können. Im Anschluss unterstrich Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I an der AUB, die Notwendigkeit für eine neue Ausdrucksweise bei der Kritik am Staat Israel, die frei von Antisemitismus sein müsse.

Porat skizzierte in ihrer Vorlesung am 09. November 2016 zum Thema „Legitimate criticism of Israel and its Government and Anti-Semitism – a thin line?“ drei Anschuldigungen an Israel, die sie anhand eines Drei-Schritt-Modells untersuchte, bei dem sie die Herkunft bzw. den Entstehungskontext der Anschuldigung, deren Wahrheitsgehalt sowie die Beantwortung der Frage, ob ein antisemitischer Grundzug vorliege, analysierte. Im Allgemeinen sei Kritik an Israel nur dann angemessen, wenn darin ein bestimmtes Ereignis, mit bestimmten Personen, zu einer bestimmten Zeit wertfrei thematisiert werde, so Porat.

Als erste Bezeichnung beschrieb sie den Sachverhalt, dass Israel den Holocaust für politische Zwecke instrumentalisiere. Dies sei ihrer Auffassung nach eine korrekte Unterstellung. Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg seien viele junge Überlebende nach Israel gezogen, wodurch der Grundstein dafür gelegt worden sei, dass auch im 21. Jahrhundert authentische Gefühle der Angst vor einer Wiederholung der Geschichte vorlägen. Ferner könne man diese Beschuldigung nicht dem Antisemitismus zuordnen. Dies sei nur der Fall, wenn im gleichen Zuge der Holocaust geleugnet werde.



Dina Porat mit Ferdinand Trauttmansdorff.

Sodann erläuterte Porat die Anschuldigung, dass Israel die Menschenrechte verletze. Die Referentin

stellte klar, dass diese Aussage nicht verneint werden könne, betonte aber gleichzeitig die Existenz eines stabilen

Rechtssystems in Israel und dass dieser Vorwurf meistens von einer Vielzahl arabischer Staaten in Gremien wie den Vereinten Nationen geäußert werden würde. Sie beschrieb den Mittleren Osten als einen Ort der Tragödie, an dem die Menschenrechte alltäglich in einem enormen Ausmaß verletzt würden. Der Vorwurf an Israel diene aber auch häufig der Ausgrenzung auf internationaler Ebene. Laut Porat sei Ausgrenzung eine Komponente von Antisemitismus, jedoch ließ sie die Frage offen, ob an dieser Stelle auch generell von Antisemitismus die Rede sein könne.

Abschließend wurde eine Verschwörungstheorie thematisiert, die der israelischen Regierung bzw. ihrem Geheimdienst Mossad die Rolle einer „dunklen, geheimen und bösen Macht“ zuschreibt, die hinter den Kulissen nach Eroberung und Dominanz trachteten. Dieser eindeutig antisemitische Vorwurf ließe sich durch die Ignoranz gegenüber historischen und realpolitischen Fakten erklären, schloss Porat.

*Bálint Lengyel*

## Die Flüchtlingskrise nach einem Jahr – ein (nicht nur ökonomisches) Zwischenfazit

*Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr*

Professor Knorr beleuchtete in seinem Vortrag am 10. November 2016 – organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit der AUB – eine breite Auswahl an Aspekten, die für die Kosten und Nutzen seiner Meinung nach Berücksichtigung finden sollten. Nach einer kurzen Begrüßung durch Dr. Bence Bauer (Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsbüro Budapest) und einleitenden Worten von Prof. Dr. Stefan Okruch (Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik), wies Knorr darauf hin, dass diese Schätzungen aufgrund der Ungenauigkeit sehr weit auseinander klaffen würden, da auch die sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Komponente sich erst mit der Zeit zeigen würden (Voraussetzungen der Flüchtlinge, Dauer der Integration etc.).

Mit Hilfe von Statistiken illustrierte er das Problem: So habe sich die Zahl der Flüchtlinge im Jahr 2013 von 40.000 auf zwei Millionen im Jahr 2015 erhöht. Schätzungen zufolge würden rund 80 Prozent der Flüchtlinge über keine gültigen Ausweispapiere verfügen. Auch ginge aus den Zahlen hervor, dass es kein einheitliches Bearbeitungssystem von Asylanträgen innerhalb Europas gäbe, was dazu führen würde, dass beispielsweise die Schweiz in ca. einer Woche über einen Antrag entscheiden würde, Deutschland oder auch Schweden hingegen bis zu sieben Monate brauchen würden.

Als Hauptflüchtlingsrouten in die Europäische Union seien sowohl der Balkan, als auch das zentrale Mittelmeer zu nennen. Besonders ältere oder

schwächere Menschen würden versuchen, den Landweg zu vermeiden, obwohl es viel gefährlicher sei, mit dem Boot nach Europa zu reisen, da fast jeder 23. Mensch auf der Überfahrt sterben würde. Auch hier würden sich systematische Schwächen zeigen: Zum einen wäre es rechtlich für Flüchtlinge durchaus möglich, mit dem Flugzeug sicher einzureisen, was jedoch aufgrund von Unwissenheit oder Unsicherheit von Seiten der Fluggesellschaften abgelehnt würde. Zum anderen gebe es divergierende bilaterale Rückführungsabkommen mit nordafrikanischen Staaten, die nicht einheitlich für Europa geregelt seien. Es zeige sich auch, dass aufgrund der beiden primären Flüchtlingsrouten die Hauptlast bei Ländern wie beispiels-



V. l. n. r.: Bence Bauer, Andreas Knorr und Stefan Okruch.

weise Ungarn liegen würde, wenn man die Zahl der Flüchtlinge pro Einwohner heranziehe, auch wenn Deutschland absolut die meisten Flüchtlinge aufgenommen habe. Hier würden auch die unterschiedlichen „push- und pull-Faktoren“ für Migration und Flucht angesprochen.

Gerade die sozio-ökonomische Struktur der bisher angekommenen Flüchtlinge sei sehr heterogen und vor allem aufgrund von Datenproblemen unzureichend erfasst, so Knorr. Besonders die Altersbestimmung gestalte sich schwierig, da man hier in den meisten Fällen auf die Selbstauskunft vertrauen müsse. Bei Zahlen zu der religiösen Verteilung zeige sich, dass ca. drei Viertel Muslime seien. Auch bei der Bildung sei man größtenteils auf die Selbstauskunft angewiesen, da nur in seltenen Fällen Dokumente vorliegen würden, beziehungsweise es auch keine Tests gäbe. Es zeige sich, dass zum einen mehr Frauen als Männer über eine Tertiär- und Sekundärausbildung verfügen würden, es zum anderen aber Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit

gäbe. Bei den Sprachen zeige sich ein heterogenes Bild: Besonders Arabisch, aber auch Albanisch und Englisch würden als Mutter- oder Kommunikationssprachen angegeben.

Dies stelle die Gesellschaft natürlich vor rechtlich-administrative Herausforderungen. Einerseits würden sowohl internationale, wie auch europarechtliche Regelungen (Genfer Konventionen, Dubliner Übereinkommen etc.) gelten. Andererseits würden lediglich ein paar europäische Länder eine arbeitsmarkt-orientierte Einwanderungspolitik kennen und der EU-interne Informationsaustausch entbehre einer gemeinsamen einheitlichen Datenbank. Auch würden sich Herausforderungen in den Dokumentationsprozessen, den Verwaltungskapazitäten, der Vereinheitlichung der Standards bei der Identitätsprüfung und der unterschiedlichen Perzeption der Sicherheitsfragen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zeigen.

Gerade der letzte Punkt werfe die Frage nach den aktuellen Sicherheitskonzepten auf, besonders bei Außen-

grenzkontrollfrage und das zeitweise Aussetzen der Schengenregeln. Es zeige sich aber auch, dass aufgrund der spezifischen demographischen Situation ein Umdenken in den bisherigen Konzepten nötig sei. So sei beispielsweise das Gefühl der Unsicherheit gestiegen, die allgemeine Verbrechensrate aber gesunken, trotz gleichzeitigem Anstieg der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (in Deutschland). Diese Aspekte würden sich natürlich auch auf die potentiellen zukünftigen Sicherheitsfragen auswirken. Zum einen müssten Integrationsdefizite und -bestrebungen angepasst werden, damit sich das systemische Integrationsversagen der Vergangenheit nicht wiederholen könne. Zum anderen müsse auch der Demographie und der Sozialisierung Rechnung getragen werden und adäquate Antworten gefunden werden. Gerade in diesem Bereich dürfe der „cultural baggage“ nicht unterschätzt werden.

In der anschließenden Fragerunde wurden einige Themen detaillierter be-

sprochen, aber auch andere Themen angeschnitten. So wurde der Frage nachgegangen, wovon Integration eigentlich abhängt (statistisch gesehen) und es zeigte sich, dass vor allem Aspekte wie Bildung, Lernwille, beruflicher Erfolg und Sprachbarrieren einflussreich seien und weniger die Komponenten Ethnie und Religion die Integration determinieren würden. Auf die Frage, warum Migration momentan nicht mehr so präsent in den Medien sei, wurde mit

verschiedenen Erklärungsmustern versucht zu antworten: So verlaufe Migration in verschiedenen Wellen - teilweise auch abhängig von der Jahreszeit -, über verschiedene Wege (momentan führt der Weg nach Europa über die Ukraine) und sei abhängig von den Fluchtursachen. Jedoch trüge die momentane geringe Berichterstattung: Das Problem bestehe weiterhin. Auch wurden die Themen ‚brain drain‘ und Quotenregelung angesprochen,

ebenso die Frage nach der Entwicklungsökonomik und der Fluchtursachenbekämpfung.

*Romy Ruppert*



## „Ent-Österreicherung“ als kulturelles Fundament und politisches Programm?

*Vortrag von Ladislav Cabada*

Ladislav Cabada, Professor für Politikwissenschaft an der Metropolitan University Prag und International Chair an der National University of Public Services in Budapest (Nemzeti Közszoalgalati Egyetem) in Budapest, trug am 22. November 2016 in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén an der AUB vor. Die Veranstaltung wurde von Christina Griessler (Zentrum für Demokratieforschung) und Ursula Mindler-Steiner (Lehrstuhl für Kulturwissenschaften) organisiert und von letzterer moderiert. Er gab dabei Einblicke in die tschechisch-österreichischen Beziehungen, die - insbesondere im Vergleich mit den tschechisch-deutschen Beziehungen - oftmals besonders konfliktbeladen (gewesen) seien.

Einen wesentlichen Grund dafür sah der Referent auch in der gemeinsamen Geschichte Österreichs und Tschechiens. So konzentrierte er sich in seiner Analyse auf die Projektion historischer Rahmen auf das gegenwärtige gesellschaftliche und politische Geschehen. Die „Ent-Österreicherung“, d. h. die Beseitigung „österreichischer“ Denkmäler bzw. ihre Re-Installierung im öffentlichen Raum, bezeichnete er als ein wichtiges Element der öffentlichen Debatte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik sowie als einen „Grundstein der tschechoslowakischen Staatsidee“.

Der Abbau österreichischer Denkmäler und Symbole habe gleich in den ersten Tagen nach der Deklaration der selbständigen Tschechoslowakischen Republik 1918 begonnen, so Cabada. Betroffen seien insbesondere Symbole gewesen, die mit der Habsburger Monarchie verbunden waren und als Ausdruck der Gegenreformation bzw. Re-Katholisierung angesehen worden seien, wie beispielsweise die Skulpturen von Kaiser Franz Joseph I. in Prag, von Maria Theresia in Bratislava und von Kaiser Josef II. in verschiedenen Grenzstädten. Aber auch die Mariensäule auf dem Prager Altstadtplatz, die als Symbol des „Völkerkerkers“ der Habsburger

Monarchie gegolten habe, und das Denkmal des böhmischen Adligen Feldmarschall Radetzky, eines der bedeutendsten Heerführers Österreichs im 19. Jahrhundert, sei entfernt worden. Letztere beiden standen in Folge besonders im Fokus von Cabadas Vortrag. Der Abbau der Mariensäule, der „vom Volk“ betrieben worden sei, sei ein wichtiger Teil des Aufbaus einer neuen, demokratischen Tschechoslowakischen Republik mit klarem protestantischen Fundament - die neue Staatsidee habe in der Monarchie und der Katholischen Kirche undemokratische, totalitäre Institutionen gesehen. Die neuen Symbole, die nun installiert worden



V. l. n. r.: Christina Griessler, Ladislav Cabada und Ursula Mindler-Steiner.

seien, seien Denkmäler von Repräsentanten der Entente (u. a. Wilson) sowie von Bohemophilen (z. B. E. Denis). Die Entfernung des Radetzky-Denkmal wiederum sei nicht aufgrund des Volkswillens erfolgt, sondern auf Druck der italienischen Regierung, deren in der Nähe des Denkmals angesiedelte Botschaft „sich so schnell wie möglich um eine Auslöschung der Erinnerung an die zahlreichen Niederlagen, die Marschall Radetzky ihren Armeen in den Kämpfen um die italienische Einheit beschert hatte“ (Z. Dusek), bemüht habe.

Cabada hielt fest, dass die Beseitigung österreichischer Symbole nicht nur mit der Geschichte vor 1918 verbunden sei, sondern dass sie auch in danach folgenden Jahren dynamisiert worden sei und selbst in der Zeit vor der „Wende“, unter anderem unter Dissidenten, diskutiert worden sei. Wichtige Dissidentengruppen hätten sich an der Habsburger Monarchie im mitteleuropäischen Sinne orientiert, in

der sie ein Vorbild für eine demokratische Tschechoslowakei gesehen hätten, wobei sie die gesamte Geschichte des Landes seit 1918 relativiert hätten.

Aus diesem Netzwerk seien aktivistische Gruppen hervorgegangen, die sich nach 1989 für eine mögliche Re-Installierung der österreichischen Denkmäler einsetzt hätten – dieser aktivistische habe wiederum eine „nostalgische“ Strömung gegenüber gestanden. So seien beide Denkmäler erneut zum Gegenstand der öffentlichen Debatte in Tschechien geworden, die sich um die Frage gedreht habe, ob sie als Symbole einer möglichen Aussöhnung (so die Befürworter einer Re-Installierung beider Denkmäler, zumeist radikale Katholiken und Monarchisten, aber auch der Tourismus) oder einer „Re-Katholisierung“, Entkräftung der nationalen Identität und Überschreibung der Geschichte (so die Gegner einer Re-Installierung, hauptsächlich die protestantischen Kirchen und die Kriegsveteranen) interpretiert werden sollten.

Cabada kam dabei zu dem Schluss, dass die ganzen Diskussionen zeigten, dass sich auch nach Jahrzehnten die Positionen im Grunde nicht geändert hätten und die Animosität besonders bei den radikalen Mitgliedern beider Lager nicht im Abnehmen begriffen sei.

Zum Schluss seines Vortrags ging Cabada noch auf die „Entösterreichung“ als Thema des Präsidentschaftswahlkampfes 2012/2013 ein, indem er die Vorurteile, die Karel Schwarzenberg entgegengebracht worden seien, analysierte. Ihm sei vorgeworfen worden, als „Landesfremder“, „als Österreicher“, eine Re-Österreichisierung und auch Re-Katholisierung anzustreben. Letztlich sei Schwarzenberg bei der Wahl dem Gegenkandidaten Milos Zeman unterlegen gewesen. Cabada zog das Fazit, dass diese Wahl gezeigt habe, dass die „Los von Rom“- und „Entösterreichungs“-Konzepte als ad hoc Programme politisch immer noch sehr nutzbar sein könne.

Béla Teleky

## Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten

### *Podiumsdiskussion zu den Auswirkungen und Erwartungen für Europa, Ungarn und Deutschland*

Am 23. November 2016 organisierte die AUB zusammen mit dem Deutschen Wirtschaftsclub Ungarn im Kempinski Hotel Corvinus eine Po-

diumpodiumsdiskussion zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA. Hierbei wurden die Auswirkungen des Wahlergebnisses sowie Erwartungen

für Europa, Ungarn und Deutschland analytisch durch Experten aufbereitet und anschließend mit dem Publikum diskutiert.



Foto: DWC

V. l. n. r.: Arne Gober, Frank Spengler, James D. Bindenagel, Tamás Magyarics, Péter Ákos Bod, György Szapáry und Ulrich Schlie.

Auf dem Podium diskutierten Dr. Tamás Magyarics, Hauptabteilungsleiter der Nord-Amerika Abteilung des Ministeriums für Auswärtiges und Außenhandel; Prof. James D. Bindenagel, Botschafter a.D., Inhaber des Henry-Kissinger-Lehrstuhls an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn; Dr. Péter Ákos Bod, Professor an der Corvinus Universität Budapest, ehemaliger Industrie- und Handelsminister und Präsident der Ungarischen Nationalbank; H.E. György Szapáry, ehemaliger Botschafter Ungarns in den USA und Frank

Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Moderation übernahm Dr. Ulrich Schlie, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der AUB und Dr. Arne Gobert, Vorstandsvorsitzender des DWC Ungarn.

Alle Podiumsteilnehmer waren sich über die Tatsache einig, dass Trump durch seinen wandelhaften Führungsstil einen gewissen Grad an Ungewissheit auf der Bühne der internationalen Politik mit sich bringen werde und somit Langzeit etablierte Strukturen wie beispielsweise die NATO gefährde.

Des Weiteren waren sich die Experten darüber einig, dass Trumps Wahl zum Präsidenten ein Stresstest für die Demokratie in den USA sowie die amerikanische Außenpolitik darstelle und dass die Präsidentschaftswahlen ein Sinnbild für die zukünftigen Herausforderungen der politischen Parteien sei. Die politische Führung müsse das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihrer Arbeit wieder aufbauen und nicht die Interessen des Establishments vertreten, um nationale Strebungen zu unterbinden.

Markus Ell

## Frankreich heute – Ansichten aus der France profonde

*Brown Bag Lunch zum französischen Präsidentschaftswahlkampf*

Am 24. November 2016 diskutierten Studierende der AUB mit Dr. Dr. Rolf F. Krause, Generalkonsul in Marseille und ehemaliger AUB-Dozent, im Rahmen eines „Brown Bag Lunchs“ über die Lage in der „France profonde“ im Kontext des französischen Präsidentschaftswahlkampfes.

Um die derzeitige Stimmung vor Ort zu verstehen, müsse man laut Krause Frankreich als Ganzes und das französische Selbstverständnis kennen. Dieses sei geprägt vom Bewusstsein der Franzosen ein Land mit einer großen Vergangenheit zu sein und einem allgemeinen Stolz auf die fünfte Republik.

Dennoch täusche das nicht darüber hinweg, dass Frankreich dieser Tage viele Probleme habe. Das Erstarken des rechtspopulistischen, euroskeptischen Front National (FN) sei die Folge aus vielerlei ungelösten Fragen in Frankreich. Nach den Anschlägen von Paris und Nizza sei Frankreich ein Land, das vom Terror gezeichnet sei. Der Notstand sei verlängert worden, die Debatte über den laizistischen Staat wiederbelebt und auch die Frage der sozialen Brennpunkte werde nun wieder stärker diskutiert.

Doch betonte Krause auch, dass diese Schwierigkeiten ein Ergebnis der wei-



Rolf F. Krause mit Ellen Bos.

terhin ungelösten strukturellen, administrativen Probleme Frankreichs seien, die sich vor allem am zentralstaatlichen Aufbau Frankreichs und einer hohen Anzahl an Staatsbediensteten zeigen würden. Ebenso gebe es unter den politischen Parteien wenig Kompromissbereitschaft um diese Probleme zu lösen. Zudem sei laut Krause die Macht der Gewerkschaften überproportional. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die auch eine Folge der 35-Stunden Woche sei, verschärfe die Lage zusätzlich. Der ständige Vergleich mit Deutschland

habe dahingehend eine fast traumatische Wirkung. Dass EU-kritische Äußerungen unter diesen Umständen Anklang fänden, sei somit nicht verwunderlich.

Im regionalen Frankreich, speziell in Südfrankreich sei die EU laut Krause weit weg. Es gebe wenig Generalkonsulate von EU-Staaten, dagegen seien vor allem nordafrikanische Staaten sehr präsent. Obwohl in Südfrankreich viele Nationalitäten und Kulturen aufeinandertreffen würden, beschreibt Krause die Region als

einen friedlichen „melting-pot“. Der FN sammle auch hier Stimmen und bekomme sie auch. Diese Stimmen seien aber vornehmlich als Stimmen gegen die etablierten Parteien zu werten. Die Chancen der etablierten Parteien im Wahlkampf schätzt

Krause unterschiedlich ein. Den Sozialisten räumt er wenige Chancen ein, wobei es bei den Konservativen auf den innerparteilich gewählten Kandidaten ankomme.

Abschließend diskutierten die Studierenden die innerparteiliche Wahl

eines Kandidaten im konservativen Lager, die Entstehung von Parallelgesellschaften und das Integrationsproblem sowie die Wandlung des FN zu einer modernen Partei.

Julia Peters

# Identität, Migration und Interkulturalität in den Literaturen Mitteleuropas

## Workshop und Konferenz

Die interuniversitäre Forschungsgruppe „Identität, Migration und Interkulturalität in den Literaturen Mitteleuropas“ veranstaltete im November 2016 einen bilateralen Workshop zum Thema „Das Heimische und das Fremde in der Literatur und in der Kultur“ sowie eine internationale Konferenz zum Thema „Identität, Migration, Interkulturalität und Internationalität in den Literaturen Mitteleuropas“.

Die Forschungsgruppe ist eine gemeinsame Initiative von MitarbeiterInnen des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften der AUB und des Lehrstuhls für Moderne Philologie der János-Selye-Universität (JSU) in Komárom (Slowakei).

Während des eintägigen Workshops am 10. November 2016 an der Pädagogischen Fakultät der JSU – organisiert von Dr. habil. Károly Vajda (JSU) in Zusammenarbeit mit Dr. Marcell Mártonffy (AUB) – referierten neun ForscherInnen aus der Slowakei und aus Ungarn zum spezifischen Beitrag der literarischen Moderne zur Vermittlung zwischen Fremdheit und deren möglicher Überwindung. Die Referate umfassten dabei ein breites Spektrum von (Lebens)Werken der mitteleuropäischen Lyrik und Prosa, aber auch Schriften von namhaften AutorInnen aus anderen kulturell relevanten Bereichen wie etwa der Philosophie und der Religion.

Die von Dr. Mártonffy organisierte internationale Konferenz fand vom 24. – 25. November 2016 an der AUB statt. Zusammen mit VertreterInnen der am Forschungsprojekt beteiligten Partneruniversitäten – neben der AUB und der JSU die Universität Danzig

(Polen) und die Palacky-Universität Olmütz (Tschechische Republik) – nahmen auch MitarbeiterInnen der Freien Universität Bozen (Italien) teil.

Im Laufe der größtenteils deutschsprachigen Veranstaltung, die durch eine entsprechende italienische Sektion bereichert wurde, sind vor allem zentrale Fragen der Migration innerhalb des europäischen Raumes, bzw. aus Ostmitteleuropa in Richtung Westeuropa erörtert und diskutiert worden. Ausschlaggebend war dabei die literarische Annäherung zu verschiedenen, mit der Migration zusammenhängenden Phänomenen. Wie der Eröffnungsvortrag von Dr. Karl Vajda unterstrich, könne zwar der Auswanderer, der zugleich Einwanderer sei, nach und nach mit der Fremde vertraut werden, aber nur insofern er sich ihr anvertraue. „Im Umschlag der Fremdheit in Vertrautheit darf“ jedoch „die eigene Herkunft nicht unterschlagen werden, sie soll vielmehr in die gemeinsame Zukunft einfließen. Die allerpersönlichste Art und Weise, wie dieser zukunfts offene Prozess einer breiten Öffentlichkeit anvertraut werden kann, ist zweifelsohne die Literatur. Sie versteht oft zur Sprache zu bringen, was der Wissenschaft treffend zu formulieren versagt bleibt. Die Literatur vermag ja gerade den existentiellen Abgrund von Fremdheit und Not in seiner wahren, d. h. besonderen, nicht zu verallgemeinernden und daher wissenschaftlich auch nicht recht erfassbaren Dimension zu erloten.“

Über die eingehende Erarbeitung vieler Aspekte hinaus, die sich aus der Wahrnehmung der unumgänglichen

– u. a. therapeutischen – Rolle von literarischen Texten in der Vertiefung der Migrationsproblematik ergaben, sollen hier besonders zwei durchaus unerwartete Ergebnisse der Auseinandersetzung mit Werken der einzelnen Nationalliteraturen hervorgehoben werden. Einerseits kam es während der Diskussion zu einem produktiven Vergleich von Minderheitserfahrungen, welche normalerweise ziemlich selten aufeinandertreffen, wie etwa die der kaschubischen (Polen) und der ladinischen (Südtirol) Minderheit. Andererseits wurde klar, dass der Begriff Migration auch diesseits der Interkulturalität sinnvoll verwendet werden kann: als die Bezeichnung eines sozialen Prozesses innerhalb der jeweiligen Kultur, nämlich der Auswanderung „aus der Armut“, deren vielfältige literarische Thematisierung plausible Analogien zum interkulturellen Gespräch zu liefern vermag. Die Konferenz an der AUB kann als erster Schritt einer sich fortsetzenden Zusammenarbeit betrachtet werden, und so wird die in den mitteleuropäischen Literaturen keineswegs unwichtige Armutproblematik sicherlich als einer der nächsten Schwerpunkte künftiger Diskussionen zu Wort kommen.

Marcell Mártonffy

Der Workshop und die Konferenz wurden durch die finanzielle Unterstützung des International Visegrad Funds ermöglicht.



# Der materielle Kern der Verfassung als ewige Grenze der EU-Integration – Die tschechische Sicht

Vortrag von Dr. Pavel Molek, Richter am Obersten Verwaltungsgerichts der Tschechischen Republik und Dozent an der Masaryk-Universität in Brunn

Die Veranstaltung am 30. November 2016 lehnte sich an die Analysen des Referenten über die EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik und deren Grenzen an, die im Spiegel der Rechtsprechung durch das Oberste Verfassungsgericht beleuchtet wurden. Das Oberste Verfassungsgericht der Tschechischen Republik erlangte besondere Aufmerksamkeit, indem es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes kritisierte und diesem eine Überschreitung seiner Befugnisse vorwarf. Molek diskutierte in seinem Vortrag verfassungstheoretische Grundsätze, mit besonderem Augenmerk auf die Rolle der Ewigkeitsklausel.

Erste Einschränkungen des Gesetzgebers durch Verfassungen habe es zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert

gegeben, die erste Ewigkeitsklausel sei hingegen im 20. Jahrhundert in Kraft getreten, erklärte Molek. Das aussagekräftigste Beispiel stelle der Artikel 79 (3) des deutschen Grundgesetzes aus dem Jahre 1949 dar, der seine Abänderung im Falle einer Berührung mit den in den Artikeln 1 bis 20 niedergelegten Grundsätzen für unzulässig erklärt habe. Gegenwärtig enthielten 192 Verfassungen Ewigkeitsklauseln. Diese seien für die europäische Integration weniger ein Hindernis, als eine Stütze; auch das deutsche Grundgesetz könne dem Normenkatalog der Europäischen Union angepasst werden.

Als materiellen Kern einer Verfassung bezeichnete Molek verfassungsrechtliche Bestimmungen, die grundlegende strukturelle Merkmale einer

Verfassung definieren würden. Deren Veränderung bringe das Risiko der Zerstörung der aktuellen Verfassung sowie von deren Rahmenbedingungen mit sich. Anschließend skizzierte der Referent vier Grundtypen von Verfassungen, die er durch das jeweilige Verhältnis zwischen der Ewigkeitsklausel und dem materiellen Kern einer Verfassung charakterisierte.

Für die Kompetenzen von Verfassungsgerichten sei die Außerkraftsetzung von Verfassungsänderungen unvereinbar mit der Ewigkeitsklausel. Im Falle einer illegitimen Verfassungsänderung bezüglich des materiellen Kerns der Verfassung besitze das Verfassungsgericht lediglich eine warnende Stimme in Richtung des Parlaments, so Molek. Eine weitere EU-Integration könne dem materiellen Kern der EU-Verfassungen widersprechen, nicht jedoch deren Ewigkeitsklauseln. Widersprüche mit dem materiellen Kern lösten sich langsam auf, indem sie den Rahmen für inländische Verfassungen wieder aufbauen würden.

Bálint Lengyel



Pavel Molek mit dem Organisator der Veranstaltung, Attila Vincze, Dozent am Lehrstuhl für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen (rechts).

mtatkjt

osztrák kulturális fórum<sup>bud</sup>

## Der „gute Staat“

Konferenz zu Staatskonzepten im Spannungsfeld von Globalisierung und Renationalisierung

Die von Ellen Bos und Zoltán Tibor Pállinger organisierte Konferenz führte die vom Zentrum für Demokratieforschung (ZeDem) angestoßene Auseinandersetzung über die Grundlagen der westlichen Demokratie weiter.

Ausgehend von der kleinsten Einheit, dem Individuum, wurde zunächst das Konzept des Staatsbürgers (2012) und des guten Politikers (2014) diskutiert. Anschließend wurde die Perspektive erweitert, um die Grenzen

der Demokratie (2015) auszuloten. Die Konferenz am 7. Dezember 2016 rückte nun den Staat in den Fokus. Ihr Ziel war es, aus interdisziplinärer Perspektive der Frage nachzugehen, was den guten Staat ausmacht



V. l. n. r. im Vordergrund: Kálmán Pócza, László Komáromi, Helmut Fehr und Margareta Mommsen.

und wo die Grenzen des Konzepts der Staatlichkeit liegen. Ausgehend von den normativen Grundlagen erfolgte eine Bestandsaufnahme und Einordnung aktueller Entwicklungen. Darüber hinaus wurden die wichtigsten Herausforderungen für das Konzept des Staates diskutiert. Den Abschluss bildete ein Abendvortrag zum Thema „Putinismus: Starker Staat auf tönernen Füßen?“ von Margareta Mommsen.

### **Normative Grundlagen der Demokratie**

Nach der Begrüßung durch die Organisatoren widmeten sich die ReferentInnen des ersten Panels den normativen Grundlagen der Demokratie. Zoltán Tibor Pállinger referierte über die Grundlagen und Zukunftsperspektiven der Schweiz

als republikanisch-liberales Staatswesen. Ellen Bos beschäftigte sich mit der Bedeutung von Grenzen für nationalstaatliche Identitäten. Sie thematisierte dabei, dass Globalisierung und Transnationalisierung zunehmend als Bedrohung wahrgenommen werden. Der zunehmende Populismus und die neue Sehnsucht nach dem starken Nationalstaat würden eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Dietmar Meyer und Siegfried Franke analysierten aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive das Konzept der Demokratie. Dabei konstatierten sie einen allgemeinen Vertrauensverlust der Bürger in die Politik und insbesondere in die demokratisch gewählten Vertreter. Franke mahnte aber an, ideologische Scheuklappen abzulegen. Die Verbindung von Kapitalismus und

Marktwirtschaft habe die Demokratie durch die Schaffung von Wohlstand erst stabilisiert.

Das zweite Panel hatte aktuelle Entwicklungstendenzen in ausgewählten Staaten zum Gegenstand. Helmut Fehr arbeitete die Merkmale populistischen Regierens am Beispiel Polens und Ungarns heraus. Wichard Woyke erläuterte die Ursachen der Dauerkrise Frankreichs, während sich Kálmán Pócza mit dem Brexit und seinen Folgen für Europa und das Vereinigte Königreich beschäftigte. Abschließend zeichnete István Szabó ein Bild des zunehmend autoritären Ungarns der Zwischenkriegszeit von 1920-1941 und zeigte im Hinblick auf Reformen des Wahlrechts und der Verfassung interessante Parallelen zur heutigen Entwicklung auf.

## Demokratiekonzepte im Fokus

Gegenstand des dritten Panels waren Herausforderungen und Neuerungen des Demokratiekonzepts. László Komáromi präsentierte Vor- und Nachteile direkter Demokratie am Beispiel Ungarns und lieferte Lösungsansätze zur Verbesserung der Anwendbarkeit dieses Politikinstrumentes. Ferdinand Trauttmansdorff plädierte für mehr regionale Kooperationen als Erweiterung des einzelstaatlichen Aktionsradiuses um größere Probleme vor Ort lösen zu können und diese nicht auf eine für die Bürger zu weit

entfernte Ebene zu verlagern. So könne im kleineren Rahmen Kommunikation und Problemlösung geübt und verbessert werden. Zoltán Kántor betrachtete die Rolle von Minderheiten als Impulsgeber für eine Verbesserung der Demokratiequalität. So habe etwa Ungarn 13 anerkannte Minderheiten, die zum Staatscharakter und Pluralismus beitragen und gleichzeitig wichtige Brücken in andere Länder schlagen würden, von denen auch die Mehrheitsbevölkerung profitiere.

Die Konferenz wurde abgeschlossen durch den Abendvortrag von Margareta Mommsen, in welchem sie

den Zustand des russischen Regimes untersuchte. Dabei charakterisierte sie Russland als einen vermeintlich starken Staat, der aber auf tönernen Füßen stehe, da er aufgrund autoritärer innenpolitischer Erstarrung nicht fähig sei, notwendige Strukturreformen umzusetzen. Überdies habe das gegenseitige Verständnis zwischen Russland und dem Westen abgenommen, so dass man sich zunehmend als Gegner sehe.

*Stefan Drexler,  
Donald Pasha,  
Valentina Sysoeva*

# Öffentliche Diplomatie der Tschechischen Republik: Instrumente und Probleme

*Vortrag von Šárka Waisová*

Am 7. Dezember 2016 referierte Šárka Waisová von der Westböhmisches Universität in Pilsen, derzeit Gastprofessorin an der National Uni-

versity of Public Services in Budapest (Nemzeti Közszołgálati Egyetem) an der AUB zum Thema „Öffentliche Diplomatie der Tschechischen Repub-

lik: Instrumente und Probleme“. Der Vortrag wurde von Christina Griessler (netPOL/Zentrum für Demokratieforschung) und Ursula Mindler-Steiner



Šárka Waisová und Ferdinand Trauttmansdorff.

(Lehrstuhl für Kulturwissenschaften) organisiert und von Ferdinand Trauttmansdorff (Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I) moderiert, der seine eigenen Erfahrungen als ehemaliger österreichischer Botschafter in Prag in die Diskussion einbrachte.

Zu Beginn des Vortrags stellte Waisová das Konzept der „soft power“ in zwischenstaatlichen Beziehungen vor, das sie als Möglichkeit eines Staates „andere Staaten von einer bestimmten Politik ohne die Anwendung von Gewalt („hard power“) zu überzeugen“, definierte. Public Diplomacy habe die Aufgabe, diese „soft power“ zu produzieren, die wiederum von verschiedenen Aspekten gestaltet werde, u. a. durch Handel und Wirtschaft, Kultur, Politik, NGOs und internationales Engagement sowie Bildung. Die Diplomatie versuche diese Elemente zu nutzen, um unter anderem ein bestimmtes Image eines Staates zu kreieren. Dieses beeinflusse wiederum die Rolle, die ein Staat in der internationalen Staatengemeinschaft einnehme, die auch von der Wahrnehmung der anderen Staaten abhängig sei. Das Image eines Staates sei nicht statisch, sondern etwas flexibel. Public Diplomacy sei bestrebt, dem eigenen Staat ein positives Bild

zu geben, wobei sich laut Waisová Public Diplomacy von Propaganda dadurch unterscheidet, dass „Public Diplomacy nicht lügt“. Die Instrumente der Public Diplomacy seien u. a. „Nation Branding“, Förderung von Kulturaustausch, die Erstellung von länderrelevanten Internetseiten, Aktivitäten von „opinion leaders“ und „opinion makers“, eigene Zeitschriften, Fernsehen, Rundfunk, nationale Zentren im Ausland, politische Bildung im Ausland und andere Kampagnen. Die Akteure der Public Diplomacy seien Regierungen, Diplomaten, Botschaften, Kulturinstitute, NGOs, Medien, aber auch – sehr wichtig – bekannte Persönlichkeiten aus Sport, Wirtschaft und aus dem Kunst- und Kulturbereich.

Waisová hielt fest, dass gerade für die kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas die Public Diplomacy von Bedeutung sei, da diese über keine nennbare militärische Macht, d. h. „hard power“ verfügen würden. In der Tschechischen Republik würden seit dem Jahr 2000 die Instrumente der Public Diplomacy in der Außenpolitik gezielt eingesetzt. Kulturpolitik und Kulturzentren würden gefördert, Informationskampagnen gestartet, relevante Internetseiten erstellt und

am „Nation Branding“ sei gearbeitet worden, wobei trotz dieser Verbesserungen Waisová auch einige Defizite feststellte. Einerseits sei die Kompetenzaufteilung der verschiedenen Akteure nicht eindeutig geklärt, z. B. scheinen die tschechischen Kulturinstitute auch für die Vermittlung von wirtschaftlichen Kontakten verantwortlich zu sein. Weiteres würden die verschiedenen Akteure unterschiedliche Logos verwenden, daher gebe es keinen Wiedererkennungseffekt. Die Logos seien außerdem zum Teil umstritten, wie z. B. die Sprechblasen, die das Außenministerium verwende, oder das Schneckenlogo für den tschechischen Tourismus. Die Beschreibung Tschechiens auf der offiziellen Homepage des Außenministeriums als „modern and creative country with rich cultural traditions“ sei nicht sehr spezifisch und könne weniger als typisch tschechisch interpretiert werden. Zum Schluss erwähnte Waisová noch die Diskussion um den englischen Kurznamen „Czechia“, den das Außenministerium seit November 2016 propagieren würde, um die Nennung des Landes zu vereinfachen. Auch diese Initiative würde nicht überall positiv aufgenommen, meinte Waisová.

*Christina Griessler*

---

## Feldrabbiner in der Österreichisch-Ungarischen Armee während des Ersten Weltkriegs

*Vortrag von Dr. Dieter J. Hecht*

Am 8. Dezember 2016 luden Prof. Dieter A. Binder und Dr. Ursula Mindler-Steiner (Lehrstuhl für Kulturwissenschaften der AUB) den Historiker Dr. Dieter J. Hecht zu einem Vortrag zum Thema „Feldrabbiner in der Österreichisch-Ungarischen Armee während des Ersten Weltkriegs“

in die Österreich-Bibliothek György Sebestyén an die AUB ein. In seinem einschlägigen Forschungsprojekt widmet sich Hecht, der am Centrum für Jüdische Studien an der Karl-Franzens-Universität Graz und am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Öster-

reichischen Akademie der Wissenschaften arbeitet, dieser bisher in der Forschung vernachlässigten Personengruppe und ging unter anderem der Frage nach, wer diese Rabbiner waren, woher sie kamen und welche Aufgaben und Funktionen sie erfüllten, wie auch jener, welche Bedeutung



V. l. n. r.: Zsófia Harsányi (Österreich-Bibliothek György Sebestyén), Dieter J. Hecht und Ursula Mindler-Steiner.

sie für die jüdischen Soldaten unterschiedlicher religiöser Strömungen hatten.

### **Andauernde Steigerung der Zahl jüdischer Soldaten und Feldrabbiner**

Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts sei es Juden erlaubt gewesen, in der Österreichisch-Ungarischen Armee zu dienen. Seit dieser Zeit sei nicht nur der Bedarf, sondern auch der Wunsch der jüdischen Soldaten nach eigenen Feldpredigern gestiegen, unter anderem als Zeichen der Gleichberechtigung. Bereits in den Kriegswirren der Revolution 1848, der Schlacht bei Solferino 1859 oder der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich 1866 seien Feldrabbiner zum Einsatz gekommen. Der immer größer werdenden Zahl an jüdischen Soldaten sei schließlich auch in Form einer steigenden Anzahl an Feldrabbinern Rechnung getragen worden. Im Jahr 1902 hätten etwa 60.000 jüdische Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee (ca. 4 Prozent der Armee) gedient; zwischen 1874 und 1914 seien insgesamt 32 Feldrabbiner

ernannt worden. Die Mehrheit von ihnen habe als Feldrabbiner der Reserve gedient und sei nur in Kriegszeiten zum Dienst herangezogen worden, so beispielsweise im Ersten Weltkrieg. Im Laufe dieses Krieges sei die Zahl der jüdischen Soldaten auf ca. 300.000 gestiegen. Ebenso sei die Zahl der Feldrabbiner nach einer Schätzung von Dr. Hecht auf etwa 133 gestiegen. Eine genaue Zahl könne wegen der schwierigen Quellenlage nicht erhoben werden. Die durchaus hohe Zahl an Feldrabbinern sei auch dahingehend bemerkenswert, da hier für eine ähnlich große Anzahl an jüdischen Soldaten, rund vier Mal so viele Feldrabbiner wie in der Armee des Deutschen Reichs eingesetzt worden seien.

### **Die Tätigkeit der Feldrabbiner – Aufgaben und Herausforderungen**

Vermutlich stammten die Feldrabbiner nicht nur aus allen Teilen der Monarchie, so Hecht, sondern hätten auch im gesamten Kriegsgebiet und im Hinterland gewirkt. Sie seien Geistliche im Rang eines Hauptmanns gewesen und hätten somit

durchaus eine geachtete Position innerhalb der Armee innegehabt. Das Ministerium habe jedem Feldrabbiner eine „Feldkapelle“ zur Verfügung gestellt, die eine Thora-Rolle, einen Tallit (Gebetsschal), zehn hebräische Gebetbücher mit deutscher Übersetzung, zehn Tefillin (Gebetsriemen) und ein schwarzes Seiden-Käppchen (Kippa) enthalten habe. Die Aufgaben der Feldrabbiner während des Ersten Weltkriegs seien mannigfaltig gewesen und hätten neben Begräbnissen und seelsorgerischen Aufgaben gegenüber jüdischen Soldaten an der Front, im Lazarett und in den Kasernen, auch die Verteilung religiöser Lektüren und so genannter Liebesgaben aus der Heimat (zumeist Zigaretten) beinhaltet. Ferner seien Feldrabbiner auch für die Betreuung von jüdischen Kriegsgefangenen zuständig gewesen. Da die Soldaten der Österreichisch-Ungarischen Armee unterschiedliche Sprachen gesprochen hätten, hätten Feldrabbiner eigene mehrsprachige Gebetsbücher für ihre Soldaten verfasst. Das wahrscheinlich berühmteste, das „Andachtsbüchlein für jüdische Kriege im Felde“, sei vom Leiter der Wiener israelitischen Militärseelsorge Arnold Frankfurter (1881–1942) und seinem ungarischen Kollegen Ernő Deutsch (1886–1950) in drei Sprachen (Hebräisch, Deutsch, Ungarisch) herausgegeben worden.

Nach dem Vortrag wurde vom Publikum unter anderem die Frage aufgeworfen, wie sich die (insbesondere im Vergleich zum Deutschen Reich) verhältnismäßig hohe Anzahl an Feldrabbinern erkläre und ob der – angesichts der vielfach ungarischen Nachnamen der Feldrabbiner entstandene – Eindruck, dass die Mehrzahl der Feldrabbiner Ungarn gewesen seien, tatsächlich den Fakten entspreche. Hecht verwies darauf, dass noch Forschungen durchzuführen seien, aber insbesondere die unterschiedliche Geschichte und Tradition der Feldrabbiner in den beiden Armeen wie auch die unterschiedliche Anzahl und Situation der jüdischen Bevölkerung in beiden Ländern zu berücksichtigen seien.

*Béla Teleky*

## VERANSTALTUNGEN ZU 1956

# Die ungarische Revolution 1956 – 60 Jahre danach

*Konferenz vom 20. bis 22. September 2016 an der AUB*

Die Keynote am ersten Konferenztag hielt Erwin Schmidl (Landesverteidigungsakademie Wien), der die Bedeutung des Ungarnaufstandes 1956 für Österreich und die Welt verortete. Grundsätzlich, so Schmidl, habe man in Österreich dem „Freiheitskampf“ der Ungarn überaus positiv gegenüberstanden, was auch die Basis für die spätere, anfänglich überaus freundliche Aufnahme der Flüchtlinge gelegt habe. Gleichzeitig habe jedoch auch die Befürchtung geherrscht, die russische Intervention könne sich auch auf Teile Österreichs ausdehnen, weshalb man sich zur sofortigen Aufbietung des neu gegründeten Bundesheers und der Gendarmerie zur Grenzsicherung entschlossen

habe. Wiewohl diese entschiedene Haltung national wie international überaus positiv zur Kenntnis genommen worden sei, sei es jedoch im Zuge des Einsatzes zu zahlreichen Reibungen zwischen den militärischen und politischen Befehlsstellen gekommen, was ein lange anhaltendes Misstrauen zwischen Politik und Militär in Österreich zur Folge gehabt habe. Was den Aufstand betrifft legte Schmidl dar, dass die erste Intervention Moskaus Ende Oktober maßgeblich dazu beigetragen habe, die Lage eskalieren zu lassen, was wiederum die zweite, durchschlagende Intervention Moskaus verursacht habe. Die in Folge losbrechende Massenfluchtbewegung sei nicht zuletzt deshalb erfolgreich gewesen,

da Ungarn im Laufe des Jahres 1956 seine Minensperren an der Grenze in Folge von Zeitschäden abgebaut habe und die grüne Grenze somit gangbar gewesen sei. Letztlich, so Schmidl, hätten die Ereignisse des Jahres 1956 in Ungarn wesentlich dazu beigetragen das Negativbild des Kommunismus in den westlichen Demokratien zu verstärken, was auch die dort tätigen kommunistischen Parteien erheblich diskreditiert habe. Für Österreich habe sich im Jahr 1956 die Möglichkeit geboten, einen eigenständigen Kurs zu fahren, was insbesondere in den USA und in Großbritannien mit Wohlwollen betrachtet worden wäre. Spätestens im Zuge der Libanon-Krise 1958 habe jedoch die Sowjet-



V.l.n.r.: Arnold Suppan, Richard Lein, Orsolya Nemesházi, Maximilian Graf, Georg Kastner, Barbara Pfeiffer, Michael Gehler

union Wien gegenüber klargestellt, dass der außenpolitische Spielraum des Landes trotz seines Neutralitätsstatus nicht unbegrenzt sei.

Den ersten Vortag des zweiten Konferenztags hielt Thomas Reichl (Militärhistorisches Institut Wien). Er sprach über den Einsatz des 1956 gerade frisch aufgestellten Bundesheeres – einige Soldaten seien erst Tage vorher eingezogen worden – an der österreichisch-ungarischen Grenze. Grund für den Sicherungseinsatz sei die Befürchtung gewesen, dass die heranmarschierenden sowjetischen Truppen nicht an der Staatsgrenze halt machen würden, was jedoch letztlich nicht eingetreten sei. Dieser erste Einsatz der neuen Truppe sei noch von zahlreichen Improvisationen und Problemen gekennzeichnet gewesen, wie z. B. Überschneidungen bei der Befehlsgewalt, insgesamt habe jedoch das Bundesheer Verteidigungsbereitschaft demonstriert und habe somit seine erste Bewährungsprobe bestanden.

Maximilian Graf (Universität Wien) untersuchte in seinem Beitrag die österreichisch-ungarischen Beziehungen im Jahrzehnt nach dem Aufstand. Diese hätten sich nach der Niederschlagung desselben an einem Tiefpunkt befunden, den man zunächst nicht überwinden haben könne. Insbesondere problematisch seien die Minen auf der ungarischen Seite der Grenze gewesen, die immer wieder auch in Österreich detonierten und für diplomatische Verstimmung gesorgt hätten. Erst durch einen Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Klaus in Budapest 1967 habe der sukzessive Abbau dieser Minen besprochen werden können, womit sich auch die bilateralen Beziehungen schließlich erholt hätten.

### **Internationale Perspektiven der 56-er Revolution**

Mit dem Vortrag von Peter Ruggenthaler (Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz) folgte der fließende Wechsel von den österreichisch-ungarischen

Beziehungen hin zur internationalen Perspektive. Ruggenthaler stellte fest, dass die Neutralität Österreichs aus Sicht des Kremls lange eine latente Gefahr für den Ostblock dargestellt habe, da Staaten wie Ungarn geglaubt hätten, diese Option würde ihnen ebenfalls offenstehen. Dass Österreich von Seiten der Sowjetführung dieser Status zuerkannt worden sei, habe nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe gehabt, für Ungarn sei dieses Modell jedoch für den Kreml in Wahrheit niemals in Frage gekommen.

Auch für kommunistische Parteien außerhalb des „Ostblocks“ habe das Jahr 1956 ein einschneidendes Ereignis dargestellt, wie der Vortrag von Karlo Ruzicic-Kessler am Beispiel der italienischen KP zeigte. Er führte drei Faktoren an, die hier zu einem Paradigmenwechsel geführt hätten: Die Veröffentlichung der Geheimrede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag bezüglich Stalins Verbrechen; die Arbeiterproteste in Posen; und natürlich der Ungarnaufstand. In Folge habe sich die italienische KP trotz anfänglicher Moskautreue auf einen eigenen Weg zubewegt, was eine langfristige Wirkung auf die Herausbildung des Eurokommunismus gehabt habe.

Georg Kastner (AUB) behandelte in seinem Beitrag die Rolle der UNO während des Ungarnaufstands, wobei er Kritik an dem weit verbreiteten Bild der „untätigen“ Vereinten Nationen übte. Tatsächlich handele es sich, so Kastner, um ein Thema von extremer Komplexität, nicht zuletzt, da außer dem Nahostkonflikt wenig die UNO so lange politisch beschäftigt habe wie der Ungarnaufstand. Seinen Recherchen zufolge habe die UNO Ungarn keineswegs im Stich gelassen und habe die Angelegenheiten auch nicht genutzt, um „dem Osten eins auszuwischen“. Innerhalb ihrer Möglichkeit habe die UNO tatsächlich durchaus etwas bewirkt, beispielsweise für die inhaftierten Revolutionäre.

Andra-Octavia Drăghiciu (AUB) referierte anschließend über die Reaktion des rumänischen Studenten-

milieus auf den Aufstand 1956. Bereits im Vorfeld zum Aufstand in Ungarn sei es in den Universitätsstädten nach dem Tod Stalins zunächst zu einer Liberalisierung gekommen, im Jahr 1956 aber auch zu Protesten aus internen Gründen. Die Studentenbewegung habe ein Entgegenkommen seitens der Staatsführung erreicht, was einige ihrer Forderungen betraf: diese habe jedoch aufgrund staatlicher Repression und mangelndem Rückhalt in der Bevölkerung keine nachhaltige Wirkung entfalten können.

Rätselhaft, so Arnold Suppan (Universität Wien), sei die Reaktion Titos in Jugoslawien auf die Vorgänge in Ungarn gewesen, nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Quellenlage – der langjährige Untergrundkämpfer habe seine Gespräche selten protokollieren lassen. Aufzeichnungen gebe es jedoch über ein spezielles Treffen zwischen dem jugoslawischen Staatschef und Chruschtschow Anfang November 1956, als der Aufstand in Budapest in vollem Gange gewesen sei. Der anwesende jugoslawische Botschafter habe sich nach dem Treffen Notizen gemacht, aus denen unter anderem hervorgehe, dass Tito die Moskauer davon überzeugt habe, Kádár in Budapest einzusetzen. Noch auf dem Rückflug von Belgrad dürfte Chruschtschow den Einmarsch in Ungarn befohlen haben.

Radomir Sztwiertnia (Universität Olomouc) ging in seinem Vortrag der Frage nach, wieso die Akteure des Prager Frühlings 1968 nichts aus dem ungarischen Aufstand gelernt hätten, und wieso es zu keinen Gewaltexzessen gekommen sei. Der Grund dafür sei gewesen, dass nach schlechten Zeiten zu Beginn der 1950er die Bevölkerung der Tschechoslowakei 1956 im Vergleich zu den benachbarten Ländern sogar in relativem Wohlstand gelebt habe. Zudem sei es der Regierung durch ihre weitgehende Kontrolle der Medienlandschaft gelungen, ein Bild vom Ungarnaufstand zu vermitteln, dem zufolge am Ende der Revolution der Sieg der ungarischen Arbeiter über die Konterrevolution gelungen sei.

### 1956 im Kontext von Kultur, Religion und Sport

Matthias Marschik (Wiener Universität für angewandte Kunst) berichtete von der Rezeption ungarischer Fußballer in Wien nach dem Volksaufstand von 1956. Diese hätten eine durchaus ambivalente Behandlung durch die österreichischen Medien erfahren. Zunächst seien sie als Opfer des Kommunismus dargestellt worden, jedoch sei durch die Medien später suggeriert worden, dass es sich um „undankbare Schnorrer“ gehandelt habe.

Der stellvertretende Direktor des Ungarischen Nationalarchivs Csaba Szabó legte in seinem Vortrag die Rolle der Kirche in Ungarn 1956 dar. Insbesondere das in weiterer Folge auch mit Österreich verknüpfte, im Jahr 1956 überaus bewegende Schicksal von József Kardinal Mindszenty wurde dadurch in Erinnerung gerufen.

Den letzten Vortrag des Abends hielt Maria Fanta (Universität Graz). Sie sprach über die Berichterstattung der „Österreichischen Volksstimme“, der Zeitung der Kommunistischen Partei Österreichs, zum Ungarnaufstand 1956. Dieses autoritär geführte Blatt sei streng der Linie des Zentralkomitees der Partei gefolgt. In Bezug auf den Ungarnaufstand habe es keine unabhängige Berichterstattung erlaubt, sondern habe sich, mit Ausnahme der Berichte eines Reporters, nach den Darstellungen aus Moskau gerichtet und habe sich durch unwahre Berichterstattung wie auch durch Schwarz-Weiß-Denken ausgezeichnet.

### Fluchtbewegung nach der Niederschlagung des Aufstandes

Die Konferenz wurde am dritten Tag mit einem Panel zur heute wieder aktuellen Frage der Fluchtbewegungen fortgesetzt. Einleitend analysierte Ibolya Murber (AUB) den Umgang Österreichs mit den Flüchtlingen die im Gefolge der Niederschlagung des Aufstandes aus Ungarn geflüchtet seien. Sie berichtete über die Problematik exakte Zahlen zu nennen, die Aufnahme-situation in Österreich und den sich verändernden medialen Diskurs über die Flüchtenden. Dies betreffe insbesondere jene, die nicht weiterwandern würden und Österreich als ihre neue Heimat betrachten würden.

Edda Engelke vertiefte in ihrem Vortrag zu den Ungarnflüchtlingen in der Steiermark insbesondere die Frage der Aufnahme (Versorgung und Unterbringung) und in weiterer Folge der Integration. Ausgehend von diesem historischen Beispiel verwies sie auf zahlreiche positive Erfahrungen die auch in der Gegenwart von Nutzen sein könnten.

Im abschließenden Vortrag des Panels ging Andreas Schmid-Schweizer (Institut für Geschichtswissenschaften des Zentrums für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften) auf die Aufnahme und Integration der Ungarnflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland 1956/57 ein und eröffnete somit eine Vergleichsperspektive. Rund 14.000 Ungarn seien als Flüchtlinge in der Bundesrepublik aufgenommen wor-

den. Ihre Integration sei weitestgehend gut gelungen, was u. a. darauf zurückzuführen sei, dass ihre Zahl relativ gering gewesen und die wirtschaftliche Lage gut gewesen sei. Darüber hinaus sei den Flüchtlingen wie in Österreich durch einen antikommunistischen Grundkonsens Sympathie entgegengebracht worden, ihr Integrationswille sei hoch gewesen und man habe einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund geteilt.

Michael Gehler fasste sämtliche Vorträge der Konferenz abschließend kurz zusammen und stellte Verbindungslinien zwischen den einzelnen Beiträgen her. Er würdigte das Anliegen der Konferenz, nicht die Ereignisgeschichte des Jahres 1956 in Ungarn und Österreich nachzuzeichnen, sondern ebendiese im internationalen Kontext sowie auch im größeren zeitlichen Kontext zu verorten. Eine Neuverhandlung des bisherigen Forschungsstandes und neue Perspektiven auf 1956 seien Merkmal und Stärke der Konferenz gewesen, die deutlich gezeigt habe, dass die Forschungen zu Ungarn 1956 keineswegs am Ende angekommen seien.

Lukas Knopp

**ÖAW** ÖSTERREICHISCHE  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

osztrák kulturális fórum<sup>bud</sup>

## Revisiting the Historiography of 1956: before a women's history turn?

Vortrag von Andrea Pető

Auf Einladung des akademischen Mittelbaus der AUB hielt Andrea Pető (Central European

University, Department of Gender Studies) am 13. Oktober 2016 im Andrássy-Saal der AUB einen Vor-

trag mit dem Titel „Revisiting the Historiography of 1956: before a women's history turn?“. In diesem

analysierte sie die Wahrnehmung von Frauen in der Geschichte im Allgemeinen und im Besonderen im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1956. HistorikerInnen, die sich mit der Geschichte von 1956 befassen, hätten begonnen, die Revolution und ihre Nachwirkungen als politische Geschichte zu begreifen. Erst in den späten 1990er Jahren seien Frauen im Mittelpunkt der Forschung als Frauen, Mütter und Schwestern im Rahmen der Schriftgeschichte wahrgenommen worden. Ein Paradigmenwechsel sei mit der Veröffentlichung der

Arbeit von Borbála Juhász über die Frauendemonstration am 4. Dezember 1956 in Budapest erfolgt, die Frauen als Agenten des politischen Wandels definiere. Das Unbehagen der GeschichtswissenschaftlerInnen die Rolle weiblicher Kämpfer zu analysieren, bestehe weiterhin. Einem Trend folgend, der in anderen Visegrad-Ländern in neu etablierten historischen Institutionen vorherrsche, konzentrierte sich die Forschung verstärkt auf die Rolle der Frauen als Opfer und nicht als aktive Akteure, die die Geschichte mitbestimmen. Der

Vortrag gab einen Überblick über die Entwicklungen der Geschichtsschreibung ab 1956 aus geschlechtsspezifischer Perspektive und argumentierte, dass die Wende sich von der Geschlechtergeschichte zur Frauengeschichte in dem derzeitigen Trend der revisionistischen Geschichtsschreibung einfüge.

*Christina Grießler*

*Der Vortrag wurde von Melani Barlai (netPOL/AUB) im Rahmen der Mittelbauveranstaltung zur Erinnerung an den Volksaufstand von 1956 organisiert und von Franziska Vesely (AUB) moderiert.*

## Quer durch Deutschland zum 60. Jahrestag der Ungarischen Revolution von 1956

*Vortragsreise von Melani Barlai*

Im Rahmen der Kooperationsveranstaltung im Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Landesstiftungen Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern, Berlin, Baden-Württemberg und Hessen anlässlich des 60. Jahrestages der Ungarischen Revolution von 1956 war Melani Barlai vom

20. bis zum 27. Oktober 2016 quer durch Deutschland unterwegs und diskutierte zusammen mit VertreterInnen aus Politik, Medien, Nichtregierungsorganisationen sowie mit Studierenden und Ungarninteressierten über die aktuelle politische Situation in Ungarn und über die Rolle

der ungarischen Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der Ereignisse im Jahr 1956. Die Veranstaltungsreihe wurde von Karin Heuer, Leiterin der Heinrich-Böll Landesstiftung Hamburg, initiiert.

Als erste Station besuchte Melani Barlai die Universität Hamburg, wo sie zusammen mit Manuel Sarrazin (Europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN) über die politische Partizipation der ungarischen BürgerInnen sprach. Am nächsten Tag war sie zu Gast an der Universität Kiel, wo sie Fragen zur aktuellen politischen Situation in Ungarn beantwortete. Die Vortragsreise setzte sie in Berlin fort, wo Barlai zusammen mit Jenő Kaltenbach (emeritierter Professor für Verwaltungsrecht, ehem. Ombudsmann für die Rechte der Minderheiten) über Ungarns Weg in die Demokratie diskutierte. Im Fokus der Podiumsdiskussion in Frankfurt am Main standen Fragen wie: „Wie konnte es zu dieser Kehrtwende kommen? Welche Erfahrungen, welche Ereignisse haben die ungarische Gesellschaft je-



Melani Barlai mit Manuel Sarrazin.

weils zu diesen Entscheidungen geführt? Wie schauen unterschiedliche Generationen auf ihr Land im Wandel der Zeiten?“, die Melani Barlai mit Kai-Olaf-Lang (Senior Fellow, Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)) diskutierte. Die Moderation leitete Volker Weichsel (Redakteur der Zeitschrift „Osteuropa“).

Gastgeber der Podiumsdiskussion zum Thema „Ungarn 1956/2016 – wo bleibt der Aufstand?“ am 26. Oktober war die Volkshochschule in Schwäbisch Gmünd. Barlai diskutierte hier mit Jenő Kaltenbach und mit dem Journalisten Zsolt Bogár. Moderiert wurde der Abend von Andreas Baumer (Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg). Der

Abschluss der Vortragsreise von Melani Barlai fand am 27. Oktober in München im EineWeltHaus statt, wo sie zusammen mit Zsolt Bogár und Jenő Kaltenbach unter der Moderation von Michael Frank (Journalist und ehem. Österreich- und Mitteleuropa-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung) die Rolle von 1956 und die derzeitige politische Lage in Ungarn analysierte.

---

## Revolution! 1956–2016: 60 Jahre Ungarischer Volksaufstand

*Dieter A. Binder im Gespräch mit Ágnes Heller und Edit Király*

Am 1. Dezember 2016 diskutierten die Philosophin Ágnes Heller und die Germanistin Edit Király, moderiert von Historiker Dieter A. Binder (Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften), verschiedene Aspekte der Revolution, aber auch die Evolution der spezifischen Erinnerungskultur zu 1956 und deren Institutionalisierung speziell nach der Wende 1989. Die Veranstaltung – organisiert von Ursula Mindler-Steiner – fand in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén an der AUB statt und war die letzte Veranstaltung in der Vortragsreihe zur Ungarischen Revolution 1956, die vom akademischen Mittelbau der AUB organisiert wurde.

Binder bat die Diskutantinnen zu Beginn der Gesprächsrunde, ihre Sicht auf sogenannte „Bruchlinien in der ungarischen Gesellschaft“ seit dem Zweiten Weltkrieg darzulegen. Dabei waren sich beide einig, dass 1956 einen gesellschaftspolitisch aber auch sozial bedeutsamen

Bruch darstelle, allerdings betonte Heller, dass 1956 nicht ohne die Ereignisse und Änderungen des Jahres 1953 verstanden oder erzählt werden könne. Als Zeitzeugin und selbst an der Revolution Beteiligte teilte sie mit dem Publikum dabei auch ihre persönlichen Erfahrungen und betonte, dass das Ende des „Regimes der absoluten Furcht“ 1953 sowie die „andere Sprache“, die Imre Nagy in ihren Augen im Vergleich zu anderen kommunistischen Funktionären gesprochen hätte, erst die Bedingungen geschaffen hätte, in denen ein Revolutionsversuch überhaupt möglich geworden sei. Dabei schilderte sie die Ereignisse des Herbstes 1956 vor allem als soziales Phänomen mit einer spezifischen Eigendynamik, die nicht vorausgesehen hätte werden können.

Daran knüpfte auch Király – eine Repräsentantin der Generationen, die 1956 retrospektiv erfuhren – an, die diese soziale Dimension der ungarischen Revolution in Re-

ferenz zu ihrer eigenen politischen Sozialisation als wichtiges Identifikationsmerkmal und polarisierendes historisches Ereignis beschrieb. Sie hob die – für sie und ihren Freundeskreis zentrale – Bedeutung István Bibós als Symbolfigur hervor, womit dem Publikum auch die Rolle von Einzelpersonen beziehungsweise die Wirkung ihrer posthumen Instrumentalisierung in der Auseinandersetzung um das (Nicht-)Gedenken an 1956 eröffnet wurde. Gerade zum Stichwort Erinnerung betonte Király die Schwierigkeit, rückwirkend die Pluralität der Revolution und der zu dieser Zeit präsenten Ideen und Programme zu fassen. Erinnerung und Gedenken wurden damit als selektive Prozesse beschrieben. Diese Selektion von Inhalten, Fakten, Deutungen und Wertungen im Zuge von Jubiläen aber auch im Rahmen staatlicher Feiertage stelle gerade im Hinblick auf die ungarische Revolution ein großes Konfliktfeld dar, das Király



V. l. n. r.: Ágnes Heller, Dieter A. Binder und Edit Király.

mit der noch „heißen Phase der Erinnerung“, in der die Gesellschaft sich (noch) nicht auf ein einheitliches Narrativ, einen einheitlichen Kanon der Erinnerung geeinigt habe, erklärte.

Heller formulierte in diesem Zusammenhang – aufbauend auf den Kommentar von Binder über die Rolle von Nationalfeiertagen in Bezug auf die Formung nationaler Kollektive – eine fundamentale Kritik an staatlichen Feiertagen dieser Art. Eine politische Instrumentalisierung historischer Ereignisse für jeweilige parteipolitisch und ideologisch aufgeladene Positionierungen sei strikt abzulehnen. Heller plädierte für ein Erinnern ohne staatlichen Feiertag – für ein Erinnern im Privaten. Darauf bezugnehmend konstatierte

Király, dass der staatliche Feiertag im Gedenken an die ungarische Revolution zu einem Schauplatz eines Verdrängungskrieges geworden wäre. In diesem Kampf ginge es darum, welche Aspekte oder Personen wieviel Platz in der nationalen Geschichte zugesprochen bekommen sollten. Einig waren sich beide Diskutantinnen darin, dass die Heroisierung und (historisch verkürzte) Darstellung einzelner Personen im Kontext von Erinnerung und Gedenken ein problematisches Feld eröffne, welches zur Manipulation der „Nation“ genutzt werden könne.

Ein kurzer Abriss verschiedener Phasen der Erinnerungskultur im Hinblick auf 1956 verdeutlichte nicht nur deren Entwicklung, sondern auch die Versuche des kom-

munistischen Regimes, ein Gedenken bis 1989 zu unterbinden. Ebenso wie verschiedene Phasen des Erinnerns einander abzulösen scheinen, existieren unterschiedliche Erinnerungspraxen auch parallel. Dies wurde am Beispiel der Gedenkfeierlichkeiten von Gruppen, die im Laufe der Revolution emigrierten und im Exil verblieben, gegen Ende der Gesprächsrunde diskutiert.

Zusammenfassend hielt Binder am Ende der Veranstaltung fest, dass die Kombination unterschiedlicher Wahrnehmungen mit politischen Instrumentalisierungsversuchen die Erinnerung und das Gedenken an die Revolution zu diesem schwierigen und „heißen“ Thema werden ließe, das es letztlich auch 2016 noch immer sei.

*Lisbeth Matzer*



## AUB-Top-Managerrunde 2016

Im Rahmen der Vorlesungsreihe „Internationales Management“ im Wintersemester 2016/17 wurden zentrale Aspekte der Unternehmensführung behandelt, die bei Führungskräften in einem globalen Umfeld zunehmend an Relevanz gewinnen.

Dies gilt auch für die in Ungarn tätigen Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen. Integriert in eine globale Unternehmensstruktur arbeiten hier MitarbeiterInnen verschiedener gesellschaftlicher und kultureller

Herkunft zusammen, um bei sich ständig verändernden Rahmenbedingungen Unternehmensziele zu verwirklichen.

Sechs CEOs und CFOs von führenden ungarischen Unternehmen referierten zu den Schwerpunktthemen „Unsicherheit“, „Diversity“, sowie „Management in interkulturellem Kontext“ und diskutierten mit den Studierenden. Diese bekamen so eine theoriegestützte Übersicht zu den Themen aus erster Hand und global relevante Themenschwerpunkte anhand regionaler Expertise vermittelt.

*„Man muss bereit sein,  
den einen Schritt mehr zu gehen“*

Als Auftakt der Vortragsreihe „Internationales Management“ gab die Geschäftsführerin von Henkel Ungarn, Dr. Ágnes Fábíán, am 27. September 2016 einen Überblick über die Geschichte, Werte und Visionen des Unternehmens.

Unter dem Motto „Karriere und Vielfalt bei Henkel“ ging Dr. Fábíán, die von Forbes Ungarn auf den dritten Platz

der einflussreichsten Frauen im Land gewählt wurde, zunächst auf die Geschichte des Familienunternehmens ein, das dieses Jahr sein 140-jähriges Jubiläum feierte. Mit der Feststellung, dass es ausgerechnet „ein Mann war, der Waschmittel entwickelte“, nämlich Fritz Henkel, der 1876 die Waschmittelfabrik in Aachen gründete, sorgte sie in der anschließenden Fragerunde für Heiterkeit.

### Nachhaltigkeit bei Henkel groß geschrieben

Dr. Fábíán betonte, dass die Familie Henkel noch heute das Fundament sei, auf dem die Werte des Unternehmens aufbauen, insbesondere was den Aspekt der Nachhaltigkeit betreffe. Seit Jahren werde Henkel im ‚Dow Jones Sustainability Index‘ in der Kategorie

Konsumgüter dafür ausgezeichnet, nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu wirtschaften. Ein Pritt-Stift etwa, verriet Dr. Fábíán, sei zu 90 Prozent recyclebar. Da er oft von Kindern benutzt werde, sei er zudem lösemittelfrei, PVC-frei und entspreche der Europäischen Spielzeugrichtlinie. Klebstoffreste auf Bekleidung könnten bei niedrigen Temperaturen ausgewaschen werden.

### **Kontinuierliches Wachstum**

Zu den Zielen des Unternehmens, das mit seinen Klebstoffprodukten weltmarktführend ist, gehöre es, kontinuierlich zu wachsen und den globalen Markt zu erschließen – in den USA sei es durch Akquisitionen bereits gelungen, das zweitgrößte Waschmittelunternehmen zu werden.

Kontinuierlicher Wachstum und Entwicklung, das sei auch im Bereich der Karriere sehr wichtig, betonte Dr. Fábíán. Anhand ihrer persönlichen Erfahrungen aus 20 Jahren Mitarbeit bei dem Unternehmen – „bei all den spannenden Rollen, die ich bei Henkel bereits innehatte, fühlt es sich so an, als hätte ich bei fünf oder sechs verschiedenen Unternehmen gearbeitet“ – und zahlreichen Beispielen der Förderung von jungen Talenten, machte sie auf die vielfältigen Karrieremöglichkeiten aufmerksam.

Von einjährigen Praktikumsprogrammen, dem Online Weiterbildungspool 'Henkel Global eCademy' über das Förderprojekt für junge Nachwuchsführungskräfte 'EXCEED' bis hin zu dem Programm 'Triple2', bei dem Mitarbeiter Erfahrungen aus zwei verschiedenen Rollen, zwei verschiedenen Geschäftsbereichen und zwei verschiedenen Ländern sammeln können



– Karriereförderung werde bei Henkel groß geschrieben. Voraussetzung sei „dass man dazu bereit ist, den einen Schritt mehr zu gehen“ so Dr. Fábíán.

### **Henkel auch in Sachen Diversität ein fortschrittliches Unternehmen**

Auch in Bezug auf Diversität, einem der beiden Schwerpunkte des Vortrages, sei Henkel ein sehr fortschrittliches Unternehmen: in den wichtigen Führungspositionen seien Frauen und Männer gleichermaßen vertreten. Auch was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffe, so gehe Henkel und vor allem sie persönlich mit gutem Beispiel voran. Als Mutter zweier Söhne gelinge es ihr, beide Rollen unter einen Hut zu bekommen: „Man muss nur beides lieben“.

Die Geschäftsführerin betonte auch, dass es sehr wichtig sei, dass Frauen

ihre Fähigkeiten, zu denen besonders Teamfähigkeit, Empathie und Ausgeglichenheit zählen, als Mehrwert in ein Unternehmen miteinbringen. Sie selbst werde immer wieder darauf angesprochen, wie sie es als Frau in eine so hohe Position geschafft habe. Diese und ähnliche Fragen könne Dr. Fábíán schon nicht mehr hören: „Ich bin aufgrund meiner Leistungen in dieser Position, nicht weil ich es mir so ausgesucht habe als Frau auf die Welt zu kommen.“ Die richtige Frage müsste, egal ob Mann oder Frau, so lauten: „Was muss ich tun, um Karriere zu machen?“

Als Antwort darauf legte sie es den Zuhörern ans Herz, bei sich selbst anzufangen und bei allem was man tue, den einen Schritt mehr zu gehen.

*Doris-Evelyn Zakel*

*Der Artikel erschien auch in der Budapest Zeitung (40/2016, S. 22-23)*

## *Arbeiten für einen guten Zweck*

Javier Gonzalez Pareja, Geschäftsführer der Robert Bosch Kft. und Repräsentant der Bosch-Gruppe in Ungarn, ist auch an der AUB schon lange kein Unbekannter mehr. Bereits zum dritten Mal stellte er sich am 4. Oktober 2016 einer interessierten Stu-

dentenschaft und ihren Fragen – diesmal mit einem Vortrag rund um das Thema „Agile Leadership“.

Robert Bosch ist in Ungarn mit neun Gesellschaften und etwa 12.000 Arbeitnehmern vertreten. Nicht zuletzt auch durch das breite Spektrum

an Aktivitäten der Bosch-Gruppe und ihre nach wie vor dynamische Entwicklung sei sie einer der bedeutendsten Arbeitgeber des Landes. Besonders zu erwähnen sei auch der hohe Anteil an Beschäftigten mit tertiärer Ausbildung und die beson-

dere Bedeutung der Forschung und Entwicklung von Bosch in Ungarn.

Der Bosch-Manager konnte aus verschiedenen Perspektiven zeigen, dass es mehr als ein Job, nämlich eine persönliche Sache ist, bei Bosch zu arbeiten. Dies wurde schon bei der kurzen Darstellung der Unternehmensgeschichte und der Unternehmensmission deutlich: „Wenn wir zwölf Stunden arbeiten, wissen wir, dass es für einen guten Zweck ist.“ Denn die erwirtschafteten Gewinne würden der mit 92 Prozent beteiligten Robert Bosch-Stiftung zu Gute kommen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Von da aus schien es auch den Zuhörern ganz natürlich, dass Pareja auch beim Thema Management in einem globalen Unternehmen ganz den Menschen und seine Motivation in den Mittelpunkt stellte.

Das Unternehmensmotto „Technik fürs Leben“ lässt sich so nicht nur mit Blick auf die Kunden, sondern auch auf die Mitarbeiter verstehen. So zeigte er anhand einiger Beispiele, wie ein global aufgestelltes Unternehmen auf Megatrends wie unter anderem Demographie, Mobilität oder Vernetzung reagieren muss: nämlich mit Agilität und der Fähigkeit, sich durch eigene Veränderung der Umwelt anzupassen. Damit würde freilich auch Veränderungen in der Unternehmensführung einhergehen – weg von steilen hin zu flachen Hierarchien, weg von autoritativer



hin zu kooperativer Führung und weg von einer Kultur der Risikovermeidung hin zu „entrepreneurial spirit“. Diese Herausforderungen mache Führung heute zu einer besonders anspruchsvollen Aufgabe.

Als erfahrener Manager, dessen Karriere ihn bereits unter anderem nach Spanien, Portugal, Frankreich und Deutschland führte, weiß Pareja, dass es hier um mehr als modische Schlagworte geht. So sei Veränderung zwar notwendig, aber es müsse hinsichtlich der Instrumente immer sorgfältig abgewogen werden, was für das ganze Unternehmen am sinnvollsten sei: „Auf

den Mix kommt es an!“ Der Geschäftsführer betonte daher, dass es bei allen Mitarbeitern, vor allem aber bei solchen in Führungspositionen neben einer gründlichen fachlichen Ausbildung immer auch auf Empathiefähigkeit und lebenslange Lernbereitschaft – auf „attitude“ ankomme. Darauf lege Bosch besonderen Wert. Er selbst sei schließlich nicht zuletzt auch daher so lange beim Unternehmen, da er stets die Möglichkeit zur Entfaltung gehabt habe.

*Jörg Dötsch*

*Der Artikel erschien auch in der Buda-  
pester Zeitung (41/2016, S. 29)*

## *„Eine moderne Führungskraft muss sich auf Wandel einlassen können“*

Mit einem Vortrag zu den aktuellen Herausforderungen an Führungskräfte begeisterte Dr. Marie-Theres Thiell, Vorstandsvorsitzende & CEO innogy Hungária Kft., am 11. Oktober Studierende der AUB. Auch in den vergangenen zwei Jahren hatte sie sich bereits im Rahmen der Reihe „Internationales Management“ engagiert und Managementpraxis aus erster Hand vermittelt.

Die Suche nach neuen Themen fällt Dr. Marie-Theres Thiell dabei keineswegs schwer, im Gegenteil. Aus ihrem Berufsalltag kennt sie mehr als ein Beispiel dafür, dass gerade der

Wandel eine der wenigen Konstanten darstellt. Kein Monat, in dem es nicht neue Herausforderungen zu bewältigen gäbe. Und man kann ihr die Begeisterung anmerken, wenn sie über die Suche nach neuen Lösungen, Innovationen und ganz konkrete Fragen der Mitarbeiterführung berichtet: „Ich habe einfach Spaß bei meiner Arbeit!“ Diese Begeisterung übertrug sich auch auf die Zuhörerschaft, die einen Blick hinter die Kulissen der Energiewirtschaft werfen durfte. Dabei wurde recht schnell klar, dass es um mehr als bloße Energieversorgung geht.

Innogy genieße als Marke Elmű oder Émász in Ungarn zwar einen 100-prozentigen Bekanntheitsgrad. Dies wohl vor allem deswegen, weil die Post jeden Monat die Rechnung für über zwei Millionen Kunden ins Haus trage. Dr. Thiell zeigte in ihrem Vortrag, dass sich hinter dem Label auf der Rechnung ein hoch komplexes Unternehmen verberge, welches sich bewusst dem Wandel stelle und mit innovativen Lösungen zur Veränderung bereit sei. Anders als von vielen vielleicht wahrgenommen sei Energiewirtschaft tatsächlich „alles andere als langweilig“.



„Mit innovativen und integrierten Lösungen die Lebensqualität und Arbeit in Megacitys verbessern.“  
– Dr. Marie-Theres Thiel,  
Vorstandsvorsitzende & CEO  
innogy Hungária Kft.

die Nutzung des Potenzials von Digitalisierung und Vernetzung. Mit dieser technik- und innovationsgetriebenen Strategie reagiere innogy auf den Megatrend der Urbanisierung.

So sei es eines der wichtigsten Ziele, „innovative und integrierte Lösungen zu finden, die die Lebensqualität und Arbeit in Megacitys verbessern.“ Der rasche Wandel und Digitalisierung mache Führung in modernen Unternehmen allerdings auch immer komplexer: „Heute verkaufen wir Energie. Was wir in fünf bis zehn Jahren verkaufen, wissen wir vielleicht nicht so genau.“ Dr. Thiel schien durch diese Einsicht allerdings mehr beflügelt als besorgt. So verwundert es nicht, dass das an den Vortrag anschließende Gespräch mit den Studierenden noch angeregt bis in die späten Abendstunden fortsetzte.

Jörg Dötsch

Der Artikel erschien auch in der Buda-  
pester Zeitung (41/2016, S. 29)

„Ein Unternehmen von morgen sieht völlig anders aus als ein Unternehmen von heute.“ So würden Innovationen und neue Technologien den Kern zukunftsorientierter Strategien bei innogy bilden. An erfolgreichen Beispielen

mangele es dabei nicht. Von der Inspektion von Photovoltaikanlagen durch Drohnen bis zu multifunktionalen Lichtmasten – „innogized lightning“ – als Teil von „Smart City-Konzepten“ drehe sich heute alles um

## Seit dem Malév-Aus permanent im Steigflug

Seit nahezu einem Jahrzehnt ist Jost Lammers CEO & Member of the Board of Directors der Budapester Airport Zrt., also des Betreibers des Budapester Flughafens. Mit einer Bilanz, die sich sehen lassen kann. Erst jüngst CAPA Aviation Award for Excellence – Airport of the Year in 2015, Highly recommended at World Routes Marketing Awards in 2015 und ‘Best Airport in Region’ durch Skytrax in den letzten drei Jahren in Folge.

Dass nachhaltiger Erfolg weder nach Rezept erzielt werden kann, noch allein eine Frage von Glück ist, erläuterte Jost Lammers am 8. November 2016 im Rahmen seines Vortrags zum Thema „Change Management“ vor Studierenden der AUB. Schon der Beginn der Erfolgsgeschichte des Franz Liszt-Flughafens sei ungewöhnlich gewesen – zu seiner Zeit die teuerste Flughafenprivatisierung überhaupt. Und ebenso wie die Luftfahrtbranche weltweit, so habe auch der Budapester Flughafen seitdem einen vielgestaltigen Wandel durchgemacht.



„Wir mussten damals alles gleichzeitig machen.“ – BUD-CEO Jost Lammers erinnert an der AUB an das Malév-Aus vor knapp vier Jahren.

Wie tief manche Ereignisse den Wandel beeinflussen, weiß Jost Lammers am Beispiel des 3. Februar 2012 zu erläutern: Seit 6 Uhr sei keine Maschine der Malév mehr abgehoben. Zwar habe die ungarische Fluggesellschaft bereits in den Jahren zuher mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen gehabt.

Doch sei der plötzliche Wegfall von nahezu 40 Prozent der Flüge ein Ereignis ganz außergewöhnlichen Ausmaßes gewesen. Hier galt es, an mehreren Fronten gleichzeitig dem Interesse einer Vielzahl von Stakeholdern und Kunden zu begegnen, und dies unter extrem hohem Zeitdruck. „Wir muss-

ten damals alles gleichzeitig machen“, erinnert sich Lammers. In dieser Extremsituation habe sich ausgezahlt, dass er ein gut vorbereitetes Team um sich gehabt habe. In den Monaten zuvor habe man eine Vielzahl an alternativen Szenarien durchgespielt, auch den „worst case“. Nicht zuletzt durch diese Vorbereitungsmaßnahmen habe der Betrieb für die Fluggäste innerhalb kürzester Zeit wieder auf ein „normales Niveau“ gebracht werden können.

Sicher aber ging diese Change-Management-Leistung über ein reines Krisenmanagement hinaus. Dies lasse sich deutlich an den Wachstumszahlen ablesen, die andere Flughäfen vor dem

Hintergrund des Wegfalls des National Carriers verbuchen würde. Auf diese Nachhaltigkeit ist Lammers besonders stolz. Der Budapester Flughafen sei nicht allein über die Krise hinweggekommen, sondern zeige ein langfristig nachhaltiges Wachstum. „Die wichtigste Aufgabe ist es jetzt, den Wandel konsequent weiterzuführen“, unterstreicht Lammers.

Über das Fallbeispiel zum Change-Management hinaus zeigte der CEO, dass ein Flughafen ein hoch komplexer Dienstleister ist. Nicht nur hinsichtlich der Fluggesellschaften und der bedienten Destinationen müsse Lammers und sein Team für

eine „stabile Mischung“ sorgen. Es gelte auch, erstklassige Gastronomie, Shopping, Sicherheit und Sauberkeit rund um die Uhr zu gewährleisten. Von daher profitiere der Flughafen heute davon, dass dessen Manager nicht nur aus der Luftfahrtbranche, sondern aus einer Vielzahl von Branchen stammen würden. Der Vortrag wurde von den Studierenden mit großer Begeisterung aufgenommen. Im Anschluss daran gab es noch eine angeregte Diskussion.

Jörg Dötsch

Der Artikel erschien auch in der Budapester Zeitung (46/2016, S. 21)

## Echte Unternehmerpersönlichkeiten gefragt



„Man muss den Mitarbeitern die Arbeit schmackhaft machen.“  
– Lajos Hernádi, Geschäftsführer der OBO Bettermann Hungary Kft.

Dreißigtausend Produkte ist eine Zahl, die sich Lajos Hernádi, Geschäftsführer der OBO Bettermann Hungary Kft., offenbar gerne auf der Zunge zergehen lässt. Wenige Manager haben ein so breit gefächertes Portfolio wie er. Und obwohl ein Unternehmen für elektrotechnische Infrastruktur als Brand wohl nicht

den Bekanntheitsgrad einer FMCG-Marke erreicht, kann man ihm seine Begeisterung für das Unternehmen jederzeit anmerken.

Hernádi ist seit Anfang an bei OBO in Ungarn dabei und weiß daher genau, wovon er spricht. Er unterstreicht, dass sein Arbeitgeber ein Familienunternehmen ist, bei dem

echte Unternehmerpersönlichkeiten eine große Rolle spielen und für ein spezielles Arbeitsklima sorgen. „Ich habe mich bei OBO von Anfang an sehr wohl gefühlt.“ Gerne geht er auf die Details der Produkte und die Kernkompetenzen seines Unternehmens ein. Seine Nähe zum Produkt und die Freude daran, die Verantwortung für die verschiedensten Aufgaben zu übernehmen, waren gute Gründe dafür, dass Hernádi eine steile Karriere im Unternehmen hingelegt hat. „Mein Hobby ist OBO“, sagt er dazu. Im letzten Jahr wurde er sogar in die Konzerngeschäftsführung berufen.

Hernádi legt in seinem Vortrag am 15. November 2016 Wert darauf, dass gutes Management sowohl die Probleme des Alltags „an der Linie“ als auch die großen, globalen Herausforderungen im Auge behalten müsse. Breit wie sein Produktportfolio sind daher auch die Themen angelegt, denen er Zeit widmet: von der Motivation des Reinigungspersonals über Umweltschutz im Betrieb bis hin zu den gegenwärtigen Herausforderungen von demografischem Wandel und Multikulturalismus.

Hier weiß Hernádi klar zu sortieren und erweist sich als zeitkritisch wie optimistisch. Wandel müsse man annehmen wissen: „Multikulturalismus ist schon da und bleibt da.“ Eine der großen Herausforderungen sei es, je-

den Mitarbeiter zu Bestleistungen zu motivieren: man müsse „die Arbeit schmackhaft machen“. Dies würde aber zunehmend schwieriger, da sich die Generationen erheblich voneinander unterscheiden. Eine der wichtigs-

ten Aufgaben sei es daher, den Mitarbeitern ein Vorbild zu bieten. „Dies ist der einzige Weg.“ Für die vielfältigen Herausforderungen in einer Management-Position gebe es daher auch kein Rezept, sondern nur eine wichtige

Einsicht: „Alle Probleme müssen immer individuell gelöst werden.“

Jörg Dötsch

Der Artikel erschien auch in der *Buda-  
pester Zeitung* (47/2016, S. 23)

## „Keine Angst vor Veränderungen!“

Dale A. Martin stellte am 29. November 2016 sein Unternehmen in den Mittelpunkt seines Beitrags in der Reihe „Internationales Management“ an der AUB und eröffnete mit einem Video über ein Elektroflugzeug – made by Siemens. Das Flugzeug habe Siemens gemeinsam mit dem ungarischen Kleinunternehmen Magnus Aircraft in Kecskemét entwickelt. „Das Projekt ist ein aktuelles Beispiel für zwei wichtige Grundpfeiler der Unternehmenskultur bei Siemens: Unternehmergeist und Aufbruchsstimmung“, so Martin.

Siemens blicke auch in Ungarn auf eine langjährige Geschichte zurück. Schon der Bau der ersten Straßenbahn im Jahre 1887 und der ersten Metro in Budapest sei untrennbar mit dem Namen Siemens verbunden. Heute beschäftige Siemens in Ungarn über 2.500 Mitarbeiter an sechs Standorten.

Nach einer kurzen Darstellung des Unternehmens und seiner 170-jährigen Geschichte ging Martin darauf ein, wie Siemens auf die wichtigsten zukunftsweisenden Trends der Gegenwart wie demographischer Wandel, Klimawandel, Digitalisierung und Urbanisierung reagiere. Dabei stellt er heraus, dass der Unternehmergeist und die Innovationsfähigkeit von zentraler Bedeutung für den Erfolg eines Unternehmens seien und es immer auch des Mutes für Investitionen in Innovationen bedürfe. „Wer weniger hineingibt, bekommt auch weniger heraus“, so der CEO zusammenfassend. Forschung und Entwicklung seien schon immer besondere Anliegen von Siemens. Mit dem Programm „next47“ – eine Anspielung auf das Siemens-Gründungsjahr 1847 – gewährleistet Siemens den Hintergrund für Aktivitäten auf verschiedenen Innovationsfeldern.

Der CEO ging schließlich besonders auf den Trend der Digitalisierung und die enormen Möglichkeiten bei der Planung und Verwirklichung ganzer Produktionsstätten ein. Was die Unternehmensführung betrifft, dürfe

mer auch die Gefahr, „dass die Leute zu fokussiert arbeiten“ und dabei den Blick für das große Ganze verlören. Deshalb formuliert es als seinen persönlichen Anspruch, eben dieses große Ganze immer im Auge zu behalten.



man sich aber nicht völlig auf Bits und Bytes verlassen. Es komme darauf an, den Kunden wirklich zu verstehen: „Man braucht Kundennähe und Gefühl“. Dies bedeute auch, dass man den Mut haben solle, sich auf Schwierigkeiten einzulassen und Persönlichkeit einzubringen: „Kundennähe gewinne ich, wenn ich aus einer schwierigen Situation eine gute mache“. Dieses Erfordernis stelle gerade große Unternehmen vor enorme Herausforderungen, denn bei zunehmender Spezialisierung bestehe im-

Für die Zuhörer versuchte er, aus dem eigenen Erlebten auch immer etwas Greifbares mitzugeben. Eine der wichtigsten Botschaften seines Vortrags vor dem jungen Publikum lautete: „Sie sollten keine Angst vor Veränderungen haben“. Dass sich dies auszahlt, gelang Martin auch anhand seines eigenen Lebenslaufes zu demonstrieren.

Jörg Dötsch

Der Artikel erschien auch in der *Buda-  
pester Zeitung* (49-51/2016, S. 13)

# Portraits

## Interview mit Dr. Andra Octavia Drăghiciu

Dr. Andra Octavia Drăghiciu ist seit dem 1. Oktober 2016 Assistentin im Institut für Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, sowie Oberassistentin am Lehrstuhl für Mitteleuropäische Geschichte an der AUB.



- ***Andra, Du warst zwischen 2011 und 2014 Mitglied des Doktoratskollegs für Mitteleuropäische Geschichte bei uns an der AUB. Wie bist Du damals auf die Universität aufmerksam geworden und was hat Dich damals dazu gebracht, ein Doktoratsstudium an der AUB anzufangen?***

An der Universität Wien habe ich als Diplomstudentin im Fachbereich Geschichte einen Kurs von Dr. Georg Kastner besucht. Ich fand den Kurs sehr interessant, wir sind ins Gespräch gekommen und er hat mich auf dieses Programm aufmerksam gemacht. Dr. Kastner hat mich gefragt, ob ich es mir vorstellen könnte, meine Studien in Budapest fortzusetzen und im Doktoratskolleg meine Dissertation zu schreiben. Ich war natürlich sehr begeistert von dieser Möglichkeit, da ich bereits begonnen hatte, am Institut für Finno-Ugristik in Wien Ungarisch zu lernen. Ich habe gleich die Entscheidung getroffen, mich um das Stipendium des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu bewerben. Nachdem ich ins Programm aufgenommen wurde, begann ich an meinem Dissertationsprojekt an der AUB zu arbeiten.

- ***Die zweite Frage ergibt sich aus der ersten: Was sind denn Deine Forschungsschwerpunkte und Forschungsinteressen? In welche Richtung möchtest Du Deine bisherigen Forschungen weiterführen?***

In meiner Dissertation ging es um Jugendkulturen in Rumänien zur Zeit des Sozialismus. Grundsätzlich interessiere ich mich für die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Mittel- und Südosteuropa. Ich denke, dass Sub-, Protest- und Jugendkulturen, vor allem in autoritä-

ren und totalitären Regimen, ein sehr spannendes Forschungsfeld darstellen. Ich möchte an diesem Thema weiterarbeiten, vor allem mit Hinblick auf die kulturellen Beziehungen der Länder des ehemaligen Ostblocks mit dem Westen, aber ich denke hier nicht nur an die offiziellen Kontaktaufnahmen, sondern auch an die inoffiziellen. Mich interessieren die Fragen, wie der Kulturtransfer zwischen den betroffenen Ländern funktionierte und wie die Menschen es heute empfinden. Erinnerungskultur und Oral History sind weitere Themen, die mich beschäftigen. Darüber hinaus möchte ich intensiver zu internationalen Radiosendern und ihrer Funktion bzw. Rezeption forschen. Ich könnte mir zum Beispiel gut vorstellen, an einem Projekt zu „Radio Free Europe“ zu arbeiten, da dieser Radiosender einen großen Einfluss auf die Gesellschaften hinter dem Eisernen Vorgang ausübte. Meine Forschungsinteressen liegen also weiterhin auf Jugend-, Protest-, und Subkulturen, auf die Rolle der Studierendenschaft und auf Mikro- und Alltagsgeschichte in den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts in unserer Region.

- ***Du hast bereits längere Zeit in Budapest und an der AUB verbracht. Ich bin neugierig, was Deine Meinung über die Stadt und über unsere Universität ist.***

Ich mag die Universität sehr, weil sie ziemlich klein und überschaubar ist. Es ist keine Massenuni, wo man anonym vorbeigeht und niemanden wirklich ken-

nenlernen oder ansprechen kann. Die Uni ist optisch auch sehr schön, sie hat ein schönes Ambiente und das mag ich sehr. Die Stadt Budapest hat mir immer ganz gut gefallen. Auch vor der Mitgliedschaft im Kolleg war ich öfters als Tourist in der Stadt unterwegs und dann habe ich hier zweieinhalb Jahre lang gewohnt. Ich denke, dass Budapest eine schöne Stadt ist, sie ist vor allem wegen des regen Abend- und Studentenlebens ideal für Studierende. Hier treffen mehrere Kulturen aufeinander, man ist irgendwie zwischen Ost und West, also ich kann fast nur positives über Budapest sagen, was das Kulturelle betrifft. Es gibt zwar auch negative Sachen, die Infrastruktur ist zum Beispiel nicht so gut ausgebaut wie in Österreich oder Deutschland, aber meine Erfahrung ist überwiegend positiv.

- ***Im nächsten Wintersemester wirst Du an der AUB auch in die Lehre eingebunden. Was sind Deine Vorstellungen darüber?***

Ich freue mich schon sehr auf die Lehre vor allem weil hier – das ist zumindest meine Erfahrung – immer Studierende aus unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Milieus in den Seminaren und Vorlesungen aufeinandertreffen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Ostblocks, zur Alltagsgeschichte oder zur (Trans)Kulturalität zu halten und diese Universität bietet dafür einen sehr guten Rahmen. Ich bin gespannt, welche neuen Inputs die Studierenden einbringen werden.

Orsolya Lénárt

# Interview mit Prof. Dr. Manfred Röber



**Prof. Dr. Manfred Röber ist seit dem 1. Februar 2016 als Herder-Professor für Betriebswirtschaftslehre im Wissenschaftsbereich Wirtschaftswissenschaften tätig.**

- **Herr Professor Röber, wie sind Sie auf die AUB aufmerksam geworden sind und wie kam es dazu, dass Sie seit dem Sommersemester 2016 bei uns tätig sind?**

Das ist eigentlich eine ganz spannende Geschichte. Davor war es mir auch bekannt, dass es die AUB gibt, ich hatte aber keinen Kontakt zu ihr. Der Kontakt ist dann so zustande gekommen, dass ich als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates an der Europäischen Akademie in Bozen mit dem Kollegen Kurt Promberger gesprochen habe. Er hat mir erzählt, dass einer seiner Mitarbeiter, Felix Piazzolo, an der AUB tätig ist und er gerade dabei ist, ein neues Studienprogramm, Management und Leadership, zu entwickeln. Ich wurde informiert, dass die KollegInnen an der AUB auf der Suche nach Betriebswirten wären, die ins MML-Profil passen, um die Akkreditierungsvoraussetzungen erfüllen zu können. Dann wurde ich von Professor Promberger gefragt, ob ich mich für diese Möglichkeit interessieren würde und er hat nachher den Kontakt zum Kollegen Piazzolo und zur Universität hergestellt. Zuerst habe ich die Universität im November 2015

besucht und dann konnte ich auch die potenziellen KollegInnen kennen lernen. Da es sowohl fachlich, als auch persönlich sehr gut passte, machte mir die Universität das Angebot, bereits mit dem 1. Februar 2016 mit der Arbeit anzufangen. Im Weiteren ging es um eine Herder-Professur des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, die ich seit dem 1. September inne habe.

- **Was sind Ihr Forschungsprofil und Ihre Forschungsinteressen? Erzählen Sie bitte über ihren akademischen Werdegang!**

Meinen Werdegang würde ich ganz gerne damit beschreiben, dass ich ein Grenzgänger bin. Ich habe sowohl Soziologie, als auch Betriebswirtschaftslehre studiert. Forschungsmäßig habe ich mich mit betriebs- und organisationswissenschaftlichen Fragen im privatwirtschaftlichen Bereich sowie im öffentlichen Sektor auseinandergesetzt und ich war auf dem Grenzgebiet von Theorie und Praxis unterwegs. Ich habe auch einige Jahre in einem Landesfinanzministerium in Deutschland gearbeitet und sofern ist mein wissenschaftlicher Ansatz sehr stark inter- oder multidisziplinär zwischen Ökonomie und Sozialwissenschaften ausgerichtet. Meine Forschungsschwerpunkte lagen in den letzten Jahrzehnten in der Analyse von Verwaltungs- und Staatsmodernisierung

aus der Perspektive der Organisationswissenschaften und Human Resources. Personal- und Organisationsmanagement mit einem starken Bezug zum öffentlichen Sektor sind also meine funktionalen Schwerpunkte, aber parallel dazu hatte ich auch immer den privatwirtschaftlichen Bereich im Blick. Kennzeichnend für mein Forschungsprofil ist es auch, dass ich viel international gearbeitet habe. Seit mehr als 35 Jahren bin ich auch auf internationalem Gebiet bei deutschen Entwicklungsorganisationen und in Projekten zur Staats- und Verwaltungsmodernisierung in afrikanischen, südostasiatischen und ostmitteleuropäischen Ländern tätig. Diese internationale Perspektive ist auch für meine aktuellen Projekte von großer Bedeutung

- **Sie sind also seit fast einem Jahr an der AUB tätig. Was sind Ihre Impressionen und Erfahrungen über Budapest und über die Universität?**

Ich fühle mich hier sehr wohl, Budapest ist ja eine fantastische Stadt. In Deutschland lebe ich in Berlin und Leipzig, die zwei sehr spannenden Städte sind, aber Budapest steht ihnen überhaupt nicht nach. Leider hatte ich bislang zu wenig Zeit, die Stadt systematisch zu erkunden. Ich habe erst jetzt angefangen, mich ins Kulturleben der Stadt zu stürzen, und was ich bislang gesehen und gehört habe, hat mir sehr gut gefallen. Die AUB halte ich ebenso für wunderbar. Was mich wirklich sehr beeindruckt hat, hängt vielleicht mit der Größe der Universität zusammen. Sie ist relativ klein und überschaubar. Ich wurde von den KollegInnen sowie von den MitarbeiterInnen der Verwaltung sehr herzlich aufgenommen und ich habe jede Hilfe, um die ich gebeten habe, bekommen. Das war sehr konstruktiv. Ich halte vor meinem internationalen Hintergrund auch die Mischung der Studierenden aus deutschsprachigen Ländern, aus Ungarn aber auch aus anderen Ländern für faszinierend.

*Orsolya Lénárt*

# Semesterrückblick

**STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI**

## Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2016/2017 und Diplomübergabe

*Impressionen zur Eröffnung des 15. Studienjahres  
und Diplomübergabe am 9. September 2016*



# Andrássy-Ball 2016

Die Studierendenschaft der AUB blieb der Tradition auch im Wintersemester 2016/17 treu: Sie feierte die Eröffnung des neuen Studienjahres und ihre neu erworbenen Abschlüsse in den Festsälen der Universität am 9. September 2016 mit dem Andrássy-Ball.



# Minderheiten in Europa

*Studentisch organisierte Konferenz und Essaywettbewerb  
für SchülerInnen am 29. September 2016*



Hartmut Koschyk (links), Hans-Peter Behr und Ulrich Schlie (rechts) mit den Preisträgerinnen des Essaywettbewerbs Diana Dehelean (1. Preis, rechts) und Isabel Mangold (2. Preis, links).

Am Ende des Tages, an dem bereits viel über Sprache und Worte diskutiert wurde, zieht Schriftsteller Martin Mosebach alle Anwesenden in den Bann. „Unsere Muttersprache verleiht der Seele ihre Form, mehr noch als der Körper“, sagt er. „Sie ist ein Chor, der über die Jahrtausende reicht.“ Der Georg-Büchner-Preisträger geht in seinem Vortrag der Frage „Was heißt Deutsch sein heute?“ nach. Es ist der letzte Programmpunkt der Internationalen Konferenz „Minderheiten in Europa“, die am 29. September 2016 an der AUB stattgefunden hat. Einen ganzen Tag lang diskutierten Studierende mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Politik über Minderheitenschutz, die derzeitige politische Stimmung in Europa und die Situation der deutschen Sprache und Kultur im Ausland.

Am Anfang stand ein Gespräch zwischen dem Schirmherrn der Konferenz, Dr. Ulrich Schlie (Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der AUB, und dem Ministerpräsidenten a. D. Bernhard Vogel. Sie gingen den Anfängen des europäischen Gedankens sowie Vogels politischem Engagements nach, der in Deutschland unter anderem als Ministerpräsident zweier Bundesländer, Rheinland-Pfalz und Thüringen, bekannt ist. „Ich hoffe, damit bleibe ich ein Unikat“, so Vogel. „Schließlich war ich nur aufgrund der

Wiedervereinigung in dieser Situation. Das erleben wir hoffentlich nicht noch einmal.“ Es reiche nicht, so Vogel über die derzeitige politische Lage in Europa, sich nur auf gemeinsame Wurzeln zu berufen: „Ich muss Sie enttäuschen: Sie stehen nicht zum ersten Mal vor den größten Herausforderungen der Menschheit.“ Die Länder sollten sich auf gegenwärtige Probleme konzentrieren und gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Auf letzteres legte auch Hartmut Koschyk, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, einen Fokus. Koschyk bezog sich in seinem Vortrag vor allem auf eine Rede von Johannes Paul II. Es reiche nicht, so zitiert er den Papst, wenn sich Minderheiten in Gesellschaften integrieren. „Auch die Mehrheitsgesellschaft muss erzogen werden.“ Dabei sei das Wort Toleranz, das in diesem Zusammenhang oft genannt wird, nicht genug. „Toleranz bedeutet, ich erdulde etwas“, so Koschyk. „Was wir suchen, ist Akzeptanz.“

Am Nachmittag diskutierten je zwei Studierende der AUB in drei Panels zu Minderheiten in Österreich, Ungarn und Rumänien. Beim Bericht Otto Heineks, Vorsitzender der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, wurde klar, wie privilegiert einerseits die Minderheit von 130.000-180.000 Menschen hinsichtlich ihrer Rechte in Ungarn sei, wie schwierig

jedoch andererseits die Frage der eigenen Identität sei. „Es bekennen sich immer mehr junge Menschen zu ihrer ungarndeutschen Identität“, so Heineke. Jedoch beklage die Gemeinschaft eine starke Abwanderung nach Österreich, vor allem wegen der besseren Berufsaussichten.

Dr. Ferdinand Trautmannsdorf, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I an der AUB, sprach anschließend über die Kehrseite der Medaille: die Situation in Österreich. „Wir haben sechs autochthone Gruppen“, erklärte er. Während früher vor allem die Minderheit der Roma negativ beurteilt worden sei, habe sich dieses Bild seit Anschlägen in den 90er Jahren geändert. „Heute gibt es unsere, die österreichischen Roma und die anderen, beispielsweise kroatischen Roma“, sagt Trautmannsdorf. Interessant zu beobachten sei der Umstand, dass in Ländern, die negativ gegen Roma eingestellt seien, auch eine hohe Abneigung gegen Flüchtlinge herrsche.

Im letzten Panel sprach Benjamin Józsa, Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR), über seine eigenen Erfahrungen. „Minderheiten müssen sich immer erklären“, stellte er fest. So würde er des Öfteren von Touristen gefragt, wie er denn deutsch sein könne, wo er doch keinen deutschen Pass habe. „In Deutschland werden Rumäniendeutsche als Vertreter eines alten, vergangenen Deutschland angesehen“, so Koschyk. „Dabei sind wir die besten Botschafter vor Ort.“ Gegen die sinkende Zahl Rumäniendeutscher entwickle das DFDR Revitalisierungsprojekte in Deutschland. „Wir richten uns an die Enkelgeneration“, sagt Koschyk. „Die selbst Ausgewanderten sind mittlerweile zu alt und ihre Kinder stehen mitten im Leben. Das gibt man nicht so einfach auf.“

Der Abend richtete seinen Fokus schließlich mehr auf die deutsche Sprache selbst, festlich eingerahmt durch Goethes „Heidenröslein“ und anderen deutsche Stücke, gesungen von der Sopranistin Andrea Csereklyei. „Wird Deutsch auch in 50 Jahren noch Welt-sprache sein?“, lautete die Fragestel-

lung des Essaywettbewerbs, der für deutschsprachige Schüler in Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Serbien ausgeschrieben worden war. Siegerin Diana Dehelean, vom Nikolaus-Lenau Lyzeum in Timisoara (Rumänien) und las vor der Preisverleihung ihren Text vor. „Die deutsche Sprache ist nach meiner Mutter meine älteste Freundin, die mir immer nah gewesen ist und die mir Hoffnung und Kraft geschenkt hat“. Es sei „bemerkenswert, wie der deutsche

Staat seine Sprache und Kultur bis ans Ende der Welt fördert und unterstützt.“ Am Ende der Konferenz wurde klar, dass Sprache, Heimat und Integration miteinander verwoben seien. Der Schutz von Minderheiten gehe mit dem Schutz ihrer Sprache und Kultur einher. Es sei wichtig, dass sich Studierende und junge Menschen allgemein mit diesen Fragen auch in einem wissenschaftlichen Rahmen auseinandersetzen und die Bedeutung dieser Themen für ihr

eigenes Leben begreifen würden. Martin Mosebach formuliert es am Ende seines Vortrags anders. „Meine Heimat ist nicht Deutschland“, sagt er. „Sondern die deutsche Sprache.“

Laura Worsch



Auswärtiges Amt

## Brüssel-Exkursion 2016

*Traditionelle Wintersemester-Studienfahrt der AUB-Studierenden vom 17.-21. Oktober 2016 im Rahmen der Lehrveranstaltung „Das politische System der EU“ von Prof. Dr. Hendrik Hansen*

Die erste Institution, die unsere Gruppe während unseres viertägigen Aufenthaltes in Brüssel besuchte, war der Rat der EU. Dort hatten wir die Möglichkeit, mehr über die gegenwärtigen Herausforderungen der EU zu erfahren – unter anderen sprachen wir mit MitarbeiterInnen des Rates über CETA, den Brexit und die Migrationskrise. Auch in der Europäischen Kommission ging es um die Zukunft der europäischen Integration sowie die verschiedenen Möglichkeiten des Brexits („soft“ oder „hard“ Brexit). Weiterhin berichtete uns Dr. Béla Béres über die Hauptaufgaben des juristischen Dienstes der Kommission: die Kommission und ihre Dienststellen rechtlich zu beraten und sie vor Gericht zu vertreten.

Der zweite Exkursionstag begann mit einem Besuch des Danube Strategy Points (DSP), dessen Aufgabe darin besteht, die Zusammenarbeit seiner Mitgliedstaaten in 12 Prioritätsbereichen (u. a. Wettbewerbsfähigkeit, Wasserqualität, Nachhaltigkeit, Biodiversität, usw.) zu fördern. Im Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages beantworteten Zsófia Udvarhelyi und Jürgen Kretz von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsere Fragen bezüglich der Aufgaben und Herausforderungen der Vertretung eines nationalen Parlaments in Brüssel, die, so Kretz, primär als „Horchposten“ für den Bundestag fungiere. Im Europäischen Parlament sprach Birgit Sippel (MdEP, SPD) über ihre Arbeit und den Alltag als

Abgeordnete sowie die von ihr schwerpunktmäßig bearbeiteten Themen wie z. B. die Flüchtlingsfrage. Pál Csáky (MdEP, SMK-MKP) äußerte sich über die Lage der Slowakei und die ungarische Minderheit in der Slowakei und seine diesbezügliche Arbeit im EP. Im Anschluss an das Gespräch mit den Abgeordneten berichteten drei MitarbeiterInnen der Verwaltung des EP aus ihrem Arbeitsalltag: AUB-Alumnus Michael Schonger (Rechts- und Sprachverständiger, ECON Gruppe, DE Sektion), Dr. Tim Peters (Verwaltungsrat, Generalsekretariat, Sekretariat des Präsidiums der Quästoren) sowie Kinga Wynands-Szentmáry (Lawyer-linguist, INTA Team, Hungarian Section, Directorate for Legal Acts).

Am dritten Tag in Brüssel besuchten wir am Vormittag das NATO-Hauptquartier, wo uns Péter Sztáray, ungarischer NATO-Botschafter, sowie Ulrich Sante, stellvertretender deutscher NATO-Botschafter, für Gespräche zur Verfügung standen. Weiterhin berichteten Zsolt Rábai (Kommunikationsabteilung) und Richard Perks aus dem Bereich der strategischen Planung über ihre Arbeit. Nachmittags gab uns Philipp Holzheid in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU einen Einblick in seine Arbeit. Im Anschluss daran gab es in der Bayerischen Vertretung eine Abendveranstaltung mit einem Impulsvortrag des ungarischen Kommissars bei der Europäischen Kommission, Tibor Navracsics, der über die Zukunft der EU und die Rolle

der Bildungspolitik für diese Zukunft sprach. Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prorektor der AUB, beleuchtete im Folgenden die wichtigsten Einflüsse auf die ungarische Politik und wie ungarische Politik aus einer nicht-ungarischen Perspektive verstanden und beurteilt werden kann. Nach diesen beiden Vorträgen ging das Programm mit einer Podiumsdiskussion weiter, in der Meret Baumann (Korrespondentin der Neuen Zürcher Zeitung), Csaba Sógor (MdEP) und Gergely Pröhle (stellvertretender Staatssekretär im ungarischen Ministerium für Humanressourcen) unter der Moderation von Hendrik Hansen die Zukunft der EU diskutierten.

Am letzten Tag der Exkursion teilte sich die Gruppe für den ersten Termin auf: ein Teil der Gruppe besuchte das Brüsseler Büro der Bertelsmann Stiftung, die als Think Tank zum Ziel hat, Lösungsvorschläge für politische Probleme aller Lebensbereiche zu erarbeiten und das bürgerliche Engagement für den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Der zweite Teil der Studierenden besuchte die internationale Anwaltskanzlei Redeker Sellner Dahs, deren Brüsseler Dependance sich zumeist mit Fällen der Europäischen Kommission und größerer Firmen beschäftigt. Die ehemalige Mitarbeiterin der AUB Dr. Caroline Hemler referierte zusammen mit ihrer Kollegin Oriana Corzilius über das europäische Kartellrecht und die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes.



Nach diesen beiden Terminen traf sich die Gruppe zum gemeinsamen Besuch der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in der Clemens Mayr-Harting (Zweiter Botschaftssekretär) die (österreichische) Interessenvertretung im Rat der EU vorstellte. Die letzte Station der Exkursion war das

International Centre for Migration Policy Development, wo uns Ralph Genetzke (Head of Mission) für ein Gespräch zur Verfügung stand. Das ICMPD, das 1993 gegründet wurde hat unter anderem zum Ziel, die Innovation und Ausarbeitung neuer politischer Leitlinien im Bereich der Migrationspolitik zu fördern.

Ermöglicht wurde die Exkursion durch die großzügige Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

*Árpád Lapu*

**DAAD** Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service

## Regionalexkursion 2016

Die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderte Regionalexkursion vom 19. bis 21. Oktober 2016 nach Wien und Spielfeld war dem Thema Asyl, Grenzmanagement und Integration in Österreich gewidmet.

Die Exkursion begann am 19. Oktober 2016 mit einem Besuch beim Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Wien, wo wir einem Einblick in die humanitäre und zivile Seite der Integrationsarbeit in Österreich erhielten. Der ÖIF arbeitet eng mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres zusammen und hat einen umfassenden Zuständigkeitsbereich, der von der Erstellung und Ausgabe von Informationsmaterialien über verschiedene Sprach- und Integrationskurse bis hin zur Mithilfe im Integrationsprozess reicht.

Am nächsten Tag setzten wir unser Programm im Bundesministerium für Inneres fort. Zunächst standen im Vortrag von Dr. Wilhelm Sandrisser vor allem Fragen der internationalen und re-

gionalen Zusammenarbeit Österreichs im Bereich der inneren Sicherheit – insbesondere sicherheitspolitische Aspekte aktueller Migrations- sowie Integrationsprozesse – im Vordergrund



Ferdinand Trauttmansdorff mit Elisabeth Tichy-Fisslberger und mit der Gruppe im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

sowie nicht zuletzt die Kooperation mit europäischen Staaten im sicherheitspolitischen Bereich. Danach gab Mag. Gerald Dreveny einen Überblick über die Grundlagen des Asylrechts und dessen Anwendung in Österreich.

Anschließend besuchten wir das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA). Botschafterin Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger, Leiterin der Rechts- und Konsularsektion, behandelte in ihrem Vortrag die Herausforderungen, die Flucht und Migration für Europa und Österreich darstellen, und zeigte Lösungsmöglichkeiten durch nationale und europaweite Strategien auf. Neben dem Vortrag von Botschafterin Tichy-Fisslberger wussten die ExkursionsteilnehmerInnen in besonderer Weise zu schätzen, dass der Leiter der Integrationssektion im Außenministerium und damit der höchste Beamte, der für die Integration anerkannter Flüchtlinge und sich legal aufhaltender MigrantInnen in Österreich zuständig ist, Sektionschef Dr. Stefan Steiner, sich ebenfalls Zeit genommen hat, eine Übersicht über die Bemühungen der

österreichischen Behörden und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Integrationsbereich zu geben. Darüber hinaus berichtete Natalie Herold, Referatsleiterin der Abteilung VIII.2 – Integrationskoordination, über die Bereiche Wissensmanagement und Integrationsmonitoring.

Am Nachmittag fanden wir uns dann im Café „The Connection“ ein, in dem uns die Gründerin und Geschäftsführerin Valerie Mühlenburg das Konzept ihrer NGO zur Integration von Flüchtlingen erklärte. Das Konzept basiert auf drei Säulen: Zum einen auf dem von uns besuchten Café, in dem ausschließlich junge MigrantInnen auf freiwilliger Basis angestellt werden; zum anderen auf einer Lernfabrik, in der Deutsch-, Bewerbungs- und weitere Kurse angeboten werden. Die dritte Säule bildet ein MentorInnen-Programm, in dem MigrantInnen eine persönliche BetreuerIn zur Seite gestellt bekommen.

Am 21. Oktober haben wir uns dann auf den Weg nach Spielfeld gemacht, um das Grenzmanagementsystem (GMS)

an der österreichisch-slowenischen Grenze zu besichtigen. Als Ungarn die Balkanroute im Oktober 2015 mit dem Grenzzaun geschlossen hatte, war Slowenien in den Vordergrund der Flüchtlingskrise gerückt. Von der Balkanroute reisten die Flüchtlinge nun durch Slowenien nach Österreich, teilweise waren es 7.000 Menschen pro Tag. Der Pressesprecher der steiermärkischen Landespolizeidirektion, Kontrollinspektor Fritz Grundnig, führte uns durch die Grenzanlage. Von ihm erhielten wir detaillierte und spannende Informationen über den Aufbau und die Funktionsweise des Grenzmanagementsystems aus erster Hand. Er berichtete eindrucksvoll über die Bemühungen, einen humanen Empfang der Flüchtlinge zu organisieren und stellte die sehr effektive Arbeit der österreichischen Polizeibeamten und die sehr gute Kooperation mit den slowenischen Kollegen heraus.

**DAAD** Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service

## AUB-Studierende beim University Sports Festival Budapest



18 Studierende der AUB maßen sich am 27. November 2016 im Volleyball und im Bubble-Fußball mit Teams von Hochschulen aus Budapest.

Die AUB-Teams gewannen dabei eine Bronze-Medaille im Bubble-Fußball und belegten im Volleyball den 5. Platz. In der Gesamtwertung aller Universitäten belegten die AUB-Studierenden den 6. Platz.

Mehr als 200 ausländische Studierende von 14 Hochschulen nahmen am ersten University Sports Festival in der ELTE-Sporthalle teil. Organisiert wurde das Festival von der ELTE (Eötvös Loránd Universität), dem Erasmus Student Network ELTE und dem BEAC (Budapest University Athletics Club).

## Soft Skills – Mehr Sicherheit durch Rhetorik und Auftreten

Das Young Citizens Danube Network (YCDN) organisierte mit Unterstützung des Studiengangs „Internationale Beziehungen – Europäische Studien“ den Workshop „Soft Skills: Mehr Sicherheit durch Rhetorik und Auftreten“.

Der ganztägige Workshop am 10. Dezember 2016 wurde von László Kiss von der ungarischen Stiftung für eine Demokratische Jugend geleitet.

Der Workshop richtete sich an Studierende, die sich einerseits bei Vorträgen und Reden besser präsentieren wollten und andererseits die Grundlagen von Rhetorik und Argumentationsaufbau erlernen wollten. Der Workshop begann mit spielerischen Aufgaben zum Aufwärmen, danach konnten sich die Teilnehmenden mit der Kunst der Argumentation vertraut machen und mit dem Aufbau von Argumenten und der Theorie der Debatte.

Die verschiedenen Argumentationstechniken, Strategien und Gegenstrategien wurden gründlich erläutert und die Teilnehmenden wurden auf typischen Argumentationsfehler aufmerksam gemacht. Das erlangte theoretische Wissen wurde sofort in die Praxis umgesetzt und durch zwei Debatten – eine freie, konsensbasierte und eine zeitlich und strukturell ge-



Teilnehmerinnen des Workshops bei der Debattierunde.

bundene Debatte mit frontalen Reden – geprobt.

Die Teilnehmenden konnten nicht nur ihre Debattierfähigkeiten weiterentwickeln, sondern es wurde auch das souveräne und selbstbewusste Auftreten trainiert.

*Krisztina Takács (YCDN)*



## Fokus IB – Blicke hinter die diplomatische Kulisse

Botschaftsbesuche, Gespräche mit DiplomatInnen und ExpertInnen, sowie RepräsentantInnen internationaler Organisationen und NGOs: Das ist das studentische Projekt „Fokus IB“. Anfang des Wintersemesters 2016 haben wir uns zwei Ziele gesetzt: Wir wollten mögliche zukünftige Arbeitsplätze für AUB-AbsolventInnen aus erster Hand kennenlernen sowie mit unseren GastgeberInnen Gespräche über aktuelle europäische Themen führen. In Kooperation mit dem YCDN-Debattierclub haben wir uns dazu auf unsere Besuche vorbereitet.

Nur wenige Monate nach dem Brexit-Referendum empfing uns S.E. Iain Lindsay, Botschafter des Vereinigten Königreichs, in der Britischen Botschaft in Budapest. Im Fokus der Diskussion stand der Brexit sowie Einblicke in die Praxis des Britischen Auswärtigen Dienstes.

Bei einem Besuch im Büro von Amnesty International Budapest diskutierten wir Fragen zur Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und zu zivilen Initiativen, und bei der International Organisation for Migration (IOM) erfuhren wir, wie man gute Zusammenarbeit zwischen

Hilfsbedürftigen, Hilfsorganisationen, Regierungen und lokalen Einwohnern zustande bringen kann.

Im November 2016 war der Fotograf, Tourguide und Nahost-Expert, Zsombor Cseh bei uns zu Gast: Er gab uns Einblick ins Alltagsleben in Afghanistan. Unser letzter Besuch im WS 2016 führte uns zur Albanischen Botschaft Budapest, wo wir mit S.E. Botschafter Arian Spasse über die Zukunft des Westbalkanlandes diskutierten.

*Lilla Mergl*

# AUBuddy-Mentorenprogramm erfolgreich gestartet

Im Wintersemester 2016 startete das Mentorenprogramm für ErstsemestlerInnen und ERASMUS-Studierende an der AUB.

Ein Semester oder sogar das gesamte Master-Studium im Ausland zu verbringen, ist immer mit Herausforderungen verbunden: Man muss sich nicht nur an einer neuen Universität zurechtfinden, sondern auch Sprachbarrieren überwinden, eine neue Wohnung finden und sich zahlreichen administrativen Problemen stellen. Aber auch ErstsemestlerInnen aus Ungarn können Tipps von höheren Semestern an einer neuen Universität gut gebrauchen.

Die Vorbereitungen des Mentorenprogramms begannen am Ende des Sommersemesters 2016. Das Men-

toren-Team wurde ausgewählt und während eines zweitägigen Trainings auf das „Mentor-Sein“ vorbereitet. Das Training beinhaltete einerseits eine fachliche Vorbereitung in den Themenbereichen, in denen ErstsemestlerInnen und ERASMUS-Studierende an der AUB besonders auf Unterstützung angewiesen sind (z. B. bei Fragen zur Studien- und Prüfungsordnung), andererseits eine persönliche Kompetenzentwicklung für die MentorInnen.

Während des Semesters organisierten die MentorInnen verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen, die für alle Studierenden offen waren: So bot sich die Gelegenheit, sich auch untereinander an der Universität besser kennenzulernen. Gleichzeitig

sob das Mentorenprogramm so weitere studentische Aktivitäten an und sorgte bereits im ersten Semester für schöne Erinnerungen an die Zeit in Budapest und an der AUB.

Unter anderem stellten Studierende während einer Länderpräsentation ihre Heimat individuell und unterhaltsam vor und gewährten z. B. persönliche Einblicke in Berlins Nachtleben, präsentierten bei einer Modeshow traditionelle Kleider aus Österreich oder überraschten mit kulinarischen Spezialitäten aus der Slowakei. Bei einem Pub-Quiz konnte man sein Allgemeinwissen zu Ungarn, Budapest und zur AUB testen und in der Weihnachtszeit besuchte man gemeinsam den Weihnachtsmarkt in Szentendre.



Die AUBuddies im Wintersemester 2016/17.

## WISSENSCHAFT UND LEHRE

# „In der Schummelfalle“ – Ombudsleute zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

„Plagiatsvorwurf – Guttenberg in der Schummelfalle“, titelte der „Spiegel Online“ 2011. Dem ehemaligen deutschen Verteidigungsminister wurde unter anderem vorgeworfen, in seiner Dissertation ganze Textbausteine ohne die Angabe der UrheberInnen und Quellen verwendet zu haben. Guttenberg wurde der Doktorgrad aberkannt, das Strafverfahren gegen ihn eingestellt. Die Liste von Prominenten (und auch jene von weniger Prominenten), denen in den vergangenen Jahren der Doktorgrad aufgrund von wissenschaftlichem Fehlverhalten (Plagiaten) aberkannt wurde, wird stetig länger – nicht nur im deutschsprachigen Raum und in Ungarn. Die Plagiatsaffären lösten in der Öffentlichkeit und besonders in den Hochschulen eine rege Diskussion um Grundwerte wissenschaftlicher Arbeit, deren Überprüfung sowie die Ahndung von Fehlverhalten aus. Die meisten Universitäten haben als Ergebnis des Diskussionsprozesses Richtlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis erlassen, welche für alle Angehörigen der Universität bindend gültig sind.

Dieser Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis hat sich auch die AUB verpflichtet. 2014 ernannte der Senat **Michael Anderheiden** (Fachbereich Rechtswissenschaften) und **Ursula Mindler-Steiner** (Fachbereich Geschichtswissenschaften) zu **Ombudsleuten** zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis (Senatsbeschluss 121/2014 vom 11.12.2014). Seitdem üben sie diese Tätigkeit gemäß der „Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ aus (Senatsbeschluss 29/2014).

Dort heißt es unter anderem in §5(1): „Wissenschaftliches Fehlverhalten und Plagiate im Besonderen gelten als schuldhaft und schwerwiegende Pflichtverletzungen ... [und sind] ein Verstoß gegen das Urheberrecht.“ Zur **Wahrung der wissenschaftlichen Integrität der AUB und ihrer**

**Angehörigen** sind daher insbesondere LehrveranstaltungsleiterInnen bzw. PrüferInnen, die ein wissenschaftliches Fehlverhalten vermuten, angehalten, sich so rasch wie möglich schriftlich (und mit den entsprechenden Belegen für ihre Annahme) an einen der Ombudsleute zu wenden, die sich dann vertraulich der Angelegenheit annehmen werden. Bei den bislang an die Ombudsleute herangetragenen Fällen kam es dann zu einer Aussprache mit den Betroffenen.

Die „**Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis**“ (in Folge mit „Ordnung“ abgekürzt) regelt in §5 abgestufte Maßnahmen, die bei einem vermuteten wissenschaftlichen Fehlverhalten zu ergreifen sind. Die Ordnung sieht dazu folgendes *Procedere* vor:

Die Ombudsleute sind „**Ansprechpartner für alle Angehörigen der Universität und beraten als Vertrauenspersonen** diejenigen, die sie über ein vermutetes Fehlverhalten in der Wissenschaft schriftlich und mit entsprechenden Hinweisen informieren. [...] Sie können **ohne Berücksichtigung des Dienstweges kontaktiert** werden.“ („Ordnung“ §5(2)).

Wenn den Ombudsleuten ein vermutetes Fehlverhalten gemeldet wird, prüfen sie erst einmal die Plausibilität der Vorwürfe. Bezieht sich die Meldung auf das Fehlverhalten von Studierenden im Rahmen einer Prüfungsleistung, so prüfen die Ombudsleute auch, ob es sich um einen Erstverstoß der/des Studierenden handelt. Ist dies der Fall, so kommt es zu einer Aussprache zwischen dem/der Studierenden, der prüfenden Person und den Ombudsleuten.

Sollte es sich jedoch um keinen Erstverstoß, sondern ein wiederholtes Fehlverhalten handeln, so wenden sich die Ombudsleute an die **Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis**, welche sich aus dem Prorektor und drei Universitätsprofessoren zusammensetzt („Ordnung“ §5(5)). Diese führt eine

Überprüfung durch und ergreift gegebenenfalls gemäß der Disziplinarordnung der Universität disziplinarische Maßnahmen.

**Plagieren ist kein Kavaliersdelikt.** Intellektuelle Redlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für gute wissenschaftliche Arbeit. Dies entsprechend zu vermitteln obliegt unter anderem den Lehrenden an den Universitäten. Kommt es in Seminar- und Abschlussarbeiten bereits zu wissenschaftlichem Fehlverhalten und mangelt es an einem entsprechenden Unrechtsbewusstsein, so kann man davon ausgehen, dass sich dieses Verhalten auch nach dem universitären Abschluss fortsetzt. Ein derartiges **Fehlverhalten schadet** nicht nur dem **Urheber des Plagiats**, sondern dem **Ansehen des gesamten Faches** und wirkt sich darüber hinaus gegebenenfalls negativ auf den **Ruf der Universität** aus, an welcher der/die Betroffene seinen/ihren Abschluss erlangte. All dem will die Universität vorbeugen. Daher schenkt sie der Sicherstellung guter wissenschaftlicher Praxis besonderes Augenmerk und ist bemüht, einerseits das Bewusstsein und das Verständnis für die Herausforderungen korrekter wissenschaftlicher Arbeit zu fördern sowie andererseits entsprechendes Fehlverhalten so früh wie möglich aufzuklären und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Sollten Sie als LehrveranstaltungsleiterIn, Studierende/r, WissenschaftlerIn in einem vermuteten wissenschaftlichen Fehlverhalten begegnen, so können Sie sich vertrauensvoll (schriftlich und mit den entsprechenden Belegen für das wissenschaftliche Fehlverhalten) an eine der beiden Ombudspersonen wenden.

*Ursula K. Mindler-Steiner*

### Kontakt (Ombudsleute):

**Prof. Dr. Michael Anderheiden:**  
michael.anderheiden@andrassyuni.hu

**Dr. Ursula K. Mindler-Steiner:**  
ursula.mindler@andrassyuni.hu



